

Politische Berichte



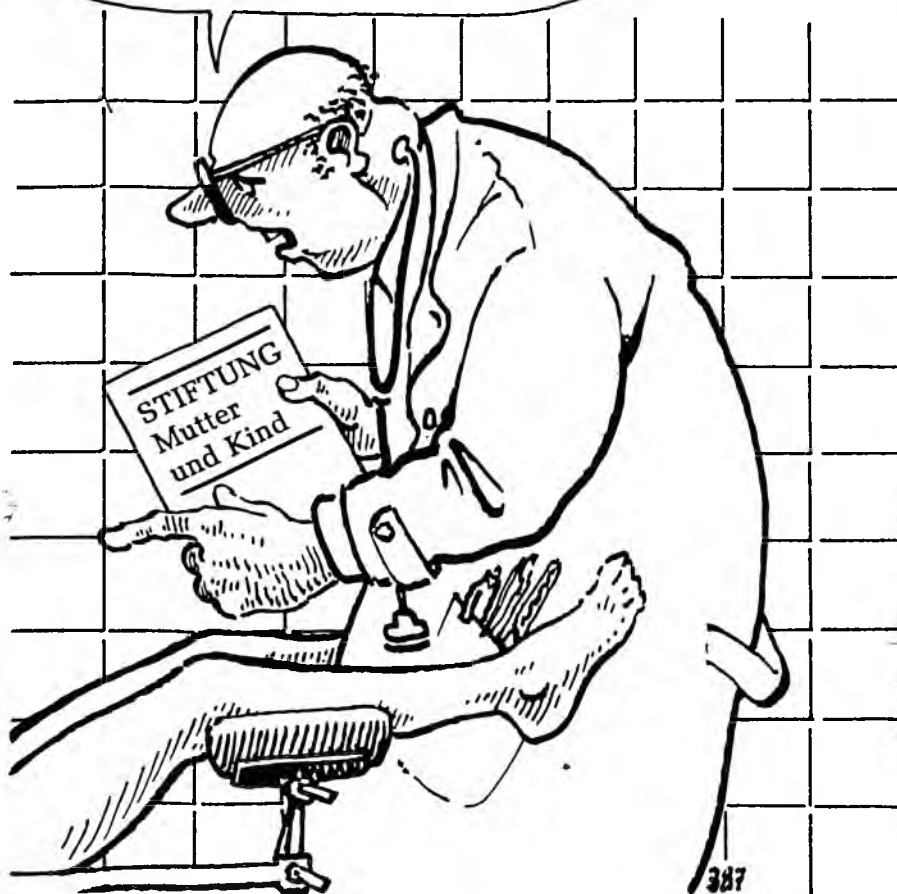
20. März 1987
Jg. 8 Nr. 6

G 7756 D

Preis:
2,50

§ 218: Jetzt noch bessere Beratung

Der Kanzler wünscht,
daß Sie das aussitzen.



Regierung: Reaktionäres Programm, für das in den Landtagswahlen weiter Anhänger gesucht werden Seite 4



Sowjetunion: Sucht Gorbatschow den offenen Konflikt mit der sowjetischen Arbeiterklasse? Seite 15



Steuerreform: Wen Finanzminister Stoltenberg mit seiner Reform beglückt und wer dafür teuer bezahlen soll Seite 30

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Regierung: Reaktionäres Programm, für das in den Landtagswahlen weiter geworben wird . . . 4

Hessen: Im CDU-Programm Angebote an die Faschisten 7

Ausländische Arbeiter: Kampagne für Aufenthaltsrecht 7

Metall: Verweigerung der Überstunden stört Flexi-Pläne

Berufsverbote: ILO-Bericht kritisiert BRD 9

Volkszählung: Der Staatsapparat kriminalisiert den Widerstand . . . 10
Meldepflicht zur Überwachung . . 11

Auslandsberichterstattung

Frankreich: „Front National“ mobilisiert erfolgreich 12
Nationalistische und faschistische Organisationen 13

Südpazifik: Front gegen französische Neukaledonien-Politik 13

Brasilien: Ohne IWF-Sanierungsprogramm keine Kredite 14

Südkorea: Verliert das Militärregime seine Basis? 14

Kaffee: Imperialisten boykottieren Abkommen 15

SU: Sucht Gorbatschow den offenen Konflikt mit der Arbeiterklasse? 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Alternativer Geschäftsbericht: RWE 18
Neues zu Arbeit und Freizeit . . . 18
BdKJ: Verschuldung der Dritten Welt 18
Brandt: Vereinigung von Europa . 18

Friedensbewegung: Was wurde aus der Verweigerungskampagne? . 19
Opposition gegen Zivilschutz . . . 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Flüchtlinge: Aktionen gegen Runderlaß nehmen zu 22

Kongreß der Volksfront

Die Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg führt am 16./17. Mai 1987 einen Kongreß in Köln durch zum Thema „Faschisierung, was ist das – aktuelle Aufgaben des antifaschistischen Kampfes“. Der Kongreß ist öffentlich, die Teilnahme von Mitgliedern anderer Organisationen und Bündnisse, auch an der Vorbereitung, ist erwünscht. Die Volksfront beabsichtigt keine „Begriffsdebatte“. Vielmehr geht es darum, in Bezug auf die praktische Bündnisarbeit zu immer wieder auftretenden Fragen zur Klärung und zur Annäherung von Positionen beizutragen. Solche Fragen sind z.B.: Gegen wen muß sich der antifaschistische Kampf heute richten? (Nur gegen die faschistischen Organisationen, gegen „den Staat“, gegen den Prozeß reaktionärer und faschistischer ideologischer und politischer Formierung?); Ist heute überhaupt eine besondere Frontbildung gegen Faschismus notwendig? Der Kongreß findet in Arbeitsgruppen statt. Themen: * Reaktionäre und faschistische Formierung * Innere Sicherheit * Reaktionäre und faschistische Politik der Konzerne * Theorie und Praxis vom „starken Staat“ * Verfassung * Antifaschistische Gegenmaßnahmen und Bündnispolitik * Berufsverbote * Ausländerpolitik. Mitte April erscheint ein Vorbereitungsreader. Anmeldung und Informationen: Bundesgeschäftsstelle der Volksfront, Zülpi-cher Str. 7, 5000 Köln 1. – (düb)

Zimmermanns Asylpolitik: Hilfe von Vetter (SPD)

Eine der Festlegungen der christlich-liberalen Regierung in ihrem Regierungsprogramm lautet: Die Asylpolitik müsse EG-weit vereinheitlicht werden. Der ehemalige DGB-Vorsitzende und jetzige Abgeordnete der SPD im Europäischen Parlament, Heinz Oskar Vetter, hat jetzt der Bundesregierung massive Schützenhilfe dafür geleistet. Am 11. März legte Vetter im Europäischen Parlament einen Bericht über die Asylpolitik in den EG-Staaten vor. Das „Handelsblatt“ vom 12.3. berichtet: „Die EG-Staaten sollten die jeweils unterschiedlichen Lasten aus der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern solidarisch nach dem Schlüssel des Gemeinschaftshaushaltes verteilen und . . . gemeinsame rechtliche und soziale Standards definieren.“ Außerdem habe Vetter in seinem Bericht versucht, die „Kosten“ der Asylbewerber für die einzelnen Regierungen zu erfassen. Das Ergebnis: Die Bundesregierung gibt angeblich mehr für Flüchtlin-

ge und Asylbewerber aus, als alle anderen EG-Staaten zusammen. Daß diese „Kosten“ zum größten Teil Haftkosten für die Flüchtlingslager sind sowie Sozialhilfezahlungen, weil den Asylbewerbern jede Arbeit außer Zwangsarbeit verboten ist – davon erwähnt das „Handelsblatt“ und anscheinend Vetter in seinem Bericht kein Wort. Schließlich hat sich Vetter auch die demagogischen Zahlen Zimmermanns über angeblich 670000 Asylbewerber und Flüchtlinge zu eigen gemacht, Zahlen, die sowohl vom UN-Flüchtlingskommissar als auch von der evangelischen und katholischen Kirche sowie den Wohlfahrtsverbänden zu recht bestritten werden, weil Zimmermann teilweise Flüchtlinge doppelt zählt, frech über hunderttausend Familienangehörige behauptet usw. Bekanntlich hatte Kohl vor einigen Monaten seine Asylpolitik mit allen Ministerpräsidenten der Länder und damit auch mit der SPD abgestimmt. Der Bericht Veters vor dem Europaparlament ist ein Ergebnis dieser Abstimmung. Die Bundesregierung kann damit für ihre Asylpolitik auf die Zustimmung der SPD und schlimmstenfalls auch auf die der gesamten sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament rechnen. – (rül)

Schlesien bleibt polnisch!

Bereits in der letzten Ausgabe war berichtet worden, daß sich ein hannoversches Bündnis sowohl gegen die geplanten NPD-Treffen wie gegen das Schlesiertreffen bildet. Die Resolution gegen die NPD-Treffen berücksichtigte bereits den politischen Zusammenhang zwischen Faschisten, Regierungsreaktion und Revanchistenverbänden und griff diese Politik an.

Auf einem Treffen am 12.3., an dem 14 Gruppen (a=ALPHA, AStA, BKA, BWK, GABL, Grüne/KV, Jusos, Juso-HG, KB, Kuhle Wampe, SDAJ, Volksfront, VSP, VVN/BdA) teilgenommen haben, bestand Einigkeit darüber, daß ein Aufruf gegen das Schlesiertreffen vom 19. bis 21. Juni die Stoßrichtung beinhalten soll: – Volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR und der Westgrenze Polens, – Auflösung der Erfassungsstelle Salzgitter, – DDR-Grenze = Elbmitte, – Keine Schulkarten mit Vorkriegsgrenzen, – Streichung der Zuschüsse für Schlesiertreffen und -museum etc. Dem Bündnis lagen zwei Aufrufentwürfe, von BWK/VSP/Volksfront und von der VVN, vor. Da sich die beiden Entwürfe nach Auffassung der anwesenden Gruppen inhaltlich vereinbaren ließen, wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die bis zum 26.3. einen Aufruf vorlegt.

Die anwesenden Gruppen einigten sich, in der Woche vor dem Schlesiertreffen eine Mobilisierungsveranstaltung durchzuführen, zu der Georg Herde (VVN) und ein Vertreter der polnischen Botschaft gewonnen werden sollen. Für den 20.6. morgens ist eine Demonstration geplant, für den Nachmittag ein Stand auf dem Uni-Sommerfest. Vertreter des AStA wollen eine inhaltliche Verbindung vom Schlesiertreffen zu der Ausstellung „Neofaschismus in der BRD“ (VVN) herstellen. Vor zwei Jahren hatte der Uni-Präsident die Ausstellung auf dem Universitätsgelände verboten, ein Gerichtsbeschuß hob dies später auf. – (bee/ard)

Presseerklärung zum „Aids-Maßnahmenkatalog“

Presseerklärung der „Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte“ zu den bayerischen Aids-Beschlüssen:

Der Maßnahmenkatalog der Bayerischen Staatsregierung stellt einen untauglichen Versuch dar, die Ausbreitung der erworbenen Immunschwächekrankheit AIDS zu verhindern. Die Gründe liegen auf der Hand:

1. Da gegen AIDS weder eine wirksame Behandlung noch ein Impfstoff zur Verfügung stehen, erwartet die staatlich registrierten Antikörperträger bestenfalls gesellschaftliche Ausgrenzung und Diskriminierung (Berufsverbot, möglicher Verlust von Wohnung, Arbeitsplatz und Versicherungsschutz), schlimmstenfalls Zwangsinternierung in „speziellen Heimen“ (CSU-MdB Seehofer). Mit diesen polizeistaatlichen Methoden soll sichergestellt werden, daß Infizierte keine anderen Menschen auf sexuellem Wege anstecken. Unter Androhung behördlicher Vorführung zum „AIDS-Test“ werden Personen, die infiziert sind oder auch nur willkürlich als „ansteckungsverdächtig“ angesehen werden, alles tun, um der Registrierung zu entgehen. Durch das „Abtauchen“ der Betroffenen in den „Untergrund“ begibt sich der Staat aber jeder Einflußnahme, durch Überzeugungsarbeit eine Verhaltensänderung herbeizuführen. Das erzwungene Abwandern in andere Bundesländer stellt einen geplanten oder zumindest in Kauf genommenen Menschenexport dar, mit dem die Verantwortlichen Druck auf andere Bundesländer ausüben wollen: Ein solidarischer Beitrag des „sauberen und AIDS-freien“ Bayern zur Stützung des Föderalismus.

2. Unter vergleichbaren Umständen (keine Ansteckungsgefahr durch soziale Kontakte, keine Therapie, kein Impfstoff) haben staatliche Zwangsmaßnahmen noch nie in der Geschichte zu

einer meßbaren Eindämmung geschlechtlich übertragbarer Erkrankungen geführt. Die durch die beschlossenen Gesetze erhofften epidemiologischen Daten werden notwendigerweise unvollständig sein und führen – bei hinreichend bekannten Übertragungswegen – zu keinen neuen Erkenntnissen. Ohne medizinisch begründbare Notwendigkeit wird ein Klima der Einschüchterung und Angst geschaffen, das unsere Gesellschaft mit einer unsichtbaren Mauer durchzieht: Hier die „Gesunden“, dort die „Aussätzigen“.

Auch das Argument, die neuen Gesetze seien zur Ahndung mutwilliger Ansteckung nötig, verfährt nicht. Denn schon jetzt läßt sich das zur Zeit geltende Bundesseuchengesetz auf Personen anwenden, die die Infektion vorsätzlich weitergeben.

3. Die Zwangstestung für alle Bewerber des öffentlichen Dienstes zeigt am deutlichsten, daß es den Verantwortlichen nicht um medizinische, sondern um politische Maßnahmen geht. Denn weder Briefträger oder Müllmänner, noch Lehrer und Sozialarbeiter verbreiten das Virus bei ihrer Arbeit. Vielmehr ist dem öffentlichen Dienst von der Staatsregierung eine Vorreiter-Rolle zugeordnet worden, an der sich private Unternehmen schon heute orientieren. Dem so geschaffenen Heer von HIV-positiven Personen soll jede mitmenschliche Solidarität verweigert werden. Besonders Drogenabhängigen und Häftlingen wird eine gesellschaftliche Wiedereingliederung bzw. Resozialisierung durch das Stigma der Virusinfektion von vornherein unmöglich gemacht.

Die diskriminierende Testverordnung für Menschen aus nicht zur EG gehörenden Staaten (die nach dem Willen des bayerischen Ministerpräsidenten künftig auch für alle Bürger des „europäischen Hygienekreises“ gelten soll) suggeriert der Bevölkerung nach bekanntem Muster, daß es wieder einmal die Ausländer sind, die unsere Brunnen vergiften.

Die verantwortlichen Politiker der Bayerischen Staatsregierung sollten sich fragen, warum im (vom Bundesgesundheitsministerium berufenen) Nationalen AIDS-Beirat nicht eine einzige Stimme für die bayerischen Gesetze laut wurde ...

Bis eine wirksame Behandlungsmöglichkeit gegen AIDS gefunden ist, bleiben die intensive Aufklärung der gesamten Bevölkerung über Infektionswege und Schutzvorkehrungen, zusammen mit individueller Beratung, freiwilliger Testung und psycho-sozialer Betreuung der Betroffenen die einzig sinnvollen Maßnahmen.

Elopak: Gegen Verschlechterungen bei Nacharbeit 22

fuba-Unfälle: Flexibilisierung und intensivere Arbeit sind die Ursachen 23

Bau: Streikbeschluß brachte Kapitalisten in Bewegung 23

Mannheim: Gewalt gegen Frauen keine Randerscheinung 24

Kommunalhaushalt: Zusammenarbeit der Opposition macht Fortschritte 25

Schulpolitik Westberlin: Leistungsdifferenzierung erzwungen . 25

Ausländer: Das CSU-Kreisverwaltungsreferats macht den ausländischen Arbeitern schwer zu schaffen 26
Forderungen zur Münchner Ausländerpolitik 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Nationalistische Front: Bielefelder Rat fordert Verbot als NSDAP-Nachfolgeorganisation 29

Sozialstatistik

Steuerreform: Wen Stoltenberg beglückt und wer dafür zahlen soll 30

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Zabou: Die Werbewirtschaft zahlt's: Polizeikommissar ungehemmt 32

Mosquito Coast: Parabel vom erfolglosen Auswandererdasein . . . 32

WDR II: Esten in der BRD – „Heimat oder Exil?“ 32

Fernsehen: Juden, die vor dem Faschismus in die USA flüchteten . 33

Aids: Die Propaganda der Bildzeitung und das Regierungsprogramm 33

KG (NHT): „Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf“ . 34

Spezialberichte

CUSA/AZACTU: „Wir sind beauftragt zu sagen, daß wir die Apartheid beseitigen wollen, was es auch kosten mag“ 34

Titelbild: Karikatur, tis, HH.

Koalitionsvereinbarung

Reaktionäres Regierungsprogramm, für das in den Landtagswahlen weitere Anhänger gewonnen werden

CDU/CSU und FDP haben eine Koalitionsvereinbarung für die nächste vier Regierungsjahre getroffen. Kapitalisten und reaktionäre Kräfte zeigen sich zum Teil unzufrieden. Sozialdemokraten und DGB halten das Regierungsprogramm für „perspektivlos“. In der Öffentlichkeit hat sich der Eindruck verfestigt, die Koalitionsvereinbarung sei außer bei der Steuerreform über weite Strecken ungenau und deshalb unmaßgeblich. Das entspricht aber nicht den Tatsachen, wenn man sich das Koalitionspapier vollständig durchliest. Die Koalition hat weitreichende Festlegungen und Arbeitsaufträge beschlossen. Im Herbst wird sie mit zahlreichen Gesetzentwürfen auftreten. Unter anderen mit der Neuregelung der Rentenversicherung, mit einer Strukturreform des Gesundheitswesens, mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und der Montanmitbestimmung, mit den genauen

Gesetzen über die Steuerreform und mit Gesetzentwürfen zur Inneren Sicherheit. Warum soll das eine Schwäche sein?

Die Regierung geht davon aus, daß in den nächsten Monaten die Auswirkungen einer Krise deutlicher werden. Kohl sprach von einer schwierigen Amtsperiode. Darauf will sie reagieren können. Darüberhinaus ist der Ausgang der Landtagswahlen in Hessen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Bremen und Schleswig-Holstein ungewiß. Erringen CDU und FDP in einem weiteren Bundesland die Mehrheit, haben sie für die nächsten Jahre im Bundesrat eine überaus sichere Mehrheit und können ihre Gesetzesinitiativen im Herbst noch viel umfassender gegen die Lohnabhängigen richten. Deshalb ist es ziemlich wichtig, sich heute schon intensiv mit der Koalitionsvereinbarung auseinander zu setzen, um die Kritik an der Reaktion zu verbessern.

Flexi und Teilzeit

Energisch unterstützt die Regierung die Forderung der Kapitalisten nach mehr Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Im Koalitionspapier haben CDU/CSU und FDP die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten festgeschrieben und kündigen einen Dienstleistungsabend im öffentlichen Dienst an. Was in der Presse unterging: Die Regierung strebt eine „Offensive für Teilzeitarbeit im Öffentlichen Dienst, auch in der Bundesverwaltung“ an. Die Rahmenbedingungen dafür sollen neu geregelt werden. 17 Prozent Teilzeitbeschäftigung gibt es heute schon in diesem Bereich, darunter 90 Prozent Frauen. Darüberhinaus will die Regierung das Post- und Fernmeldesystem neu strukturieren. Um weitere „Beschäftigungshemmnisse“ zu beseitigen, will die

Regierung das Arbeitszeitgesetz wieder in den Bundestag einbringen, auf jeden Fall das Nachtarbeitsverbot für Frauen abschaffen und den Mutterschutz ändern.

Weniger Rente

Die Regierung will die Lebensarbeitszeit neu regeln und den Übergang vom Arbeitsleben in die Rente flexibel gestalten. Das heißt, das Rentenalter wird angehoben. Gerade die vielen jetzt schon Teilzeitbeschäftigten werden dann weniger Rente bekommen und viel länger arbeiten müssen als heute. Das Arbeitsministerium hat den Auftrag bekommen, eine „Strukturreform des Gesundheitswesens“ vorzulegen. Das Koalitionspapier legt fest, daß der Versicherungsschutz beschränkt wird und die „Eigenverantwortung“ der Versicherten zunimmt. Das wird darauf

hinauslaufen, daß das Solidarprinzip weitgehend abgeschafft wird, Pflege und Gesundheit noch mehr von der Größe des jeweiligen Einkommens abhängen. Der Gesundheitszustand ärmerer Leute wird dadurch noch schlechter werden.

Betriebsgemeinschaft

Das vermögenswirksame Konten- und Versicherungssparen (z.B. Lebensversicherungen nach dem 624-DM-Gesetz) will die Bundesregierung nicht mehr fördern. Etwa 2,5 Mrd. DM wird sie so den Lohnabhängigen an Zuschüssen zur „Vermögensbildung“ streichen. Bausparen soll nur noch mit 8 statt 14 Prozent gefördert werden. Darüberhinaus sollen Einkommensgrenzen überprüft werden. Die Regierung wird in Zukunft nur noch „Produktivkapitalbeteiligungen“ fördern. Genauer

Aktionen gegen WINTEX/CIMEX '87

Am 10. März ging der zivile Teil der NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX '87 in der Bundesrepublik unter großer Geheimhaltung zu Ende. Weder das Übungsszenario noch Manöverschwerpunkte wurden trotz vieler Anfragen in Kommunal- und Landesparlamenten bekanntgegeben. Einige Tatsachen können jedoch dennoch als sicher gelten. Das die gesamte Übung überlagernde Krisenszenario beginnt mit: „Wirtschaftliche Schwierigkeiten im Orange-Block“ und „Innere Unruhen in Polen“. Es läßt das Manöver beim Stand gegenseitiger Truppenaufmärsche und einer aus dem Osten gesteuerten „Demotivierungskampagne“ einschließlich einer „Aktionswoche für den Frieden“ starten. Über den Übungsschwerpunkt kann nur spekuliert werden. In Baden-Württemberg wurde eine starke Beteiligung verschie-

dener Polizeibehörden festgestellt. Dies legt in Zusammenhang mit der Tatsache, daß auf Landesebene das Autobahnamt und auf Kreisebene alle Straßenbauämter beteiligt waren, die Vermutung nahe, daß es besonders um Aufgaben wie Evakuierung, Lenkung von Flüchtlingsbewegungen und Freihalten der Straßen für Armeekolonnen ging. – Gegen die Durchführung des zivilmilitärischen Manövers gab es an mehreren Orten Protestaktionen. Informationsstände und Flugblatt-Verteilungen wurden in vielen Städten organisiert, gelegentlich kam es auch zu Aktionen gegen städtische Einrichtungen wie zum Beispiel in Oldenburg, wo Demonstranten für einige Zeit die Zufahrt zum Amt für Katastrophenschutz blockierten. Vielfach wurden auch fingierte Amtsschreiben verteilt bzw. verschickt, in denen die Adressaten aufgefordert wurden, Bezugsscheine in Empfang zu nehmen, die Stadt nicht mehr zu verlassen, nicht mehr zu tele-

fonieren usw. Am Sonntag, den 8. März, fand am Regierungsbunker in Dernau/Eifel eine Demonstration von 150 Leuten gegen WINTEX/CIMEX statt. Im Bunker saßen Notparlament und Notregierung mit Staatssekretär Schreckenberger aus dem Kanzleramt als „Übungskanzler“.

Quellenhinweis: Gemeinsame Presseerklärung von Kontaktstelle für gewaltfreie Aktion, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen und Koordination Ziviler Ungehorsam vom 11.3.87 – (jok)

Grüne erneut nicht im Bundestagspräsidium

Nur 119 Abgeordnete votierten für die Kandidatin der Grünen, Christa Nickels, für das Bundestagspräsidium. Zuvor hatte das Parlament in geheimer Abstimmung abgelehnt, die Anzahl der Präsidiumsmitglieder zu erweitern. Die Grünen sind damit wiederum nicht in dem Gremium vertreten, das maßgeblich Einfluß auf Tagesordnung



Das Regierungsprogramm soll die Stellung der Kapitalisten enorm befestigen gegenüber den Lohnabhängigen. Bild: Kohl vor dem BDI.

kommt erst im Herbst. Auf jeden Fall steht fest, daß ein Großteil staatlicher Gelder direkt zu den Kapitalisten in Form der Förderung von „Arbeitnehmer-Beteiligungen“ fließt und die Beschäftigten noch weiter in deren Abhängigkeit getrieben werden sollen. Die Forderung nach „Leistungsbereitschaft“ wird dann bei höheren Angestellten direkt materiell und konkret: Wenn sie sie gegenüber den Beschäftigten auch durchsetzen, sollen sie künftig über ihre „Betriebsbeteiligung“ bzw. die Erträge daraus zusätzlich belohnt werden. Betriebsgemeinschaften will die Regierung auch mit der Änderung der Montanmitbestimmung errichten. Das Trommeln der FDP hat genutzt. Die Glückwünsche des DGB an die CDU-Sozialausschüsse sind töricht. Bereits in diesem Jahr soll die

Montanmitbestimmung neu geregelt werden. Dazu steht nichts weiter fest. Bis dahin steht nur fest, daß der Einfluß der Gewerkschaften bei der Benennung der Arbeitnehmervertreter von 4:6 auf 3:7 gesenkt wurde. Alles weitere ist offen!

Neues Ausländerrecht

„Das *Ausländerrecht* wird umfassend neu geregelt“, so steht es im Koalitionspapier. Das läßt Schlimmes befürchten, zumal Zimmermann schon vor geraumer Zeit einen Gesetzentwurf erarbeiten ließ. Mit dieser Festlegung haben die Faschisten starke Anhaltspunkte, ihre rassistischen Hetzkampagnen zu verstärken, z.B. bei den Landtagswahlen. Ihre Forderung „Ausländer raus“ wird von der Regierung unterstützt. „Die Bemühungen der rückkehrenden ausländischen Arbeitnehmer, sich und ihre Familien in das soziale Leben ihres Heimatlandes einzugliedern, werden durch gezielte Hilfen mit sozial-, arbeitsmarkt- und berufs-politischer Ausrichtung unterstützt.“ Die Bundesregierung will das Asylrecht „auf europäischer Ebene harmonisieren“ und eine gesetzliche Regelung, „die eine unterschiedliche Würdigung der Gefahr politischer Verfolgung im Asyl- und Auslieferungsverfahren vermeidet“. Mit dieser Festlegung kann sie gerade mit Verweis auf die erneut steigenden Asylbewerberzahlen jederzeit auf die Grundgesetzänderung zurückkommen.

Steuer-, Familienpolitik

Die Steuerreform, das „Schmuckstück“ der Koalitionsvereinbarung, wie das Handelsblatt schreibt, nutzt den Mittelklassen und den Reichen. Ob die große Reform für 1990 überhaupt kommt, wird vom Verlauf der Krise abhängen.

Sicher ist, daß die Erleichterungen für die unteren Einkommen niedrig sein werden, vielleicht auch gar nicht einsetzen. Das Koalitionspapier kündigt an, daß die Erhöhung einzelner indirekter Steuern geprüft wird. Zum Beispiel bei der Erhöhung der Tabak- oder Mineralölsteuer sind die kleinen Steuererleichterungen schon wieder futsch, denn die Masse dieser Steuern tragen schon immer die unteren Einkommensgruppen.

Die Kinderfreibeträge, die vor allem Beziehern höherer Einkommen nützen, sollen erhöht werden, und das Kindergeld steigt ab dem zweiten Kind. Damit ist die Regierung einer Forderung der katholischen Kirche weitgehend nachgekommen. Sie will den bestehenden §218 verschärfen, die Bspitzelung erweitern und ein Bundesberatungsgesetz beschließen. Dazu sind bereits zahlreiche Vereinbarungen getroffen u.a.: „Für die Nichterfüllung der ärztlichen Meldepflicht werden stärkere Sanktionen vorgesehen.“

„Nationale Zusammenarbeit“

Kohl kündigte kürzlich im ZDF an, daß er eine „nationale Zusammenarbeit“ aller Verantwortlichen gegen Aids anstrebe. CDU/CSU und FDP haben sich geeinigt, daß der „Kampf gegen Aids ... das Meldewesen über die Ausbreitung“ umfaßt und daß seuchenrechtliche Maßnahmen nicht ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung wird einen „Koordinationsstab Aids“, eine „Kommission Aids“ aus Bund, Ländern und Gemeinden, ein „Aids-Zentrum“ für wissenschaftliche Forschung und einen „Nationalen Aids-Beirat“ aus Fachleuten bilden. Die Vorschläge sind ausführlich und bedürfen einer gesonderten Untersu-

und Gestaltung der Sitzungen nimmt. CDU, CSU, FDP und SPD erreichten mit ihrem Vorgehen ebenfalls, daß die Grünen auch weiterhin von der parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste ausgeschlossen sind. – (uld)

Wohlfahrtsverbände fordern höhere Sozialhilfe

Eine deutliche Anhebung der Sozialhilfesätze haben die sechs Freien Wohlfahrtsverbände auf ihrer Frühjahrstagung in Bonn verlangt. Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie, Paritätischer Wohlfahrtsverband und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland kritisierten in einer am 12.3. veröffentlichten gemeinsamen Erklärung, viele Sozialhilfebezieher könnten ihren Kindern beispielsweise nur selten ein Buch kaufen. Derzeit liegt der Sozialhilfesatz für einen Haushaltsvorstand bei 393 D-Mark. In der öffentlichen Debatte ist

der Sozialhilfesatz immer ein wichtiges Kriterium gewesen, wie tief die Kapitalisten die Löhne senken können. Schon in den vergangenen Jahren hatte sich die christlich-sozialliberale Regierung deshalb bemüht, den Sozialhilfesatz so niedrig wie möglich zu halten. Neuester Clou zu diesem Zweck ist die nun begonnene Abgabe von Butter und anderen überschüssigen Nahrungsmitteln aus EG-Beständen an Sozialhilfeempfänger. Die Regierung plant, bis 1989 die Sozialhilfe nicht anzuhoben. Dagegen richtet sich die Erklärung der Wohlfahrtsverbände. – (rül)

Bischöfe gegen Gewerkschaftsbeschlüsse zum §218

Auf ihrer Frühjahrsvollversammlung haben die katholischen Bischöfe in Vorbereitung des Papstbesuches am 1. Mai ihre Angriffe auf die Gewerkschaften verschärft. Die „FAZ“ vom 13.3. berichtet: „Mit Sorge verfolgen die ka-

tholischen Bischöfe in der Bundesrepublik die Entwicklung im Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem immer mehr Einzelgewerkschaften die ersatzlose Streichung des Paragraphen 218 fordern. Sie sehen darin einen Verstoß gegen das Grundgesetz, das nach ihrer Auffassung auch die ungeborenen Kinder schützt.“ Vor einiger Zeit hatte bereits Arbeitsminister Blüm den Gewerkschaften öffentlich das Recht bestritten, gegen den Strafparagraph 218 überhaupt beschließen zu dürfen, da dies eine „ethische Frage“ sei und damit nicht Sache der Gewerkschaften. Offenbar hält man in Kreisen der Bischöfe nun die Gelegenheit für günstig, um den Druck auf die Gewerkschaften nun zum Vorwurf, Beschlüsse gegen den § 218 seien verfassungsfeindlich, zu steigern. Das läßt für den Papstbesuch noch mehr Angriffe aus christlichen Kreisen, von Regierung und Bischöfen, auf die Gewerkschaften erwarten. – (rül)



Neue Einschränkungen des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung, noch über die Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate hinaus, sind, obwohl nicht ausdrücklich im Regierungsprogramm erwähnt, zu erwarten. Schon meldet die „FAZ“, der Anstieg der Zahl der Kriegsdienstverweigerer mache eine Beibehaltung der Personalstärke der Bundeswehr immer schwieriger.

chung. Die Behauptung der Regierung, sie wolle die Aids-Kranken nicht isolieren, kann man in Kenntnis der Koalitionsvereinbarung als demagogisch abweisen: „Zur weiteren Verbesserung der Betreuung und Versorgung von Aids-Kranken und -Infizierten sollten 10 Zentren der Aids-Krankenversorgung und 50 Sozialstationen oder ähnliche Einrichtungen zur ambulanten Betreuung von Aids-Kranken oder -Infizierten“ eingerichtet werden.

Mehr innere Sicherheit

Ebenfalls im Herbst will die Koalition zahlreiche Gesetzesänderungen zur Inneren Sicherheit vorlegen. Bereits jetzt hat sie sich nicht nur auf die Kronzeugenregelung geeinigt, sondern

auch auf verschärfte Strafen bei Verummung, passiver Bewaffnung, öffentlicher Befürwortung von Gewalt. Der Haftgrund der Wiederholungsgefahr soll erweitert werden. F.J. Strauß äußerte am Aschermittwoch in Passau zufrieden, daß die Koalition Strafverschärfungen bei Menschenraub und Geiselnahmen beschlossen hat. Die Mindestfreiheitsstrafe soll von drei auf fünf Jahre erhöht werden. Die Koalition hat Strafverschärfung bei Diebstahl von Waffen u.a. beschlossen. Die Koalition hat sich beim Meldewesen geeinigt. In Zukunft sind die Wohnungsgeber verpflichtet, der Meldebehörde Ein- und Auszug von Personen mitzuteilen. Das geht in Richtung Blockwart.

Medienstaatsvertrag sichert Konzern-Fernsehen

„Außenpluralität“ hin – „Binnenpluralität“ her: Die Medienkonzerne Bertelsmann und Springer haben mit der Einigung der Ministerpräsidenten auf einen am 3. April zu unterzeichnenden Medienstaatsvertrag ein wichtiges Etappenziel erreicht. Die ARD-Rundfunkanstalten werden gestützt auf eine „Grundversorgung“, d.h. Senkung des Aufwands pro Sendeminute mit allen sozialen Folgen für die fest und frei Beschäftigten und politischen und kulturellen Konsequenzen der Programmgestaltung. Dem von Springer dominierten „Verlegerfernsehen“ SAT1 und dem von Bertelsmann forcierten RTL plus ist das Recht „privatautonomer“ Teilhabe am Fernseh- und Hörfunk-Geschehen verbrieft. Ab August werden beide Konzerne auch die Möglichkeit haben, mit einer (zusätzlichen) Parabolantenne direkt empfangbares

Satellitenfernsehen zu senden. Die Kosten für die „Aufsicht“ werden mit einem zweiprozentigen Zuschlag zu den Gebühren ab 1988 erhoben. Kirchliche und sozialdemokratische Einsprüche gegen Werbung am Sonntag wurden unter Dohnanys Vorsitz kühl vom Tisch gewischt, die Werbung durch Landesrundfunkanstalten wird beschränkt. – (haj)

NATO verstärkt Truppen in Westeuropa

Erst wenige Wochen ist es her, daß der US-Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Perle, eine weitere Erhöhung der Rüstungsausgaben der westeuropäischen Staaten propagiert hatte. Andernfalls, so Perle damals, würden die USA evtl. ihre Truppen in Westeuropa verringern. Nun zeigt sich, daß Perles öffentliches Gedröhn in Wirklichkeit nur den westeuropäischen Regierungen bei einer weiteren Anhebung der Rüstungsetats den Rücken

Wichtige Landtagswahlen

Die Koalitionsvereinbarung ist wirklich umfangreich. Hier sind nur die wichtigsten Angriffe gegen die Interessen der Werktätigen kurz umrissen. Bei der Besetzung des Verteidigungsministeriums mit einer Frau hat Kohl noch deutlich gemacht, daß das Thema „Frauen in der Bundeswehr“ aktuell bleibt. Der Zivildienst wird auf 24 Monate verlängert. Die FDP hat sich bei den Bundestagswahlen gestärkt und bei den Koalitionsverhandlungen eine gute Presse bekommen. Sie kann bei den bevorstehenden Landtagswahlen nicht nur Stimmen von der Union bekommen, sondern auch von der SPD. Da in Hessen und Rheinland-Pfalz die NPD und in Hessen die Republikaner nicht kandidieren, wird die Union mehr Stimmen von rechts bekommen. Sozialdemokraten schwärmen von Lafontaine. Was ändert das aber? Hat er nicht kürzlich im „Stern“ noch einmal gesagt, daß er den „konservativen Teil der SPD repräsentiere“? Die SPD macht zur Zeit eine Politik der kleinen Koalition mit der FDP und der großen Koalition mit der CDU und würde die Grünen am liebsten erdrücken. Die Kritik der Grünen ist schwach. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen müssen die antifaschistischen und antiimperialistischen Kräfte eine Kritik gegen die Reaktion entwickeln, damit weitere Wahlsiege des bürgerlichen Lagers verhindert werden. Das macht sonst niemand. Quellenhinweis: Koalitionsvereinbarung für die 11. Wahlperiode von CDU, CSU und FDP vom 10. März 1987; Handelsblatt und FAZ, div. Ausgaben März 1987; Bayernkurier vom 14.03.87, Stern vom 05.02.1987 – (jöd, rül)

stärken sollten. Hinsichtlich ihrer Truppen verfolgen die USA ganz andere Pläne. Die „FAZ“ vom 13.3. berichtet, daß das Pentagon im Kongreß einen Antrag eingebracht hat, die Obergrenze für US-Truppen in Westeuropa von 326414 Mann aufzuheben. 1988/89 sollten weitere 2450 Mann nach Westeuropa verlegt werden. Der Truppenaufmarsch wird dazu dienen, um die Bedingungen für NATO-Interventionen im Nahen Osten weiter zu verbessern. – (rül)

Honecker eingeladen – Diepgen: „Historische Situation“

Westberlin. Auf Empfehlung der BRD-Regierung und der Alliierten sprach Diepgen in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Westberliner Senatskommission für die 750-Jahr-Feier am 12. März eine Gegeneinladung an den DDR-Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretär Honecker in dessen Eigenschaft als Vorsitzender des DDR-

Landtagswahlen Hessen

**Programm der CDU:
Angebote an die Faschisten**

Zu den Landtagswahlen in Hessen am 5. April kandidieren keine faschistischen Parteien. Die These, daß sich die Faschisten zugunsten von Stimmengewinnen für die CDU mit einer eigenen Kandidatur zurückgehalten haben, nachdem die Stimmengewinne in Hessen für sie ermutigend waren, liegt nahe. Das CDU-Landtagswahlprogramm macht den Wählern der Faschisten Angebote:

Die CDU hat der hessischen „Zwangsförderstufe“ den Kampf angesagt. Im Wahlprogramm heißt es: „Wir treten für eine Schule ein, die ... bemüht ist, den einzelnen Menschen zu fördern, den Schüler, wie er tatsächlich ist und nicht die theoretische Konstruktion von dem, was er vielleicht sein sollte ... Schule, die die Schüler in ihrer Verschiedenartigkeit ... annimmt ...“ Ein Dorn im Auge ist der CDU die hessische Praxis, daß Schüler sechs Schuljahre lang grundsätzlich gemeinsame Klassen besuchen. Die unterschiedliche Bestimmung per Geburt muß früher zum Tragen kommen! Die Schüler sollen außerdem verstärkt Tugenden wie „Zuverlässigkeit, Ausdauer, Anstrengungsbereitschaft, Sorgfalt“ lernen und „sich auf die Heimat als Kulturraum besinnen“. Nicht nur die Schulpolitik strotzt vor Nationalismus. Die Großdeutschland-Politik wurde für ein Landtagswahlprogramm erstaunlich stark ausgebaut und hat eine eigene Überschrift bekommen: „Verpflichtung Hessens für ganz Deutschland“. Diese Verpflichtung wird aus der geographischen Lage Hessens, nämlich „der Mitte der Bun-

desrepublik Deutschland mit seiner langen innerdeutschen Grenze“ abgeleitet. „Aus diesem Grund betont die CDU ausdrücklich den auch in der Hessischen Verfassung verankerten Auftrag an die Bürger dieses Landes, sich für Freiheit und Einheit des ganzen deutschen Volkes einzusetzen.“ Wie das aussehen soll, wird in zehn Unterpunkten, angefangen mit Verhandlungen mit der DDR, „das Leben in beiden Teilen Deutschlands zu erleichtern“, über die Aufhebung des mörderischen Charakters der „Zonengrenze“ bis zur Forderung nach einem hessisch-thüringischen Jugendwerk ausgeführt. Unter der Überschrift: „Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Aussiedler“ heißt es: „Ein Fünftel der hessischen Bevölkerung sind deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler ... Ihr Recht auf Heimat bleibt.“ Die kulturelle Bindung an die Heimat soll gefördert werden, Landsmannschaften sollen zu diesem Zweck verstärkt unterstützt werden und Spätaussiedlern ihre Eingliederung „in die freie Gesellschaft erleichtert werden“. Schülerwettbewerbe sollen durch ostkundliche Themen erweitert werden, mehr Mahnmale, Wegweiser, Gedenkstätten errichtet werden. Eine „Ausländerpolitik mit Augenmaß“ fordert die CDU. Sie mißt offen und brutal, denn je mit den Augen des Kapitals. Integrationshilfen für „Integrationswillige“ werden davon abhängig gemacht, ob sich die Zahl der Ausländer nicht unabsehbar erhöht, denn „gemessen an der gesamthessischen Bevölkerung betrug der Ausländeranteil über 9%. Lediglich Baden-Württemberg wies ... eine ähnlich hohe Quote auf.“ Die Begrenzung des Nachzugsalters für Kinder auf sechs Jahre sei deswegen entgegen der hessischen Praxis (18 Jahre) zwingend. Ausbauder imperiali-

stischen Intervention predigt die CDU mit der Forderung: „Zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Heimatländern der hier lebenden Ausländer müssen die Hilfsmaßnahmen der Wirtschaft und des Staates verstärkt werden“, und statt „überlange Verwaltungsverfahren zu finanzieren und Wirtschaftsflüchtlingen Sozialhilfe zu zahlen ... müssen wir dadurch helfen, daß wir durch Entwicklungshilfe zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Dritten Welt beitragen.“ Die Volksgemeinschaft wird in der Innen- und Rechtspolitik beschworen: „Der Schutz der Bürger und des Staats vor Verbrechen ist eine wichtige Grundvoraussetzung für ein Leben in Frieden und Freiheit. Die Anschläge der jüngsten Zeit haben die weiterbestehende Gefahr des Terrorismus sehr deutlich gemacht ... Die Verbesserung der inneren Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der Familie, der Bildungseinrichtungen, der Medien, der Jugendorganisationen ...“ Bestimmt wird sich ein Großteil der Wählerschaft rechts von der CDU mit vielen dieser Programmpunkte anfreunden können. – (rst)

Ausländische Arbeiter

**Kampagne für
Aufenthaltsrecht**

Hamburg. „Freizügigkeit ab 1.12.1986 für alle türkischen Staatsangehörigen, Grenzen auf für Alle“, ist das zweisprachige Flugblatt von Devgenc, Devrimci Isci, Ausländergruppe, Jobber-Initiativen, Gesellschaft für Gefolterte und Verfolgte überschrieben, mit dem diese und andere Organisationen eine Kampagne zur Erteilung von Aufenthaltser-

Komitees für das 750jährige Bestehen von Berlin aus. Die offizielle Feier in Westberlin, auf der neben Diepgen als Redner auch BRD-Präsident von Weizsäcker und BRD-Kanzler Kohl sprechen sollen, findet am 30. April statt. Die Feier in der Hauptstadt der DDR findet am 23. Oktober statt. „Die Wahrheit“, Organ der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin (SEW), kommentierte: „Der deutsch-deutsche Dialog, von der DDR-Führung seit Jahren angeboten, propagiert und geführt, gewinnt eine Dynamik ... Es ist also zweifelsohne etwas in Bewegung gekommen, das alle Elemente enthält, um eine sogenannte zweite Phase der Entspannungspolitik einzuleiten.“ Die von Diepgen beschworene „historische Situation“ jedoch ist nicht zu trennen von NATO-versicherten Metropolen-Vorstellungen und weitreichenden Konzern-Plänen für wirtschaftliches Engagement der BRD und Westberlins in der DDR. – (haj)

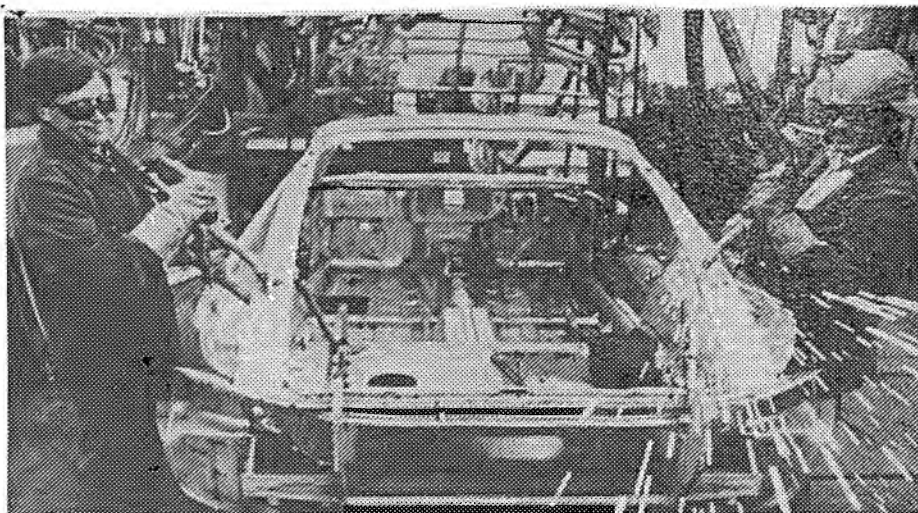


Ab 1. April wird der im Zuge der „Rückkehrhilfeprogramme“ an türkischen und kurdischen Arbeitern begangene Diebstahl von Rentenansprüchen eingeschränkt. Dann tritt ein Zusatzabkommen zum deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommen in Kraft, das die Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge bei gleichzeitiger Einbehaltung der Beiträge der Kapitalisten und Wegfall aller Rentenansprüche nur noch erlaubt, wenn die „rückkehrenden“ Arbeiter in der Türkei nicht mehr versicherungspflichtig arbeiten. Das sei aber, so das „Handelsblatt“ vom 13.3. bedauernd, nur selten der Fall. – (rül)

laubnissen zum Zwecke der Arbeitsaufnahme begonnen haben. In einem weiteren zweisprachigen Flugblatt „An alle!“ wird ein vorformulierter Antrag verteilt, der bei der Ausländerbehörde eingereicht werden kann. „Hiermit beantrage ich die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Arbeitsaufnahme. Ich stütze meinen Antrag auf § 2 AuslG iVm Art. 36 des Gesetzes vom 19. Mai 1972 (BGBl. II, S. 385 – Zusatzprotokoll zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei). Das Zusatzprotokoll ist ein Bundesgesetz, aus dem ich eigene Rechte ableite. Nach Art. 36 des Gesetzes wird mir als türkischem Staatsangehörigen die Freizügigkeit als Arbeitnehmer nach Ablauf des 22. Jahres nach Inkrafttreten des Assoziationsabkommens (am 1.12.1964), also seit dem 1.12.1986, garantiert. Ich beantrage außerdem die Ausstellung einer Bescheinigung über die Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis, da ich umgehend Antrag auf Erteilung der besonderen Arbeitserlaubnis beim Arbeitsamt stellen will ...“

Der Ausgangspunkt dieser Kampagne ist also ein Abkommen bzw. ein Bundesgesetz, mit dem sich die Kapitalistenklasse zwischen ca. 1960 und 1970 den reibungslosen Zugriff auf die Arbeiterklasse u.a. der Türkei sichern wollte. Im Art. 36 heißt es: „Die Freizügigkeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Türkei wird nach den Grundsätzen des Art. 12 des Assoziierungsabkommens zwischen dem Ende des zwölften und dem Ende des zweiundzwanzigsten Jahres nach dem Inkrafttreten des genannten Abkommens schrittweise hergestellt ...“ Seit Beginn der 80er Jahre hat die Bundesregierung zwar die verschiedensten Hebel in Bewegung gesetzt, die zwangsweise Rückführung vor allem der verbrauchten türkischen Arbeiter durchzuführen, das Gesetz selbst ist aber in Kraft, die Verhandlungen zwischen BRD-Regierung und der Türkei über die Aussetzung der Freizügigkeitsregelung sind noch nicht abgeschlossen. Das Flugblatt vermerkt dazu: „Bis heute konnten sich die Herrschenden nicht einigen. Es wird noch gefeilscht über den Preis, den sich die türkische Regierung für den Verzicht auf die Freizügigkeit bezahlen läßt. Diese taktisch bedingte Uneinigkeit erhöht unseren Handlungsspielraum und macht die heute gestellten Anträge auf Aufenthaltserlaubnis möglich.“

Nach kurzem Zögern lehnte die Hamburger Ausländerbehörde die Annahme der Anträge ab. Eine Aktion von 150 türkischen, kurdischen Antragstellern und westdeutschen Begleitern wurde zusammengeknüppelt, der Leiter der Ausländerbehörde ließ sich auf keine Debatte ein. – (mek)



Die Porsche AG brüstet sich, in der Produktion keine Überstunden zu brauchen, weil 1984 eine zweite Schicht eingeführt wurde. Daimler-Benz bietet Überstundenbeschränkung gegen Neunstundentag und Samstagsarbeit. Ein übler Dreh, den Gesamtmetall in die Tarifverhandlungen einführen wird: Samstags-, Schicht- und Saisonarbeit als Mittel zur Verringerung von Überstunden.

Tariffbewegung Metall

Die Verweigerung von Überstunden stört die Flexi-Pläne der Kapitalisten

Die Kapitalisten der Metallindustrie haben ihre Verhandlungsposition vervollständigt. Sie bieten – immer unter der Voraussetzung weiterer Flexibilisierung: Lohnerhöhung ab 1.4.87 um 2,7% auf 15 Monate. Zum 1.7.88 dann eine weitere Erhöhung um 1,5% über zwölf Monate. Die Anlagennutzungszeit soll sofort ausgedehnt werden, die Wochenarbeitszeit ab 1.7.88 um eine halbe Stunde auf 38 Stunden verringert werden – auf drei Jahre.

Die Absichten sind deutlich: Bei der Flexibilisierung soll die Bresche von 1984 ganz freigeschlagen werden. Bei der Arbeitszeitverkürzung soll die IG Metall als Kraft ohne Durchsetzungsvermögen vorgeführt werden. Bei den Löhnen und Gehältern schließlich sollen über lange Laufzeiten die Realeinkommen wieder gesenkt werden. Bei den Verbraucherpreisen hat sich nämlich die Entwicklungsrichtung umgekehrt, sie steigen wieder: Von Januar bis Februar um 0,1%, ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen um 0,5%. Nach Schätzungen bürgerlicher Wirtschaftsinstitute wird die Teuerung anhalten. In dieser Lage würden lange Laufzeiten bei niedrigen Lohnabschlüssen den Kapitalisten erlauben, durch Teuerung die Reallöhne zu senken und der Gewerkschaft zugleich tariflich die Hände zu binden.

Die IG Metall hat bundesweit eine Welle von Warnstreiks begonnen. Außerdem mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg eine Kampagne zur Verweigerung bzw. Beschränkung von Überstunden. Am 5.3. gab die IGM-Bezirksleitung Stuttgart bekannt, daß 116 Betriebe einbezogen seien, darun-

ter Daimler-Benz, Bosch, SEL, Porsche, Fahrradfabrik Friedrichshafen, Stahl. Die Kapitalisten reagierten weit heftiger als auf die kurzen Warnstreiks, deren Produktionsausfall rasch wieder hereingeholt wird. Stahl erklärte, die Verweigerung von Überstunden schade der Reaktionsfähigkeit der Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Außerdem seien die meisten Überstunden nur kurzfristiger Flexibilitätspuffer. (1) Der Kapitalistenverband forderte seine Mitglieder rechtswidrig auf, gegebenenfalls Überstunden einseitig anzuordnen.

Bei Daimler-Benz wurden nach vier Tagen Überstundenbeschränkung nach offiziellen Angaben 100 PKW täglich weniger montiert. Die Überstunden erweisen sich hier als eine langjährige Flexi-Maßnahme, mit der der formale Achtstundentag dauerhaft in Langschichten verwandelt wird. Widerstand gegen die Überstundenpraxis schränkt die schon praktizierte Flexibilisierung ein und den Spielraum der Kapitalisten in den Betrieben für weitere Flexibilisierung.

Und die Kapitalisten fürchten, daß eine Überstundenverweigerung die Lohnverhältnisse in die Kritik zieht. Dienen ihnen doch massenhafte Überstunden auch dazu, eine ausreichende Lohnzahlung auf einen achtstündigen Normalarbeitstag zu unterlaufen. Oder wie der Präsident von Gesamtmetall letztes Jahr frohlockte: Mitunter sei der Mehrverdienst aus Überstunden von existentieller Bedeutung für die Arbeitnehmerhaushalte. (2)

Quellen: (1) Handelsblatt, 9.3.87; (2) Handelsblatt, 14./15.11.87 – (rok)

Berufsverbote im öffentlichen Dienst

ILO-Bericht kritisiert BRD-Behörden wegen diskriminierender Praktiken

Der Ende Februar vorgelegte Bericht des Untersuchungsausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, der zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens über Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf durch die BRD eingesetzt wurde, stellt fest, daß die in der BRD in bezug auf die Treuepflicht zur sogenannten freiheitlich demokratischen Grundordnung, fdGO, gegenüber Bewerbern/Staatsbeschäftigten getroffenen Maßnahmen gegen das Diskriminierungsverbot verstoßen.

Die Untersuchung geht auf die Beschwerde des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) vom Juli 1984 zurück, nachdem sich abgezeichnet hatte, daß die Bundesregierung nach dem ersten Verfahren 1975 zwar 1979 gelockerte Bundesrichtlinien, die u.a. die Regelanfrage fallen ließen, beschlossen hatte, die Verwaltungspraxis sich jedoch bei Bundesbehörden und CDU-Ländern weiter verschärfte, abgefedert durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Der ILO wurde im Laufe des Verfahrens u.a. von DGB, ÖTV, GEW und DPG zugearbeitet; 73 Berufsverbotsfälle lagen vollständig dokumentiert vor.

Der Bundesregierung war dieses Verfahren äußerst unangenehm, weshalb sie versuchte, die Legitimation der Untersuchung in Frage zu stellen und die Tatsachenerhebung durch die Kommission zu erschweren. Z.B. schob sie die Einreisegenehmigung für den aus drei Juristen zusammengesetzten Ausschuß im Sommer 1986 wochenlang hinaus. Die Bundesregierung wollte in dem Verfahren hauptsächlich über Rechtsfragen und weniger über Tatsachen verhandeln. Ihre Haupt Einwände waren:

— Das ganze Verfahren sei unzulässig, weil die Betroffenen den innerstaatlichen Rechtsweg nicht erschöpft hätten, obwohl bekannt war, daß das Bundesverfassungsgericht seit 1975 vier Beschwerden gegen höchstrichterlich ausgesprochene Entlassungen wegen mangelnder fdGO-Treue nicht zugelassen hatte, da keine Erfolgsaussichten bestünden.

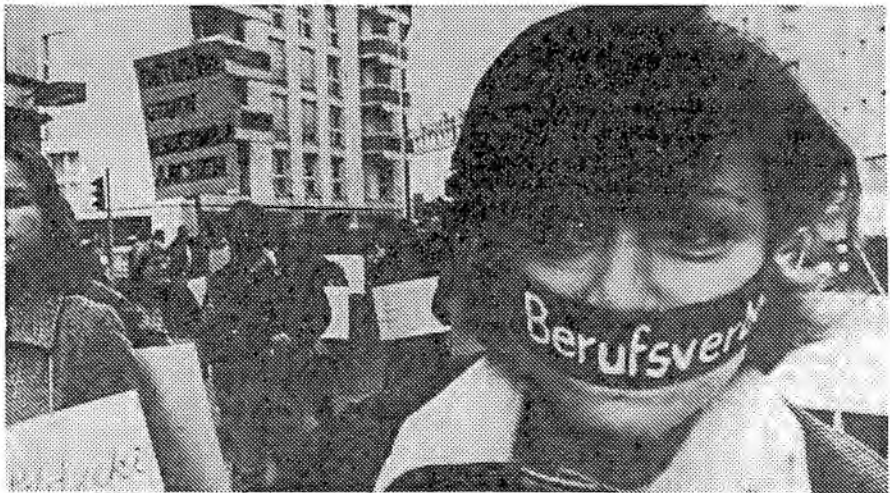
— Beamte seien generell dem Schutz des Übereinkommens entzogen, da es nach den Verträgen der ILO jedem Staat freistehe, den öffentlichen Dienst nach den landesspezifischen Erfordernissen zu gestalten, d.h. im Falle der BRD von jedem Staatsbeschäftigten als wichtigste berufliche Qualifikation die positive Einstellung zum Staat und der fdGO zu verlangen wie z.B. von einem Metallfacharbeiter die Fähigkeit zu schweißen.

Kern der Berufsverbotspraxis der BRD ist jedoch das erklärte Ziel, einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung vorzubeugen:

„Die Bundesregierung hat immer mit Nachdruck auf den präventiven Charakter der Verfassungstreuepflicht und der damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen hingewiesen. Die freiheitliche Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland kann auf Dauer nur dann wirksam geschützt werden, wenn in möglichen künftigen Krisen- und Konfliktsituationen die Beamtenschaft uneingeschränkt und geschlossen zur Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung bereit ist. Notwendigkeit und Wirksamkeit der diesem Zweck dienenden Sicherungen können deswegen nicht danach bewertet werden, ob bereits jetzt, ohne eine solche Krisensituation, überall dort, wo verfassungs-

schaffe, bildet die Grundlage für die behördlichen Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot, die darin liegen, daß abstrakte politische Gesinnung zum berufsbezogenen Erfordernis erklärt wird, daß Nichteinstellung/Entlassung auf vermutete, künftige Dienstpflichtverletzungen wg. Mitgliedschaften, Parteitätigkeiten oder Versammlungsbesuchen von legalen, aber für verfassungsfeindlich erklärten Organisationen gestützt werden ohne jeden konkreten Anhaltspunkt. Ein gravierender Verstoß gegen das Abkommen stellt auch die völlig verschiedene Anwendung der Treuepflichtvorschriften in den einzelnen Bundesländern dar.

Der Ausschuß empfiehlt den beteiligten Behörden in der BRD, die berufsbezogene fachliche Eignung als entscheidendes Kriterium für die Beurteilung der im öffentlichen Dienst



feindlich eingestellte Beamte über längere Zeit tätig waren oder noch sind, konkrete Beeinträchtigungen erkennbar werden. Ein Sicherungssystem kann nicht beurteilt werden, bevor der Fall, dem es gilt, überhaupt eingetreten ist.“

Der Deutsche Beamtenbund verdeutlicht: „Vor dem Ausschuß hat der Vertreter des DBB erklärt, das reibungslose Funktionieren der staatlichen Infrastruktur hänge von dem Verhalten derjenigen ab, die die Dienstleistungen erbringen. Die ‚kleinen Beamten‘, seien es Lokführer, Postbeamte oder Gemeindebedienstete, seien es ja, die in allen öffentlichen Bereichen die ‚Hand am Hebel‘ hätten.“

In seinen Schlußfolgerungen kommt der ILO-Ausschuß zu folgenden Ergebnissen: Das im Radikalenbeschluß des BVerfGE vom 22.5.75 kreierte Konzept der Verfassungsfeindlichkeit, das eine zweistufige Parteienlegalität

Beschäftigten anzusehen, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren, d.h., „daß die Frage, ob ein Bewerber für den öffentlichen Dienst oder ein öffentlich Bediensteter für die Zulassung oder für die Weiterbeschäftigung geeignet ist, in jedem Einzelfall unter Bezugnahme auf die Funktionen der jeweiligen Beschäftigung und auf die Folgen des tatsächlichen Verhaltens des Betroffenen für seine Befähigung, diese Funktionen zu übernehmen und auszuüben, beurteilt werden muß.“ In diesem Sinne sollten einheitliche Kriterien für den öffentlichen Dienst gesetzlich verankert werden, die ihre Anwendung unabhängig von der jeweiligen politischen Richtung der beteiligten Behörden sichern.

Quellenhinweis: ILO-Bericht zur Prüfung der Einhaltung des Übereinkommens (Nr. 111) über die Diskriminierung (Beschäftigung und Beruf), 1958, durch die BRD, Februar 1987 – (zem)

Volkszählung

Der Staatsapparat kriminalisiert den Widerstand gegen die Zwangserhebung

In den letzten Wochen haben sich die scharfen verbalen und praktischen Angriffe von Mitgliedern der Regierung und der sie tragenden Parteien gegenüber Personen und Gruppen, die sich gegen die im Mai 1987 geplante Volkszählung aussprechen, gehäuft. Es drängt sich der Eindruck auf, als ob die reibungslose Durchführung dieser Totalerhebung von Seiten der herrschenden Klasse zum Prüfstein gemacht wird, inwieweit der staatliche Gewaltapparat in der Lage ist, die gesamte Bevölkerung zur Befolgung einer hoheitlichen Maßnahme zu verpflichten.

Wir hatten in den Politischen Berichten Nr. 1/1987 geschrieben, daß die in der Volkszählung erhobenen Daten zur erfolgreichen Durchführung der Pläne der westdeutschen Imperialisten benötigt werden. Dies umfaßt sowohl „zivile“ Vorhaben, wie z.B. Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Rentenreform, wie auch direkt den Krieg vorbereitende Maßnahmen, wie sie in den jüngst auf Bundes- und Länderebene verabschiedeten Zivil- und Katastrophenschutzgesetzen zum Ausdruck kommen. In diesen Gesetzen wurden eine Fülle von Sonderbestimmungen, möglichen Zwangsverpflichtungen, Einschränkungen der Grundrechte festgelegt, mit der Absicht, im (letztendlich Kriegs-)Fall Störungen an der Heimatfront auszuschalten bzw. rechtzeitig ausmerzen zu können.

Die Zivil- und Katastrophenschutzgesetze wie auch das Volkszählungsgesetz definieren beide ein- und dieselbe Größe zur kleinsten operativen Einheit: den Block. Ein Block umfaßt alle Häuser einer Straßenseite zwischen zwei Straßeneinmündungen. In der Volkszählung ist dies die Einheit, auf der die Einzeldaten der dort Lebenden zusammengefaßt und gespeichert werden. In dieser Form werden die Werte an die Gemeinden von den Statistischen Ämtern weitergereicht. Im Zivil- und Katastrophenschutz ist der Block die Einheit, auf der die Bevölkerung zur Ausführung der geplanten Aufgaben organisiert wird. Zuständig hierfür sind von den Städten bzw. Kreisen einzurichtende Sonderstäbe. Die Volkszählung liefert genau die Zustandsinformationen, welche die Krisenstäbe zur Ausarbeitung von Notfallplänen benötigen.

Für diesen Gesichtspunkt ist die Volkszählung praktisch eine kriegsvorbereitende Maßnahme, quasi eine halb-militärische Aktion. Unter diesem Blickwinkel dürfte verständlich werden, weswegen die Reaktion staatlicher Stellen auf Boykottankündigungen so fatal

an das Kriegsrecht erinnert.

Besonders schroff bekommen dies die Grünen zu spüren, die parlamentarische und stärkste Vertreterin des Widerstandes. Sie werden vor die Alternative gestellt: Entweder sie stellen sich gegen die Volkszählung und damit in der Folge gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, oder sie (er-)dulden diesen Akt staatlicher Kriegsvorbereitung und werden auch damit weiterhin vom Staat geduldet. Die Volkszählung sei in einem rechtmäßigen Gesetzgebungsverfahren von einer demokratisch legitimierten Mehrheit des Bundestages beschlossen worden. Wer dagegen vorgehe, handle undemokratisch, elitär, autoritär und stelle sich außerhalb der Rechtsordnung und Verfassung. So die Argumentation von CDU/CSU/FDP

werden“ (FAZ, 12.3.87).

Die rabiate staatliche Reaktion hat eine gefährliche Lage entstehen lassen: Gegen die Volkszählung und zum Boykott rufen auf die Grünen und Organisationen aus ihrem Umfeld, die DKP und ihr nahestehende Organisationen, revolutionäre sozialistische Parteien und Organisationen. Nicht gegen die Volkszählung auftreten, sie im Gegenteil sogar befürworten, das machen die SPD und fast alle Gewerkschaften. Holger Börner hat sich freiwillig als Zähler gemeldet, Monika Wulf-Matthies (ÖTV-Vorsitzende) spricht sich für Sinn und Zweck der Volkszählung aus, hätte nur gerne den Datenschutz besser geachtet. Die Front gegen die Volkszählung hat praktisch kein Standbein in der Arbeiterbewegung und die Gefahr der Isolation ist groß. Teile der Grünen weichen schon vor dem immensen Druck der Reaktion zurück. Schily ist für das Gewaltmonopol des Staates auch in der Frage der Volkszählung. Bei einer Debatte des baden-württembergischen Landtages über die Stellung der Grünen zur Gewalt distanzieren sich diese von



Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes (zweiter von rechts Amtschef Hölder) am Volkszählungs-Telefon bei der Beantwortung von Bürgerfragen.

und auch SPD. Damit nun auch jeder erkennt, daß dies keine leeren Worte sind, hagelt es Strafmaßnahmen gegenüber den Grünen. Weil sie bei der Konstituierung des Bundestages ein Transparent mit der Aufschrift „Boykott der Volkszählung!“ getragen haben, ermittelt der Bonner Staatsanwalt. Im Bundestag, im baden-württembergischen Landtag sowie in verschiedenen Städten wurden Amtstelefone grüner Abgeordneter gesperrt, weil diese zur Boykottberatung benutzt wurden. Innenminister Zimmermann tat kund, „daß bei Boykottaufrufen gegen die Volkszählung mit breiter öffentlicher Wirkung so bald wie möglich Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet

dem Sprecher ihrer Fraktion im Bundestag, Ebermann.

Es erhebt sich die Frage, ob in dieser Lage ein Boykott der Volkszählung die richtige Losung ist. Oder ob dadurch nicht Einzelpersonen der Staatsgewalt ans Messer geliefert werden. Die Erfahrung lehrt, daß sich daraus resultierende Prozesse nicht kollektiv durchstehen und abwehren lassen. Unseres Erachtens scheint es nicht angebracht zu sein, an diesem Punkt auf Teufel komm raus die Auseinandersetzung zu suchen. Vielmehr sollten die mit der Volkszählung verfolgten Pläne benannt und dagegen die Front vor allem in den Gewerkschaften aufgebaut werden. – (thh, uld)

Meldepflicht: Gesetze zur polizeilichen Überwachung

Bis 1930 war das Meldewesen im Deutschen Reich sehr unterschiedlich geregelt. Selbst im größten Land, in Preußen, waren die Meldevorschriften in den Bezirken nicht vereinheitlicht. Gemeinsam war allen Vorschriften über An- und Abmeldungen, daß sie bei den örtlichen Polizeibehörden vorgenommen werden mußten, völlig unterschiedlich waren die Vorschriften, was gemeldet werden mußte und ab wann sich eine Person bei der örtlichen Polizeibehörde anmelden mußte. Die Regelungen reichten von der Vorschrift, nur der Haushaltsvorstand habe seinen Namen anzugeben, bis zur Pflicht, alle Haushaltsmitglieder und den exakten Wohnort anzugeben. In manchen Bezirken und Gemeinden mußte sich nur anmelden, wer dort dauerhaft seinen Lebensunterhalt verdienen wollte. Wanderarbeiter z.B. waren nicht zur Meldung verpflichtet, in anderen Bezirken wiederum war jeder, der sich länger als zwei Monate im Bezirk aufhalten wollte, zur Anmeldung verpflichtet. 1930 erließ die preußische Landesregierung eine Musterpolizeiverordnung, die zur Vereinheitlichung des Melderechts in den preußischen Bezirken diente. Danach mußte jeder Haushaltsvorstand für den gesamten Haushalt jeden Wohnungswechsel auf der Stelle bei der zuständigen Polizeibehörde melden. Jede Person, die sich länger als drei Monate an einem Ort aufhielt, mußte sich anmelden. Besondere Vorschriften der Meldepflicht wurden für Gastwirte, Pensionsinhaber und Krankenhäuser erlassen: Sie waren verpflichtet, die Personendaten jedes Gastes bzw. Kranken zu erfassen und der Ortspolizeibehörde zur Kenntnis zu bringen.

1932 wurden auch die ausländerpolizeilichen Vorschriften vereinheitlicht, von diesem Zeitpunkt an mußte jeder Ausländer, der sich länger als sechs Monate im Reichsgebiet aufhalten wollte, eine Aufenthaltsgenehmigung beantragen.

Erst die Faschisten änderten die Zuständigkeit von Polizeibehörden für die Meldepflicht zugunsten der Einrichtung von kommunalen Meldeämtern, die unter Landesaufsicht standen, mit der Verordnung über das Meldewesen vom 13.1.1938 (Reichsmeldeordnung) ab. Die Verordnung sollte die Einführung eines „Allgemeinen polizeilichen Inlandsausweises“, dem Vorläufer des Personalausweises, vorbereiten. Mit Verordnung vom 22.7. 1938 wurde eine Kennkarte eingeführt, die mit Lichtbild und Fingerabdrücken des Inhabers versehen war. Verstöße gegen die Meldepflicht wurden nun mit Haft und als Übertretung von Strafgesetzen bestraft, vorher waren Verstöße als Ordnungswidrigkeiten zu behandeln. Hauseigentümer wurden zur Anmeldung von Mietern verpflichtet. Die Faschisten erfaßten bei der Anmeldung nicht nur die bereits üblichen Daten (Geburtsdatum, Geburtsort, Wohnort, Religion), sondern auch die sogenannte Rassenzugehörigkeit der Person und Eltern, Beruf, Invalidität. Zur Begründung führte Göring 1938 in einer Sitzung des Reichsverteidigungsrates aus:

„Wir müssen einen Überblick über den deutschen Menschen bekommen, und da sehe ich tatsächlich keine andere Möglichkeit als die bereits in Gang befindliche Aufstellung einer Volkskartei. Die Volkskartei muß gemacht werden ... Aber ich muß, wenn ich überhaupt Menschen verteilen will, erst einmal wissen: Was habe ich überhaupt für Menschen in Deutschland; abgesehen von vielen anderen Vorzügen ist das ganz selbstverständlich. Das wäre also die erste Erfassung, einmal Gliederung, Schichtung und Kartisierung der deutschen Menschen.“

Für die Kriegsplanung und die Dienstverpflichtung war die im Aufbau begriffene „Volkskartei“ von Nutzen, aber auch für die Vernichtungsprogramme gegen die innere Opposition, für die Aussonderung von „lebensunwertem Leben“ und für rassistische Verfolgung von Juden, Roma,

F. [REDACTED] DUSSELDORF Holzhandlung und Baumaterialien
 LAGER: [REDACTED] Straße Nr. 42/50 WOHNUNG: [REDACTED] 2. Etage
 POISSONIERE-STRASSE 42/50
 DUSSELDORF, den 18. Oktober 1939

An das
 Wirtschaftsamt
 Düsseldorf
 Hofgartenstr.

Durch die vor einigen Tagen erfolgte Volkszählung habe ich in Erfahrung gebracht, dass die Frau des Mieters Hofer in meinem Hause [REDACTED] 5 Jüdin ist. Ich mache Ihnen hiermit verordnungsgemäße Mitteilung.
 Da die Mieter des Hauses mit diesem Zustand nicht einverstanden sind, weil bei Fliegeralarm usw. ein Verweilen mit der Jüdin in ein und demselben Luftschutzbunker, sowie auch das Wohnen unter einem Dach der Mieter nicht auszuhalten ist, bitte ich baldmöglichst um Zuweisung einer Wohnung für Hofer.

Handwritten: 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Denunzierung einer Jüdin aufgrund von Volkszählungsergebnissen 1939.

Sinti usw.

1942 erläuterte ein Kommentar zur Reichsmeldeordnung: „Spannt man ein Netz – und das Meldewesen gleicht einem Netz, weil es der Erfassung der Bevölkerung nach mancherlei Richtung hin dient –, so darf dieses Netz an keiner Stelle Lücken aufweisen. Es darf das umso weniger, weil das Meldewesen nicht nur ein Erfassungsmittel ist ..., sondern weil es zugleich eine unentbehrliche Grundlage für die Tätigkeit zahlreicher Behörden bildet, die im Reichsmaßstab arbeiten und planen ...“

Die alliierten Besatzungsmächte hoben die faschistischen Verordnungen in den verschiedenen Militärzonen zunächst auf und führten eigene Kennkarten, z.T. ohne Lichtbild, z.T. der früheren Kennkarte ähnlich ein. 1950 erließ die Bundesregierung das Gesetz über den bundeseinheitlichen Personalausweis und ein – allerdings sehr lockerer – Verwaltungsrahmen für die Meldegesetze wurde geschaffen. Ende der fünfziger Jahre wurde die gesonderte, zentrale Erfassung der Ausländer beschlossen, das Ausländerzentralregister, in dem jeder Ausländer, der sich länger als sechs Monate in der BRD aufhält registriert wird, wurde geschaffen.

1973 legte die sozialliberale Koalition einen Entwurf für ein Bundesmeldegesetz vor, aus dem nach jahrelangen Debatten schließlich das Melderechtsrahmengesetz von 1980 und das Gesetz über den Personalausweis hervorgingen. Der Gesetzentwurf von 1973 hatte noch die Einführung einer Personenkennziffer vorgesehen, dieses Vorhaben ließ die Regierung nach heftigen, zum Teil liberal begründeten Kritiken fallen. In einigen Landesmeldegesetzen. Die nach dem Melderechtsrahmengesetz beschlossen wurden, sind jedoch Möglichkeiten für Personenkennziffern angelegt, so im Meldegesetz NRW. Der maschinenlesbare Personalausweis wird ab 1. April dieses Jahres ausgegeben.

Quellenhinweis: Neuer computerlesbarer Personalausweis, Hamburg 1984; Boykott '83 Volkszählung, Ausgezählt, Köln 1983; Geschichte des deutschen Verwaltungsrecht, Bd. 4, Heidelberg 1978; Deutsche Volkszeitung/die tat v. 20. Februar 1987

Frankreich

Die „Front National“: erfolgreiche faschistische Mobilisierung

Seit einem Jahr ist die faschistische Organisation „Front National“ (FN) in der französischen Nationalversammlung vertreten, mit einem spektakulären Wahlergebnis von durchschnittlich 11% und 35 Sitzen. Nach der Befreiung 1944 war die extreme Rechte nach der Kollaboration mit den Nazis im Niedergang begriffen. Nach einem kurzen Wiederauftreten im Parlament in den 50er Jahren organisierten sich die Faschisten erneut im Zuge des Befreiungskampfs in Algerien. Nach dem gescheiterten Putschversuch der Militärs 1961 gründete sich die „Organisation Armée Secrete“ (OAS), berüchtigt für Attentate und Folterungen gegen algerische Freiheitskämpfer. Nach ihrer Niederlage verschwand diese Organisation. Bei den Präsidentschaftswahlen 1965 stellten die Faschisten einen Kandidaten auf und erhielten im ersten Wahlgang 5,1% der Stimmen. Der Kandidat selbst erklärte dann, er würde im zweiten Wahlgang den gemeinsamen Kandidaten der Linken gegen de Gaulle, Francois Mitterrand, wählen. Erneut zerfiel die organisierte Rechte, übrig blieb das „Mouvement Occident“, das vor allem im Mai 1968 ihre Schlägertruppe gegen die Studenten entsandte. Im Oktober 1968 wurde „Mouvement Occident“ dann aufgelöst. Aber schon im November 1969 gründeten dieselben Leute „Ordre Nouveau“ (Neue Ordnung), aus der dann 1972 die „Front National“ hervorging. Ihr Führer Le Pen hat von Anfang an versucht, die verschiedenen Strömungen der extremen Rechten, von Ultra-Liberalen über Royalisten bis hin zu Faschisten (Mitgliedern der Waffen-SS, Kollaborateuren), zusammenzufassen. Gemeinsamer Nenner war und ist der Anti-Kommunismus, das Ablehnen des „Egalitarismus“, der Nationalismus, der Rassismus und die Ausländerfeindlichkeit. Le Pen selbst stellt sich mit der Devise „Arbeit, Familie, Vaterland“, die vom französischen Faschismus im 2. Weltkrieg kommt, in eine Linie mit diesem und präsentiert sich als „historische Figur“ des Nationalismus.

Ab 1983, als die Sozialisten an der Regierung waren und die bürgerlichen Kräfte geschwächt, erzielte die FN ihren Durchbruch bei Wahlen, zunächst bei den Kommunalwahlen in Dreux (bei Paris). Hier bewirkte ein Wahlabkommen zwischen der RPR (Gaullisten) und der FN, daß ein FN-Kandidat im zweiten Wahlgang auf der RPR-Liste mitkandidierte und so ins Stadtparlament kam. Im selben Jahr erzielte Le Pen selbst bei Kommunalwahlen im Morbihan (Bretagne) – dort ist er

geboren – 12% der Stimmen. Bei den Europawahlen am 17.6.84 erreichte die FN 11% der Stimmen und hat seitdem zehn Sitze im Europaparlament inne. Die nächsten hohen Ergebnisse erzielte die FN bei den Kantonalwahlen im März 1985. Sie erhielt im Landesdurchschnitt 8,67%, in 28 Départements jedoch z.T. weitaus mehr. Die höchsten Resultate erzielte sie im Süden, in den Départements Var (20,40%), Bouches-du-Rhône (19,46%) und Alpes-Maritimes (17,32%). In den Wahlen zur Nationalversammlung schließlich am 16. März 1986 waren ähnliche Ergebnisse zu verzeichnen. Das höchste Ergebnis erhielt die FN in Marseille mit 24,37%, wo z.B. die RPR nur 7% erhielt. Entsprechende Ergebnisse gab es in Perpignan und anderen Städten des Südens. In fast zehn Regionen konnten die Kandidaten der bürgerlichen Parteien (RPR, UDF) nur mit den Stimmen der FN den Vorsitz im Regionalrat erringen.

Wie sieht nun die Wählerschaft der

Teil der FN-Wählerschaft. Nach Umfragen der Zeitungen „Le Monde“, „Libération“ und „Nouvel Observateur“ nach den Europawahlen ergibt sich folgendes Bild der FN-Wählerschaft: Kleinhändler (15%), höhere Angestellte und Freiberufler (14%), Kapitalisten (17%); der Prozentsatz von Arbeitern und Bauern ist niedrig, 9% bzw. 8%. Gegen die Behauptung, die FN werde vor allem von Arbeitslosen und vielen Arbeitern gewählt, spricht die Tatsache, daß z.B. in Brest oder Le Havre, Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und Industrie, die FN durchschnittlich weniger Stimmen erhielt.

Auch die Mitgliedschaft rekrutiert sich entgegen Berichten z.B. in der westdeutschen Presse nicht aus der Arbeiterklasse, sondern aus den besitzenden Klassen und den neuen und alten Mittelklassen: „Freie Berufe“ 14%, Händler, Handwerker 11%, Betriebsbesitzer 10,5%, Höhere Angestellte 8,0% und Arbeiter 5%.

Das Programm der FN hat folgende Leitsätze: „Die Sicherheit der Franzosen garantieren, den Strom der Einwanderung umkehren, den Sozialisten den Rücken kehren, den Volkskapitalismus aufbauen“. Hauptpunkt der Wahlkampagnen war die Ausländerhetze.



Gegen „Frankreichs Niedergang durch Kolonisierung von Ausländern“ mobilisiert die Front National. Die Regierung verschärft die Ausländergesetze (Bild durch Polizei erzwungene Ausweisung einer Ausländerfamilie in Paris).

FN aus? Die Höchstergebnisse im Süden Frankreichs lassen sich erklären durch den hohen Anteil an „pieds-noir“, die ehemaligen französischen Siedler in Algerien und aus ihrer kaum gebrochenen kolonialistischen und rassistischen Tradition. Insbesondere in Lyon und Marseille, Städte mit hohen Anteilen ausländischer Bevölkerung, tun sie sich als Schläger- und Mörderbanden gegen ausländische, vor allem nordafrikanische Arbeiter hervor. Spitzenkandidat in Perpignan war übrigens P. Sergent, der frühere Chef der OAS. Doch bilden die „pieds-noir“ nur einen

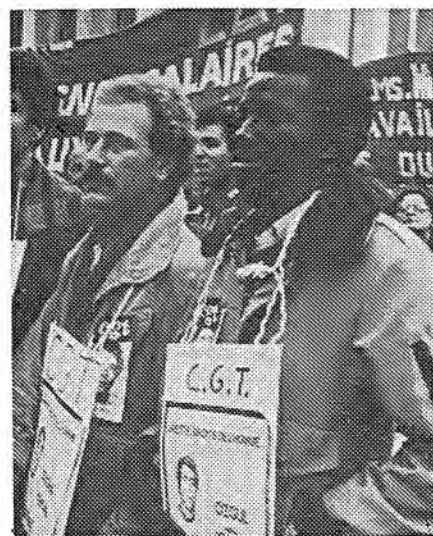
ze. Le Pen fordert die Priorität der „Franzosen bei Arbeitsplätzen, Gesundheitsversorgung, Wohnung und Erziehung“. Den Beschäftigten ausländischer Arbeitskräfte soll eine entsprechende Steuer auferlegt werden. Ausländische Arbeiter sollen in keiner Bereich wählbar sein, Ausweisungen sollen verschärft werden, Kinder ausländischer Arbeiter sollen nicht mehr das Recht auf kostenlosen Schulbesuch haben. Während des letzten Wahlkampfes 1986 machte Le Pen keine Hehl aus seiner faschistischen Gesinnung. Er bestätigte, in Algerien gefi

tert zu haben: „Ich habe nichts zu verbergen. Ich habe gefoltet, weil es nötig war, das zu tun.“ Die FN bezeichnet die französischen SS-Truppen der „Division Charlemagne“ als „romantische Helden“. Le Pen arbeitet ständig propagandistisch an der Rehabilitierung faschistischer Traditionen und Positionen.

Faschistische Positionen (FN) und liberal-konservative (Regierungsparteien RPR und UDF) nähern sich gefährlich einander an. Die Parlamentstätigkeit der FN im vergangenen Jahr zeigt dies: Die FN prescht vor und die Regierung zieht nach. Dafür gibt es etliche Beispiele: So fordert neben der FN auch die RPR die Wiedereinführung der Todesstrafe. Eine Verschärfung der Zugangs zur französischen Staatsbürgerschaft wird schon länger von der Regierung verhandelt. Ein Vorschlag der FN zur Änderung des Finanzgesetzes 1987 wurde bereits angenommen. Die Ausländergesetze wurden drastisch verschärft. Ein FN-Antrag, die Visums-

pflicht für Nicht-EG-Staaten einzuführen, wurde zunächst von den Regierungsparteien abgelehnt, aber bereits im September unter „terroristischem Druck“ schließlich verabschiedet. Weitere Gesetzesvorschläge der FN: Amnestie für OAS-Verbrecher, „Verbesserung der staatlichen Sicherheit“, um die sich die Regierung bereits hinlänglich bemüht und Vorschläge, die direkt die Kapitalisten fördern: Wegfall der Einkommenssteuer innerhalb von fünf Jahren, stattdessen Ausgabensteuer, Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Mit der FN, viertstärkste Partei noch vor der Kommunistischen Partei, verfügen die französischen Kapitalisten über eine wichtige Kraft zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Zerschlagung der Gewerkschaften und der linken Organisationen. Der weitverbreitete französische Nationalismus, selbst unter linken Organisationen, hat den konsequenten Kampf gegen Faschismus und Rassismus behindert. Gegen den rassistischen Terror der FN



Demonstration gegen Rassismus unterstützt von der kommunistischen Gewerkschaft CGT

Nationalistische und faschistische Organisationen

Mit 50000 Mitgliedern ist die Front National unter Führung von Le Pen die stärkste unter den nationalistischen und faschistischen Organisationen. Daneben existieren weitere Organisationen, u.a. die „Partei der Neuen Kräfte“ (PFN), die 1983 über 7000 Mitglieder zählte, die „Neue Royalistische Aktion“ (NAR) mit über 1500 Mitgliedern sowie die Organisation „Nationale Wiederherstellung“ (RN). Einer der wichtigsten Hebel der rechten Kräfte ist der Medienbereich. Die FN verfügt über bedeutenden Einfluß z.B. über das Figaro Magazin (geschätzte Leser ca. zwei bis drei Millionen), die Wochenzeitschrift Minute, die Tageszeitung Prénant sowie ca. zehn weitere Publikationen. Besonders stark ist der Einfluß in der rechten Polizeigewerkschaft FPIP, in großen Teilen der berüchtigten Polizeitruppe CRS, im rechten Bauernverband CNIP. Ab 1983 gelang es der Front National, unterstützt von Konservativen, Teilen der RPR und ehemaligen Royalisten, drei größere Kulturvereine zu gründen, die eine „französische Kulturpolitik“ entwickeln sollen.

Für das Erstarken nationalistischer und faschistischer Organisationen wesentlich mit beigetragen, hat die „Nouvelle Droite“ (Neue Rechte) Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre. Ihr Cheftheoretiker ist de Benoist. Die Bedeutung der „Nouvelle Droite“, zu der auch ehemals linke Intellektuelle zählen, besteht darin, nicht unmittelbar für eine bestimmte Organisation, sondern im „Kulturkampf“, im „ideologischen

Stellungskrieg“ (de Benoist) gegen eine Bedrohung der „nationalen Identität“ Frankreichs und der „europäischen Zivilisation“ zu wirken. Insbesondere unter der Intelligenz verfügt die Nouvelle Droite über Einfluß. Sie betrachtet sich selbst zusammen mit ihrem Ableger, die GRECE (Wissenschaftliche Vereinigung für die europäische Zivilisation), als eigentliche Kaderschmiede, als „Avantgarde des intellektuellen Kampfes der Rechten gegen die linke Ideologie“. De Benoist: „Ich bin der Meinung, daß die Rechte schon viel weiter gekommen sein wird, wenn sie 1. die Notwendigkeit einsieht, sich für das auszugeben, was sie ist (selbst die Initiative zu übernehmen); 2. ihren ‚Hauptfeind‘ erkennt, d.h. den die Weltvielfältigkeit leugnenden und vereinfachenden Egalitarismus; 3. erkennt, daß nichts im Leben ‚neutral‘ ist und daß sie demnach über jedes Thema eine Meinung erarbeiten muß ... Und natürlich kann das Endergebnis dieser von ‚rechts‘ gestarteten Unternehmung nur die Verbindung der Begriffe ‚rechts‘ und ‚links‘ zu einem einzigen Ganzen sein, ... daß man es schafft, gleichzeitig die Rechte und die Linke zu sein ... Sie (die Rechte) hat nicht nachvollzogen, wie der politische Frontalangriff die Früchte des ideologischen Stellungskrieges erntet.“ Neben der Herausgabe von Büchern und Broschüren, die insbesondere unter nationalistischen Kreisen der Intelligenz Verbreitung finden, vertreibt die Nouvelle Droite u.a. einen monatlichen Informationsdienst, Nachrichtenbriefe, Dossiers über Organisationen und Personen der Linken sowie ein „Ideologisches Lexikon für die Basis“.

und die ausländerfeindliche Politik der Regierung entwickeln sich inzwischen breitere Bündnisse.

Quellenhinweis: Le Monde, L Humanité, versch. Ausgaben; Article 31, Nr. 25, Dez. 1986; EG-Magazin, 01.10.86; Lendemains, 36-1984, 38/39-1985, 42-1986; FAZ, 24.04.86; Ministère des Relations Extérieures, les partis politiques en France, 1986; Arbeiterkampf, 18.11.85; Weserkurier, 23.02.87; Criticón, Nov./Dez. 1985 – (sur, sie)

Südpazifik

Front gegen französische Neukaledonien-Politik

Die 13 Mitgliedsstaaten des Südpazifischen Forum, darunter Australien und Neuseeland, beschlossen auf einer Tagung am 3. März, künftig nur noch geschlossen mit Frankreich über die Unabhängigkeit der französischen Kolonie Neukaledonien zu verhandeln. Das Forum verwarf den von der französischen Rechtsregierung ausgearbeiteten Entwurf eines Referendums, über das womöglich schon im August die Einwohner Neukaledoniens abstimmen sollen, als untauglich für eine „freie, ehrliche und genuine Entscheidung“ über die Selbstbestimmung Neukaledoniens.

Im Herbst letzten Jahres hatten die Mitgliedsstaaten auf Initiative von Papua-Neuguinea, Vanutu und den Solomon-Inseln in der UNO durchgesetzt, Neukaledonien auf die Agenda des UN-Ausschusses für Entkolonisierung zu bringen und damit international als französische Kolonie behandeln zu lassen. Die französische Regierung hatte vergeblich diese UN-Entscheidung zu sabotieren versucht, u.a. damit, daß sie einzelnen Mitgliedsstaaten des Forum mit dem Entzug von Ent-

wicklungshilfe drohte. Nach der Entscheidung der UN erklärte der französische Innenminister Pasqua, er „nehme das nicht zur Kenntnis.“

Die französische Rechtsregierung hat inzwischen einen Gesetzesentwurf über das geplante Referendum auf Neukaledonien vorgelegt, der im April von der französischen Nationalversammlung verabschiedet werden soll. Der Referendumstext ist so angelegt, daß im Ergebnis die fortgesetzte französische Herrschaft über Neukaledonien unvermeidlich bestätigt wird. Die zur Entscheidung vorgelegten Alternativen sind: Integration Neukaledoniens mit Frankreich bei etwas lokaler Autonomie und fortgesetzter Wirtschaftshilfe, oder völlige Unabhängigkeit ohne jede Finanzzusage. Diese Erpressung geht einher mit einer Politik, die die minimalen Zugeständnisse der früheren sozialistischen Regierung an die Unabhängigkeitsbewegung FLNKS, die die eingeborenen Kanaken (47% der Inselbevölkerung) vertritt, konterkariert: Die Finanzierung der von den Kanaken kontrollierten Regionen auf Neukaledonien ist gestrichen, Zusagen über Landreform zu Lasten der französischen Siedler wurden nicht eingehalten, etc.

Die frühere sozialistische Regierung hatte dagegen versucht, die FLNKS für eine fortgesetzte Assoziation eines unabhängigen Neukaledoniens mit Frankreich zu gewinnen – etwa wie in Form der neokolonialen Beziehungen Frankreichs zu den ehemaligen Kolonien in Westafrika.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 19.3.87; SZ, div. Ausgaben – (wom)

Brasilien

Ohne IWF-Sanierungsprogramm keine Kredite

Am 20. Februar verkündete der brasilianische Präsident Sarney einen Zinszahlungsstopp gegenüber den imperialistischen Banken auf mittel- und langfristige Schulden in Höhe von ca. 75 Mrd. US-\$. In einer Rede an die „Nation“ erklärte er: „Brasilien ist nicht ein Land, das Konfrontation will ... es strebt nicht nach einer autonomen Wirtschaft außerhalb der internationalen Gemeinschaft. Was es will, sind faire Verhandlungen. Wir wollen eine freie Marktwirtschaft, die wettbewerbsfähig, dynamisch und modern ist und das Recht auf Wachstum hat. ... Wir haben große Anstrengungen zur Wiederbelebung unseres Außenhandels unternommen, aber wir konnten nicht die Anpassungen vollziehen, die für eine Rezessionspolitik erforderlich sind, deren einziges Ziel die Erzeugung von Handelsüberschüssen unter Mißachtung der unveräußerlichen In-

teressen des Landes gewesen wäre. ... In den letzten fünf Jahren hat Brasilien 55,8 Mrd. Dollar allein an Schuldzinsen gezahlt. Ich sage noch einmal, wir können die Schulden nicht mit dem Hunger des Volkes bezahlen.“

Neben der Beschaffung von günstigeren Kreditbedingungen will die liberal-konservative Regierung Brasiliens den Zinszahlungsboykott dazu nutzen, einen „nationalen Konsens“ für den Cruzado-Wirtschaftsplan mit Lohnsenkungen für die Lohnabhängigen herzustellen und die stattfindenden Kämpfe der brasilianischen Arbeiter zu isolieren. Präsident Sarney: „Es ist nun die Zeit für einen verantwortungsvollen Patriotismus angebrochen und nicht dafür, das Land unter dem Vorwand der Kritik an der Regierung zu schädigen.“

Zwar zeigten sich die imperialistischen Banken bereit, neue Kredite zu vergeben, jedoch nur zum Preis eines weitergehenden Sanierungsprogramms mit Auflagen des Internationalen Währungsfonds. Die Unterwerfung unter ein IWF-Diktat jedoch lehnt die brasilianische Regierung seit der Ablösung der Militärdiktatur vor zwei Jahren strikt ab.

In ihrem neuen Brasilien-Konjunkturbrief formuliert die Berliner Bank die Forderungen der imperialistischen Banken. Trotz eines Preis- und Lohnstopps der Regierung im letzten Jahr sei es dennoch zu kräftigen Lohnerhöhungen gekommen, „aus dem Antiinflationprogramm sei eine Politik der Einkommensverteilung geworden“. Daher müsse jetzt die „Expansion der Binnennachfrage auf ein tragbares Maß“ zurückgeführt werden. Die Berliner Bank verlangt eine massive Senkung der „Massenkaufkraft“, der Löhne und der Staatsausgaben.

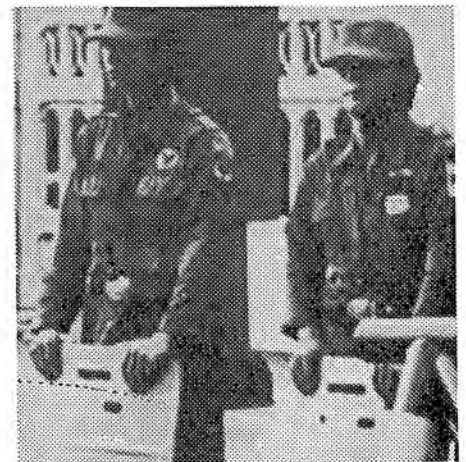
Bereits Anfang März verständigten sich die fünf größten imperialistischen Gläubiger auf ein gemeinsames Vorgehen. Der US-Notenbankchef Volcker warnte seine Kollegen vor „Kriegsmüdigkeit“ in der Schuldenfrage und verlangte die Bereitschaft zur „Kooperation“. Der Chef der US-Citibank, der führenden Gläubigerbank, äußerte, daß ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm Brasiliens für seine Bank mindestens genauso wichtig sei wie die US-Steuerreform des vergangenen Jahres oder gar die Revision der wichtigsten US-Bankengesetze. Der brasilianische Finanzminister Funaro versuchte einige Tage später, mit den Regierungen zu verhandeln. Einhellige Reaktion: keine staatlichen Kredite, Verhandlungen mit den Banken und Sanierungsprogramm. Auch der Versuch, Kredite der Imperialisten für brasilianische Einfuhren zu erhalten, schlug fehl.

Quellenhinweis: NZZ, 24.02.-10.03.87; Die Weltwoche, 26.02.87; Handelsblatt, 03.03.87; Brasilien-Ausschnittendienst, 2/87 – (sie)

Südkorea

Verliert das Militärregime seine Basis?

Seit dem Bekanntwerden des Foltertodes des Studenten Park Chong Chol im Polizeiarrest im Januar reißen die Aktionen von Studentenorganisationen, Gewerkschaften, Oppositionsparteien, Menschenrechtsgruppen und religiösen Organisationen gegen das Militärregime nicht mehr ab. Park war im Polizeiverhör gestorben, und Ärzte hatten bei der Autopsie Tod durch Ertränken in einer Badewanne im Verhörraum festgestellt. Das Militärregime sah sich zum ersten Mal gezwungen, den Tod eines politischen Gefangenen im Polizeiverhör zuzugeben; der In-



Demonstration gegen Polizei und Militärregime aus Anlaß des Foltertodes des Studenten Park Chong Chol

nenminister mußte seinen Sessel räumen. Der Foltertod führte in den folgenden Wochen zu einer öffentlichen Diskussion über weitere Fälle von Folterpraktiken und sog. Selbstmorden in Polizeigewahrsam, Fälle, die das Militärregime in den vergangenen Jahren erfolgreich kaschiert hatte. Die südkoreanische Strafverteidigervereinigung erklärte: „Alle Folterpraktiken, die bislang von der Regierung gedeckt oder ignoriert worden sind, müssen strengstens untersucht und ans Tageslicht gebracht werden.“

Erst jetzt wird das ganze Ausmaß der Verfolgung der Arbeiterbewegung und der Revolutionäre in Südkorea offenbar: In den 18 Amtsjahren von Park Chong Hee, ebenfalls Diktator und Vorgänger des amtierenden Chun Doo Hwan, gab es insgesamt 750 Verurteilungen aus politischen Gründen, in den sechs Jahren unter Chun insgesamt 7000; etwa 1900 der Verurteilten sind noch in Haft. Im letzten Quartal 1986 meldeten Oppositionsgruppen 238 illegale Festnahmen; das Schicksal von 28 Verhafteten ist bis jetzt unbekannt. Zu den Verhafteten gehören Gewerkschafter wie der Führer der

Nationalen Chemiarbeitergewerkschaft Kim Song Sik, der zwei Monate ohne Anklage eingesperrt war.

Die relative Stabilität der Kontrolle der Imperialisten über Südkorea, die sich politisch auf das Militär und die Militarisierung aller Lebensbereiche stützt und sozial auf eine zahlenmäßig große, westlich orientierte Mittelschicht, scheint zumindest in Frage gestellt. Bislang war der Kampf gegen die Militärdiktatur von der südkoreanischen Arbeiterbewegung und Teilen der Intelligenz, vor allem an den Hochschulen, getragen. Die organisierte und legale Opposition in Gestalt der Oppositionspartei NKDP und ihrer Führer Kim Dae Jung und Kim Jung Sam beschränkte ihren Widerstand auf eine Kampagne für Verfassungsänderungen und suchte dafür Unterstützung in den USA. Die katholischen und die protestantischen Kirchenführer grenzten sich in dem vorwiegend buddhistischen Land zwar vom Militärregime ab, warnten aber zugleich immer vor den Aktionen der Linken. Jedenfalls gelang es bisher nicht, in die Front gegen die Militärdiktatur auch größere Teile der Mittelklassen einzubeziehen.

Das ist jetzt anders. Die Aktionen aus Anlaß der Beerdigung von Park mobilisierten in über 20 Städten Hunderttausende. Den vereinten Bemühungen von Regierungspropaganda und Polizeigewalt gelang es nicht, in diesen Aktionen die Revolutionäre von z.B. Gruppen katholischer Gläubiger oder buddhistischer Mönche zu trennen. Das Auftreten des buddhistischen Klerus, der sich traditionell politischer Aussagen enthielt und damit zur Stabilität des Regimes beitrug, markiert eine bislang unerreichte Stärke der Front gegen das Regime.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Süddeutsche Zeitung, div. Ausgaben; Asia Yearbook 1987, Hongkong 1986 – (wom)

Verfall der Kaffeepreise

Imperialisten boykottieren Kaffeeabkommen

Der Kaffeepreis auf dem Londoner Kaffeemarkt, den die Produzentenländer erzielen, ist innerhalb eines Jahres um die Hälfte auf den niedrigsten Wert seit fünf Jahren gefallen: von 3000 Pfund je Tonne auf 1500. Die Preise für spätere Kaffeeauslieferungen, z.B. im Mai konnten die imperialistischen Kaffeegrößhändler nochmal um bis zu 20 Prozent senken.

Dem Kaffeepreisverfall vorausgegangen war das Scheitern der Neuverhandlungen über ein Kaffee-Abkommen der Internationalen Kaffeeorganisation (ICO) in London, in der 50 Produzenten- und 25 Abnehmerländer

vertreten sind. Unmittelbar danach nutzten die imperialistischen Kaffeegrößhändler panikartige Verkäufe von Produzentenländern, um den Preissturz weiter zu beschleunigen, der durch Überproduktion und rückläufigem Absatz eingeleitet worden war.

Die Produzentenländer hatten gefordert, die früher bestehende Ausfuhrhöchstmenge wieder einzuführen, um die Weltmarktpreise zu stabilisieren. Die imperialistischen Abnehmerländer boykottierten dies. Sie verlangten hingegen erst eine „Einigung“ über die Neuverteilung der Anteile einzelner Produzentenländer. Damit gelang den Imperialisten die Spaltung zwischen den Hauptproduzenten wie Brasilien, Kolumbien und Elfenbeinküste auf der einen Seite und auf der anderen einer Gruppe von acht Ländern, die ihre Produktion in den letzten Jahren besonders gesteigert haben und deutlich höhere Quotenanteile als im alten Kaffee-Abkommen anstreben. Zu ihnen gehören unter anderem Indien, Indonesien und Costa Rica.

Die Produzentenländer erwirtschaften

jährlich rund zehn Mrd. US-\$ an Devisen aus dem Kaffeeverkauf. Besonders viele afrikanische Länder sind auf den Kaffeeexport und -verkauf angewiesen, so beziehen Uganda, Burundi und Ruanda fast ausschließlich ihre zur Schuldentrückzahlung notwendigen Devisen aus dem Verkauf von Kaffee, zu über 50 Prozent Äthiopien, El Salvador und Kolumbien, zu über 30 Prozent Madagaskar, Nicaragua, Tansania, Guatemala, Haiti, Costa Rica und Kenia. Viele dieser Länder hatten ihre Kaffeeproduktion in den vergangenen Jahren mit Hilfe von Krediten der Imperialisten ausgeweitet, um zunächst die Mittel für wirtschaftliche Aufbauprogramme zu finanzieren und später um die gestiegenen Schulden bei den Imperialisten bezahlen zu müssen. Jetzt droht vielen Kaffeeproduzentenländern der wirtschaftliche Ruin, Gelegenheit für die Imperialisten, die neokolonialistische Abhängigkeit dieser Länder zu vertiefen und ihnen weitere Wirtschaftsdiktate aufzuzwingen.

Quellenhinweis: NZZ, 05.03.87; Handelsblatt, 04.03. und 11.03.87 – (sie)

Sowjetunion

Sucht Gorbatschow den offenen Konflikt mit der sowjetischen Arbeiterklasse?

Ende Februar fand der Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften statt. Wie man erwarten konnte, versuchte die KPdSU-Führung, die Gewerkschaften auf ihren Kurs von Wirtschaftsreformen zu bringen. Bei aller gebotenen Vorsicht in der Deutung verschiedener Anzeichen steuert sie auf einen wahrscheinlich schweren Konflikt mit der sowjetischen Arbeiterklasse zu.

„Bei uns wird nichts klappen, wenn wir nicht die trägen und bremsenden Kräfte ganz brechen“, sagte Gorbatschow. Dabei ließ er keine Zweifel aufkommen, *wen* er vor allem darunter versteht. „Den Gewerkschaften warf Gorbatschow vor, sie wehrten sich gegen sein Vorhaben, das System des leistungsunabhängigen Einheitslohnes abzuschaffen.“ Er forderte: „Wer mehr leistet, soll mehr verdienen.“ (Zitate nach „Hamburger Abendblatt“, 26.2.)

Ähnlich hat kürzlich die deutschsprachige Zeitschrift „Sowjetunion heute“ (10/86) losgelegt:

„Der erste Mangel unserer Wirtschaft, sowohl seinem Alter als auch seiner Bedeutung nach, sind ... die Tendenzen zur Gleichmacherei bei der Arbeitsentlohnung ... Das sind die Ketten unserer Wirtschaft, Sand im Getriebe des gesamten Wirtschaftsmechanismus, ein Hemmschuh der Entwicklung.“ Denn: „... der Unterschied im Verdienst von qualifizierten und

unqualifizierten Arbeitern wurde nivelliert. Die Arbeit als Ingenieur verlor an Attraktivität ... Der Verdienst der unqualifizierten Arbeiter erhöhte sich viel schneller als der der Facharbeiter.“

Inzwischen ist deutlich erkennbar, daß die Einführung eines neuen Leistungslohn-Systems Kern und Hauptbestandteil der Gorbatschow'schen Wirtschaftsreform ist.

„Die Reform“, führt der zitierte Artikel in „Sowjetunion heute“ aus, „läuft darauf hinaus, die Volkswirtschaft insgesamt, jeden einzelnen Betrieb dynamisch auf die Selbstkostendeckung und Eigenfinanzierung umzustellen und auf Gewinn zu orientieren.“

A und O des Erfolgs ist die Unterordnung der Arbeiter unter diese Ziele. Nichts anderes bezweckt die Reform des Lohnsystems, die Anfang 1987 eingeführt wurde und bis 1990 durchgesetzt sein soll. Sie zielt auf die verstärkte Differenzierung der Werktätigen und darauf, ihre Konkurrenz untereinander zu schüren. Die „Presseschau Ostwirtschaft“ (10/86) schreibt dazu:

„Das Tariflohnsystem soll wieder die Rolle des Hauptregulators des Arbeitslohnes erhalten (nachdem zeitweilig der Anteil der Prämien stark erhöht worden war – Red.). Sein Anteil soll von 50 auf 70 bis 75% steigen ... Bei den Arbeitern werden die Tarifsätze um 20–25% steigen. Um ein größeres



Vom 17.3.-13.5. veranstalteten die Teilnehmer des ASA-Programms (Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, LA und Asien), Jahrgang 1986, und der Weltfriedensdienst e.V. eine Rundreise mit einer Vertreterin der azanischen Hausangestellten-Gewerkschaft SADWU aus Südafrika. Näheres ist in den Ankündigungen der Veranstalter und auf den Veranstaltungen zu erfahren. Termine: 19.3. Bremen; 20.3. Oldenburg; 23.3. Münster; 30.3. Bonn; 1.4. Köln; 2.4. Oberhausen; 3.4. Bielefeld; 6.4. Hannover; 8.4. Kassel; 13./14.4. Westberlin; 21.4. Nürnberg; 23.4. Regensburg; 24./28.4. München; 27.4. Traunstein; 30.4. Augsburg; 4.5. Stuttgart; 6.5. Ludwigsburg; 8.5. Freiburg; 11.5. Frankfurt; 13.5. Gießen – (sie)

Japan: Gewerkschaften im Lohnkampf

Die von den wichtigsten japanischen Gewerkschaftsdachverbänden ausgerichtete „Frühjahrsoffensive“ (Shunto) für neue Lohn- und Gehaltstarife steht dieses Jahr unter besonderem Druck: Die industrielle Reservearmee in Japan wächst, die Konzerne im Montanbereich führen Massenentlassungen und Werksschließungen durch, innerbetriebliche Lohnkürzungen und Ausdehnung unbezahlter Mehrarbeit sind an der Tagesordnung. Die japanischen Stahlkonzerne, deren Tarifierhöhungen bislang faktisch Maßstab für die Tarife der gesamten Industrie waren, lehnen Lohnerhöhungen generell ab. Schon in den letzten Jahren waren die Anstren-

gungen der japanischen Gewerkschaften zur „Frühjahrsoffensive“ vergeblich. – (wom)

Schweden beschließt gegen Südafrika Handelsboykott

Am 3.3. verkündete die schwedische Regierung einen Boykott gegen Südafrika. Die Festlegung soll das Außenministerium treffen. Keine Warengruppe soll ausgenommen werden. Schweden hatte zuvor gehofft, bindende Boykottbeschlüsse des UNO-Sicherheitsrates zu bekommen, die nach ihrer Ansicht effektiver wären. LO-Gewerkschaftschef Malm hält den Boykott für wirkungslos. Metallkapitalisten sagten mindestens 800 Arbeitsplätze wären betroffen. Zentrums- und Volkspartei sind auch für Boykott. – (uwb)

Brasilien: Militär gegen streikende Arbeiter

1964 begann der Militärputsch in Brasilien mit einer Militäraktion gegen die streikenden Arbeiter einer Erdölraffinerie des Staatskonzerns Petrobras. Am 10.3.87 schickte die Regierung wieder Hunderte von Soldaten mit Panzern und Kampffahrzeugen, um die Produktionsanlagen von Petrobras zu besetzen. Durch den Einsatz von Streikbrechern wollen Geschäftsleitung und Regierung jetzt den Streik von 55000 Petrobras-Arbeitern brechen. Vor zwei Wochen beschlossen die 55000 Arbeiter der Petrobras Streiks und Besetzungsaktionen, um ihre Lohnforderungen von über 70 Prozent durchzusetzen, nachdem der Konzern nur 38% angeboten hatte. Seit Anfang März streiken ebenfalls über 40000 Seeleute der brasilianischen Handelsmarine und Hafenarbeiter, allein im Hafen von Santos liegen über 175 Schiffe fest. Das „Oberste Arbeitsgericht“ hat den Streik nach „Nationalen Sicherheitsgesetzen“, die noch aus der Zeit der Militärregierungen stammen, für illegal erklärt, damit sind die Streikenden fristlos gekündigt. Dennoch führen die Arbeiter ihren Streik für Lohnerhöhungen von ca. 200 Prozent fort. Die Regierung setzte daraufhin Verbände der Kriegsmarine ein, die die Abfertigung übernehmen sollten, bislang jedoch ohne großen Erfolg. Die bürgerliche Zeitung „O Globo“ hetzt gegen den Streik, die Arbeiter seien „kompromißlos“ und wollten ohne Rücksicht auf die Folgen für das ganze Land möglichst viel für sich durch Streik herausholen. Die Gewerkschaften fordern den sofortigen Abzug des Militärs aus den Häfen und Produktionsanlagen. In Rio de Janeiro beschlossen die Arbeiter die Fortführung des Streiks. – (sie)

Interesse an höherer Qualifikation und Qualität der Arbeit zu schaffen, wird der Unterschied zwischen den Tariflohnsätzen der verschiedenen Lohngruppen wachsen. In der Folge werden sowohl die absoluten als auch die relativen Zuwächse der Tariflohnsätze für die höchsten Lohngruppen beträchtlich höher sein als bei den niedrigen Lohngruppen. So wird z.B. der Tariflohnsatz für einen Arbeiter der 1. (d.h. niedrigsten – Red.) Lohngruppe in der Lebensmittelindustrie um 16% steigen, in der 6. Lohngruppe um 33% ... Auch das System für die Entlohnung der Spezialisten (d.h. die Angehörigen der werktätigen Intelligenz – Red.) wird unter den neuen Bedingungen grundlegend geändert. Um das Prestige der Ingenieurstätigkeit zu heben, werden die Bezüge der Leiter, Spezialisten und Angestellten um durchschnittlich 30-35% angehoben.“

Beabsichtigt ist offensichtlich, die

am wenigsten qualifizierten Arbeiter stark herabzudrücken. Laut „Sowjetunion heute“ (10/86) wird das Verhältnis zwischen höchster und niedrigster Lohngruppe 2:1 statt wie bisher 1,5:1 betragen.

Es wird aber auch immer deutlicher: Im Kampf gegen die Differenzierung entwickeln sich die gleichmacherischen, auf Sicherung von Mindestbedingungen bedachten, d.h. kommunistischen Bestrebungen der sowjetischen Arbeiter. Ihr Widerstand ist allem Anschein nach massenhaft und zäh.

Bereits am 24.5.85, als in einem Teil der Industriebetriebe Experimente durchgeführt wurden, die die Reformen einleiteten, veröffentlichte die Bonner Zeitschrift „Die Wirtschaft des Ostblocks“ einen Bericht, den wir ausführlich zitieren, weil er für die Entwicklung des Klassenkampfes in der UdSSR, der anders verläuft als in den auf Privateigentum beruhenden Gesell-

schaften, aufschlußreich ist.

„Ein Artikel in der Moskauer Regierungszeitung „Iswestija“ hat gezeigt, wie ungemein schwierig sich das Unterfangen der Gorbatschow-Führung ... anlassen dürfte, die Industrieproduktion von extensiv auf intensiv umzustellen und ihre Effizienz über Betriebsverselbstständigungen und die Einführung von Leistungslöhnen zu steigern. Bei diesem ... entscheidenden Vorhaben haben die „Reformer“ nicht nur große Teile der Wirtschaftsbükratie, sondern offenbar auch der Arbeiterschaft gegen sich, die die Eingriffe in das althergebrachte eingefahrene System der Lohngleichmacherei („urawnilowka“) als soziale Ungerechtigkeit und nachgerade als eine Beschneidung der Bürgerrechte empfindet.“

Bezugnehmend auf die ersten Erfahrungen mit den Wirtschaftsexperimenten gibt das Blatt die Klage des Direktors des sowjetischen Forschungsinsti-

Militärische Erfolge der DARS

Laut Berichten der Polisario, der Befreiungsorganisation der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, konnten den marokkanischen Besatzungstruppen bei Angriffen in der östlichen Westsahara schwere Verluste zugefügt werden: 120 marokkanische Soldaten wurden getötet, über 200 verletzt und große Mengen an Waffen und Munition erbeutet. Marokko treibt den Bau weiterer militärischer Sperrgürtel mit Mauern und Minenfeldern gegen die bewaffneten Befreiungskräfte voran. – (sie)

USA: FBI-Einbrüche bei der politischen Opposition

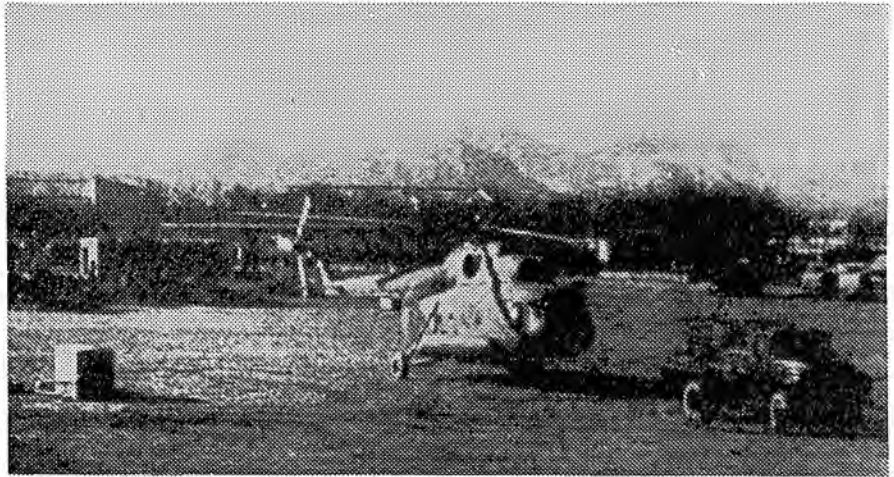
Washington, D.C. Organisationen der Zentralamerika Anti-Interventionsbewegung und der Bewegung zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge, die Opfer von offensichtlich politisch motivierten Einbrüchen und Unterwanderung durch den FBI geworden waren, brachten Anfang März ihren Fall vor einen Unterausschuß des Repräsentantenhauses. Zwei Tage lang hörte der Unterausschuß Vertreter von Kirchen, Forschungszentren und Solidaritätsgruppen an, bei denen eingebrochen worden war. Außerdem sagte ein ehemaliger bezahlter FBI-Informant aus, daß er sich in die Ortsgruppe eines El Salvador Solidaritätskomitees in Dallas eingeschlichen hatte. Nach der Aufdeckung der FBI-Infiltrationen in Befreiungsbewegungen der Schwarzen und in die Anti-Vietnamkriegsbewegung Mitte der 70er Jahre war der FBI bei der Überwachung auf Fälle von nachweislich kriminellen Aktivitäten beschränkt worden. Eine von Reagan 1981 unterzeichnete Verfügung änderte das und erlaubte dem FBI und dem CIA unter dem Titel

„Auslandsaufklärung“, „Gegenaufklärung“ und „Terrorismus“ eine ausgedehnte Überwachung der politischen Opposition inklusive Einbrüche ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl. – (ger, her)

USA: AFL-CIO fordert Erhöhung des Minimallohns

Der Geschäftsführende Ausschuß des AFL-CIO (Gewerkschaftsdachverband) verlangte auf einer Sitzung Mitte Februar die stufenweise Erhöhung des seit 1981 festgeschriebenen Minimallohns von 3,35 US-\$ pro Stunde auf 4,61. Die demokratische Mehrheit im

Kongreß versprach, noch dieses Jahr ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Etwa 15 Mio. Lohnabhängige müssen ihre Arbeitskraft derzeit zu 3,35 US-\$ die Stunde verkaufen. Bei Vollzeitbeschäftigung ist das etwa 7000 US-\$ im Jahr. Die Armutsgrenze für eine vierköpfige Familie liegt derzeit bei 11000 US-\$. Die Reagan-Regierung will ihre eventuelle Zustimmung von der Einführung eines separaten Minimallohns für Jugendliche unter 21 Jahren abhängig machen. Seit 1981 propagiert Reagan 2,50 US-\$ pro Stunde für Jugendliche – bisher erfolglos. – (ger, her)



In den von der UNO vermittelten afghanisch-pakistanischen Verhandlungen über die Lösung des Afghanistan-Konflikts scheint ein Fortschritt erzielt. Die Sowjetunion ist, was selbst die bürgerliche Presse nicht mehr verhehlen kann, stark an einer politischen Lösung, d.h. am Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan, interessiert und hat inzwischen eine Abzugsfrist von weniger als zwei Jahren angeboten – ganz Genaues ist nicht bekannt. Über die anderen Punkte eines Abkommens – Nichteinmischung, US- und sowjetische Garantien für Unabhängigkeit und Blockfreiheit Afghanistans, Rückkehr der Flüchtlinge – besteht bereits Einigkeit. Es ist jedoch zu befürchten, daß die USA, die die SU in dem militärischen Konflikt binden wollen, auf einer Abzugsfrist von sechs Monaten bestehen, um die friedliche Lösung zu blockieren. – (scc)

tuts für Arbeitsfragen wider:

„Von den zugestandenen Rechten, selbst für eine leistungsgerechtere Entlohnung zu sorgen, hätten aber sogar die Belegschaften dieser Experimentierbetriebe, die u.a. auch einen Wandel in der Lohnpolitik einleiten sollten, bisher nur einen ‚äußerst schüchternen und nicht immer richtigen Gebrauch‘ gemacht. Auch dort laufe alles auf die Festlegung von Einheitslöhnen, unabhängig von Leistung und Qualifizierung des Einzelnen, hinaus ... Man habe geglaubt, eine ‚stimulierende Wirkung‘ auf die Arbeitsleistung durch Kürzung des Grundlohn- und Erhöhung des Anteils von Prämien und Leistungszulagen an der Gesamtbezahlung erreichen zu können. Mit diesem Ziel sei der Grundlohn-Anteil in den letzten zehn Jahren von 65–70 auf 50–55 Prozent zugunsten der Erhöhung der Prämien- und Zulagenanteile reduziert worden. Herausgekommen

sei dabei gar nichts. Der Grundlohn werde vom Arbeiter als eine Mindestzahlung betrachtet, auf die man auch dann einen Anspruch habe, wenn man überhaupt nichts geleistet habe ... Inzwischen würden aber auch die als Leistungsansporn gedachten Prämien und Zulagen im Rahmen der ‚Urawnilowka‘ gleichmäßig an alle, ob gut oder schlecht, ausgeschüttet. Gleiches gelte auch für den ‚13. Monatslohn‘, der zum Jahresende nur an Bestarbeiter gezahlt werden sollte ... Im gleichen Sinne werde von den Betrieben aus ‚humanitären Erwägungen‘ auch bei der Vergabe von anderweitigen Sonderleistungen wie Wohnbaukredite, kostenloser Urlaub oder Zuteilung von Mangelware verfahren, die ‚gerechtigkeitshalber‘ ebenfalls nach dem Gießkannenprinzip verteilt würden, statt als Belohnung für gute Arbeit.“

Daß die Arbeiterbewegung bis heute ihre Positionen verteidigen konnte,

geht aus einem Artikel in „Blick durch die Wirtschaft“ vom 6.1.87 hervor, der den Direktor des Instituts für Ökonomie der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zitiert:

„Wie sehr es am Verständnis für die Reformabsichten fehle, zeige ein seit über zwei Jahren in einem Teil der Industriebetriebe laufendes Experiment. Diese Betriebe hätten Sonderfonds erhalten, um Bestarbeiter besser zu bezahlen. Davon sei mehrheitlich kein Gebrauch gemacht worden. Man habe die Mittel gleichmäßig auf die Belegschaften, unberücksichtigt der Leistung des einzelnen, aufgeteilt. Die experimentell beabsichtigte Einführung von Leistungslöhnen sei damit an der anhaltenden Tendenz zur Lohngleichmacherei gescheitert.“

Ob Gorbatschows allgemeiner Lohnreform ein anderes Schicksal widerfährt? Oder ob er die widerstrebenden Kräfte „brechen“ kann? – (scc)

— Veröffentlichungen —

Alternativer Geschäftsbericht: RWE

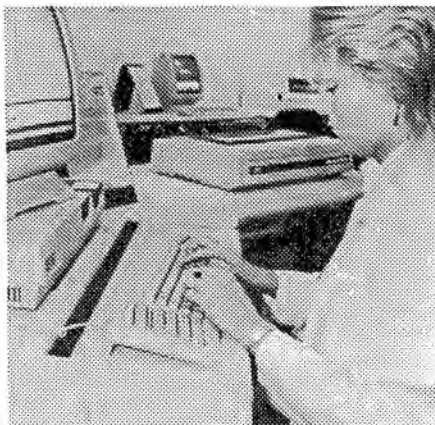
Die Arbeitsgruppe „RWE-Koordination“ ist im Frühjahr 1985 im Anschluß an das Tribunal „RWE Angeklagt“ entstanden. In diesem Tribunal befaßten sich Bürgerinitiativen gegen Atomkraft, energiepolitische Arbeitskreise der Grünen, Initiativen gegen Umweltverschmutzung mit den Geschäften eines der größten Energiekonzerne der BRD, der in der Rangliste aller Unternehmen in der BRD Platz Neun einnimmt. Die Arbeitsgruppe hat aus Anlaß der Jahreshauptversammlung 1987 der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke AG (RWE) eine Broschüre veröffentlicht, die zur Kritik der RWE beitragen will. In ihr sind Beiträge zur Bilanz, der Atomenergiepolitik, zur Umweltpolitik, zu Kohle- und Braunkohlenutzung und zur Politik gegenüber den Kommunen enthalten. Nützlich für kommunale Auseinandersetzungen ist die Beweisführung gegen die von den RWE verlangte Strompreiserhöhung für Tarifkunden, die das Unternehmen 1986 mit gestiegenen Umweltschutzbelastrungen, nämlich mit noch einzubauenden Rauchgasentschwefelungsanlagen in Braunkohlekraftwerken, begründete. In der Broschüre wird nachgewiesen, daß die Kosten für diese Anlagen jedenfalls nicht allein Ursache für die Strompreiserhöhungen sein konnten, sondern vor allem die Investitionen der RWE in das Atomenergieprogramm. Die RWE sind an den Hanauer Atombetrieben NUKEM mit 45% beteiligt und mit 25% an der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, die die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf bauen will.

(Alternativer Geschäftsbericht: RWE, Hrsg.: Arbeitskreis Chemische Industrie, Köln, zu beziehen über: Kölner Volksblatt-Verlag – uld)

Neues Verhältnis von Arbeit und Freizeit

„Leben mit der Technik“ heißt eine von der Jungen Union herausgegebene Aufsatzsammlung, in der verschiedene Autoren, darunter Paul Laufs (innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Dieter Weirich (Medienpolitiker und CDU-MdB), Christoph Böhr, Hanns Eberhard Schleyer, Gerhard Herdegen, Prof. Vollrath Hopp, Hans-Martin Sass, Hubertus Hoffmann u.a. sich äußern zu gesellschaftlichen Veränderungen durch neue Informations- und Kommunikationstechniken, zur Gentechnologie, versehentlichem Krieg mit atomaren Waffen und vorhandener Technikfeindlichkeit. „Verweigern wir uns der technischen Entwicklung, wird die Überflutung des deutschen Marktes

mit ausländischen Produkten den Effekt heraufbeschwören, daß wir ausschließlich Arbeitsplätze verlieren, ohne daß neue geschaffen werden“, erklärt Dieter Weirich stellvertretend für alle Autoren. Hanns-Eberhard Schleyer fordert verstärkte Finanzierung von Forschungen der Konzerne durch den Staat und besseres Angebot der Universitäten dafür. Er fordert Flexibilisierung im Produktionsalltag: „Die Uniformität der großen ‚Massen‘ (gleicher Arbeitsbeginn, gleiche Mittagszeit, gleiches Arbeitsende, gleiche Tätigkeit) wird sich in Richtung einer immer größeren Differenzierung verändern.“ Heimarbeit fordern viele Autoren: „Wir stehen also am Beginn einer Entwicklung, die für viele die Arbeitsstätte an den Ort der Wohnung zurückver-



Wunsch der Jungen Union: Arbeitszeit gleich Lebenszeit.

legt, wenn etwa die modernen Textverarbeitungssysteme es einer Schreibkraft ermöglichen, Texte zu Hause zu erstellen, die dann im Betrieb ausgedruckt werden“, (Laufs). „Der Bildschirmarbeitsplatz in der eigenen Wohnung eröffnet neue Perspektiven für die Familie“, (Weirich). Christina Althen, wissenschaftliche Mitarbeiterin der JU, erklärt die Lohnarbeit zum Lebenszweck: „Es ließe sich leicht beweisen, daß viele Menschen ihre Freizeit verschwenden, während ihrer Arbeitszeit jedoch an sozialen Sinnprozessen teilnehmen und so die Geschichte ihrer Freiheit gestalten ... Gerade die Freizeit, die oft nur in Trägheit und Privatisieren vertan wird, ist reformbedürftig.“ Negative Folgen vermögen die Autoren nicht zu sehen. Und wo Mißbrauch droht, wacht das Grundgesetz. Trotzdem sei Technikfeindlichkeit bzw. -skepsis weit verbreitet. Wie erklärt sich das? Es sei hier verraten: Es liegt am Irrationalen im Menschen. (Christoph Böhr (Hrsg.): Leben mit der Technik; sinus-Verlag, Reihe Mitverantwortung Band 3, 18,80 DM – kek)

BdKJ: Verschuldung der Dritten Welt

Der Arbeitskreis „Entwicklungspolitik“ im Bund der katholischen Jugend Stuttgart hat eine Broschürenreihe veröffentlicht, die sich kritisch mit der Entwicklungspolitik der Industriestaaten befassen will. Die Broschüren behandeln vor allem die Verschuldung der Staaten der Dritten Welt, eine insbesondere die Frage, ob Verschuldung eine „moderne Form der Ausplünderung“ ist. Die Verfasser bemühen sich um eine verständliche Darstellung der Verschuldung und der Abhängigkeiten. In ihrer Kritik sind sie jedoch beschränkt auf den biblischen Ansatz, daß Zinswucher eine Sünde ist. Sie untersuchen einzig und allein die Bankgeschäfte und kommen zu dem Schluß, daß insbesondere multinationale Banken, d.h. in ihrem Verständnis Banken, die auf dem Weltmarkt tätig sind, die Hauptverursacher der Verschuldung sind. Die Verfasser lenken direkt von den Verursachern der Schwierigkeiten ab, wenn sie schlußfolgern, daß eine der Hauptaufgaben von kritischen Gruppen in den Industriestaaten ist, revolutionäre und reformerische Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt zu fördern, damit diese sich den Zwängen des Weltmarktes entziehen können, statt die imperialistischen Staaten direkt anzugreifen. (Banken, Kredite und die „Dritte Welt“, Hrsg.: BdKJ Stuttgart, Juli 1986, 5,- DM – uld)

Willy Brandt: Vereinigung von ganz Europa

In Form eines Interviews breitet Brandt seine Lebensgeschichte aus. Er bezweckt dabei, politische Konsequenzen für die Zukunft aus der jüngeren deutschen Geschichte abzuleiten und festzulegen und auf die Programmdenbatte innerhalb der SPD Einfluß zu nehmen. Zur „Deutschen Frage“ klopft er Positionen fest, wie sie in letzter Zeit von verschiedenen SPD-Politikern geäußert wurden: Nicht die plumpe „Wiedervereinigung von BRD und DDR stünden auf der Tagesordnung – sondern:

„Eine quasi isolierte Lösung deutscher Fragen paßt in kein europäisches Konzept, im Westen nicht und im Osten nicht. Aber vielleicht gewinnen ja die Teile Europas ein neues Verhältnis zueinander. Jedenfalls sehe ich im Westen und im Osten Deutschlands den latenten Wunsch, unabhängiger zu sein, wieder das zu sein, was man geschichtlich darstellen kann ... Wenn sich daraus etwas entwickelt, was auf eine größere europäische Einheit hindeutet, dann könnte es ohne größere Schwierigkeiten für die Nachbarn möglich sein, die beiden Teile Deutschlands in ein anderes Verhältnis zueinander gelangen zu lassen. Dieses ande-

re Verhältnis wird allerdings wohl nicht einfach die Form eines Nationalstaates haben ... Für mich ist die Frage, wie zwei deutsche Staaten, die dann in einem vielleicht engeren Verhältnis zueinander stehen könnten als heute, ihren Platz in einer europäischen Friedensordnung finden.“

Mit dieser Auffassung von europäischer „Vereinigung“ kann die Sozialdemokratie Bündnisse bis in christlich-konservative Kreise schließen – vor allem, da Brandt zwar von „zwei deutschen Staaten“ spricht, aber jeden Hinweis vermeidet, wie er oder die SPD sich zu den Forderungen nach Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, Abschaffung der Erfassungsstelle in Salzgitter etc. verhalten will, und Brandt sich in derselben Passage gegen Vorwürfe des „Pangermanismus“ ausspricht.

Interessant ist, daß Brandt festhält, die Grünen seien nicht ein Spaltprodukt der SPD, sondern vermutlich in den konkreten politischen Umständen eine nicht zu verhindernde Parteibildung, über deren Zukunft allerdings noch nicht entschieden sei. Daß die Grünen politische Fragen aufgeworfen haben, die die SPD nicht aufwerfen konnte und – weil sie staatstragend ist – auch nicht wollte, leugnet Brandt und bekräftigt sein Vorhaben, die SPD auf Kosten der Grünen zu stärken. Die Gesichtspunkte, die er dafür anführt, lassen sowohl ein Bündnis mit Grünen, aber gleichfalls auch ein Bündnis mit konservativ-liberalen Kräften zu. Über den „Sozialstaat“ führt er z.B. aus:

„Ich glaube, die große Mehrheit unseres Volkes ist sich darin einig, daß der Sozialstaat bewahrt werden muß. Das werden wir nicht dadurch erreichen, daß wir immer noch ein bißchen mehr an staatlicher Regelung zulegen. Leben heißt vor allem auch, auf eigenen Füßen stehen. Das ist ein Gebot der Menschenwürde ... In dem Maße, in dem wir die Arbeitszeit verkürzen, wird es nicht schaden, die Menschen in wichtigen Bereichen dazu anzuhalten, sie zu ermuntern, zu stützen, daß sie wichtige soziale Aufgaben in die eigene Hand nehmen und nicht alles der staatlichen Gemeinschaft überlassen.“

An die Stelle der Sozialversicherung oder staatlich geregelter Aufgaben und Ansprüche soll die individuelle, familiäre oder nachbarschaftliche Selbsthilfe treten. Brandt greift umlaufende Kritik am Bürokratismus und staatlicher Bevormundung auf und wendet sich, wenn auch nicht konkret, gegen die Garantie kollektiver Sicherungen zugunsten von Eigeninitiativen. Chancengleichheit in der Bildung soll laut Brandt eine Voraussetzung dafür sein. (Willy Brandt, „... wir sind nicht zu Helden geboren“, Ein Gespräch über Deutschland mit Birgit Kraatz, Diogenes-Verlag, 9,80 DM – uld)

Friedensbewegung

Was wurde aus der Verweigerungskampagne?

Im Februar 1984 beschloß die Aktionskonferenz der Friedensbewegung die „Kampagne zur umfassenden Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen“. Diese Verweigerungskampagne war ein Zugeständnis an die unabhängige Friedensbewegung. Dieser ging die von der Friedensbewegung geplante und ebenfalls auf der Aktionskonferenz beschlossene „selbstorganisierte Volksbefragung“ nicht weit genug. Sie enthielt keine Kritik an den Kriegsvorbereitungen der BRD. Der überwiegende Teil des „Koordinationsausschuß der Friedensbewegung“, mehrheitlich vertreten durch SPD-nahe Organisationen, kirchlichen Gruppen und dem DKP-Spektrum, beschloß diese Volksbefragung, die sich gegen die NATO und den Warschauer Pakt richtete.

Vom Koordinationsausschuß wurde die Arbeitsgruppe Verweigerungskampagne eingerichtet. Dort arbeitete nur ein kleiner Teil der ca. 30 Gruppen und Organisationen mit. Ziel der Kampagne war es zum einen, die bis dahin schon verschiedensten Verweigerungsaufrufe und -aktionen zu koordinieren und andererseits „den millionenfachen Protest der Bevölkerung ... durch eigenes Tun, durch die eigene Verweigerung an dieser Kampagne zu beteiligen“. Es wurde der Aufruf „Verweigert jetzt“ herausgegeben, mit dem sich die Unterzeichner verpflichteten, alle Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste zu verweigern: „Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb

der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im „Ernstfall“, allen Befehlen widersetze, der meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.“

Wie auch in der Friedensbewegung fehlte dem Aufruf eine Kritik und Benennung der imperialistischen und kriegsvorbereitenden Politik der BRD. Mit der Selbstverpflichtung sind jedoch spezielle, auf die BRD bezogene Verweigerungsaktionen und -formen für alle Berufs- und Bevölkerungsgruppen entwickelt. „Es wird aufgerufen zur Verweigerung:

- des Kriegsdienstes durch Soldaten, Wehrpflichtige und Reservisten
- aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)
- aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- aller ABC-Abwehrausbildungen im Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechender Vorbereitungen hierauf
- der Mitwirkung an Kriegsgerichten
- von Wehrpropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- von Kriegssteuerzahlungen



Aktion von Zivildienstpflichtigen gegen die Militarisierung des Ersatzdienstes.

– aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundespärlamenten.

Zu den Punkten wurde eine sehr nützliche Broschüre erstellt, die allerdings erneuert werden müßte. Es ist die bisher einzige zusammenfassende Darstellung, der damals bestehenden Gruppen sowie Aktionshinweise und gesetzliche Grundlagen. Schwerpunkt ist der Bereich der Zivilverteidigung. Hier wurde vor allem die kommunale Kriegsvorbereitung (Zivilschutz, Wintex Cimex, Bunkerbau, Bildungswesen, Gesundheitswesen) angegriffen. Die Unterschriftenaktion wurde im Febr. 85 abgebrochen, da bis dahin lediglich 5000 Leute unterschrieben hatten. Diese Aktion, sowie der Kongress „Verweigert jetzt“ und die „Verweigerungstage im Friedensherbst 84“ wurde von einem Großteil der Friedensbewegung nicht unterstützt, teilweise sogar boykottiert. Es wurde zum einen angeführt, daß diese Selbstverpflichtung gesetzeswidrig ist, andere wollten diese Kampagne nicht politisch unterstützen. Wichtigster Punkt des Scheiterns war, daß die bereits bestehenden Gruppen nicht koordiniert werden konnten und es ein Nebeneinander der verschiedenen Einzelkampagnen gab und auch heute noch gibt. „Es gelang nicht, eine Öffentlichkeit für die Einplanung der Bevölkerung für den Krieg zu schaffen.“

Die Verweigerungskampagne wurde auf einem Vernetzungstreffen „zu Ende“ gebracht. Die bis dahin Beteiligten (DFG/VK, SÖdZDL, Rüstungssteuerboykott, Ini. Kirche von unten, Graswurzelrevolution, Pax Christi, Grüne, FöGA, Frauen f. Frieden) gründeten dann den Koordinationskreis Verweigerung, den es jedoch auch nicht mehr gibt.

Quellen: Handbuch der Verweigerungskampagne, Div.Nr. „Ausbruch“, div. Protokolle und Papiere AG Verweigerungskampagne, PB Nr.26/83, 4/84; AK Nr.241 – (thb)



Zivildienstleistende – billige Arbeitskräfte im öffentlichen Dienst.

Zivilschutz in Baden-Württemberg Opposition dagegen

In der zweiten Februarwoche hat die Landesregierung Baden-Württemberg mit der absoluten CDU-Mehrheit gegen FDP, SPD und Grüne die Novellierung des Landeskatastrophenschutz-Gesetzes (nach dem gescheiterten Versuch im Dezember 1986) im Alleingang durchgezogen. Etwas überraschend ist die scheinbare oppositionelle „Einheitsfront“. Über die doch sehr unterschiedlichen Ablehnungsgründe gibt die Landtagsdebatte vor der endgültigen Verabschiedung einigen Aufschluß:

Gegen die Zwangsverpflichtung der Ärzteschaft zu Katastrophenschutzübungen ist der Protest von FDP und SPD am heftigsten. Enderlein (FDP) fordert, „den Ärzten und ihrem Berufsethos zu vertrauen“ und „diese ärztliche Ethik hochzuhalten. Offensichtlich bangt man in FDP-Kreisen um Stimmen aus der Ärzteschaft. Immerhin hatte die „Liste Demokratischer Ärzte“, die sich gegen die Novelle gewandt hatte und sie als „Fortsetzung der Notstandsgesetzgebung aus den 60er Jahren“ kritisiert hatte, bei den jüngsten Ärztekammerwahlen in Baden-Württemberg 20% der Sitze erhalten. Auch die CDU will in dieser Richtung gegensteuern, denn der von ihr eingebrachte Änderungsantrag beinhaltet bezüglich der Datenerfassung sämtlicher Ärzte jetzt eine Kann-, keine Muß-Bestimmung mehr. Das gesamte übrige Pflegepersonal muß aber erfaßt werden!

Weite Teile der SPD geben sich bei aller Kritik katastrophenschutzbereit: z.B. forderte ein SPD-Änderungsantrag, sämtliche Kosten für ehrenamtliche oder hauptberufliche Hilfsdienste nicht von Helfern oder Arbeitgebern, sondern auf jeden Fall vom Land zu tragen. Besonders übel waren SPD-Ausfälle der folgenden Art, die sich direkt gegen die antimilitaristische Kritik der Grünen richteten: Abgeordneter Reling, SPD:

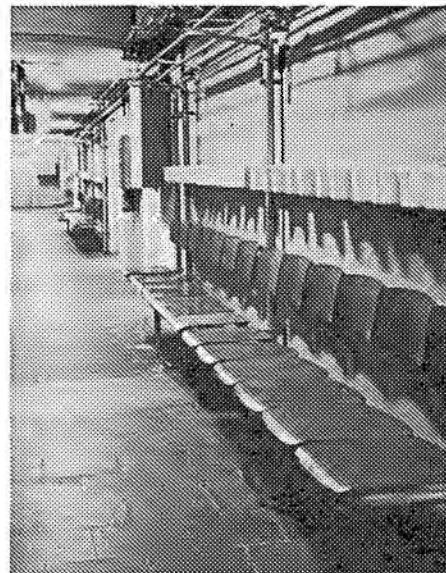
„Zuerst eine Anmerkung, damit der Kollege Habs-Hoffschrör (Grüne, d. Verf.) nicht immer wieder auf die Gefahr der paramilitärischen Verdrehung hinweisen muß: Ich will ein Vergleichsbeispiel bringen: Herr Kollege Habs-Hoffschrör, als Sie in den Landtag nachgerückt sind, ist auch die latente Gefahr entstanden, daß Sie Ministerpräsident werden. Aber die Gefahr können wir, glaube ich, vergessen. Also vergessen Sie auch dieses Ihr Argument.“

Die Grünen blieben aber bei ihrem wiederholt geäußerten Vorwurf, es handle sich um ein „heimliches Kriegsvorbereitungsgesetz“, was laut

Protokollvermerk wenigstens von einzelnen SPD-Abgeordneten mit Beifall unterstützt wurde. Die CDU schäumte: „Üble Volksverhetzung!“ Sowieso fällt auf, daß die Reaktionen in ihrer Propaganda großen Wert auf den „zivilen“ Nutzen der Gesetzesnovelle legen, also eine offene Propaganda für Innere-Feind-Bekämpfung, Notstands- und Kriegszweck, zumindest derzeit, noch eher scheuen.

Die einschlägige Fachpresse ist hier offener: „Katastrophen und Kriege müssen im Zusammenhang gesehen werden, die Abgrenzung ist nicht leicht ... So können chemische Katastrophen ebenso durch technische Pannen wie durch Sabotage ausgelöst werden. Der Übergang von Katastrophen zu Gewaltakten ist ebenso fließend wie jener vom Katastrophenschutz zum Zivilschutz ...“ (aus: Zivilverteidigung III/86)

Hier muß die Kritik offensichtlich verbessert werden, wie auch der



Kommunaler Zivilschutzbunker

Nachweis geführt werden muß, daß sowohl mit der Diskussion „Konsequenzen aus Tschernobyl“ als auch mit der Datenerfassung mittels Volkszählung die Reaktion die Voraussetzungen zur Bekämpfung des inneren wie äußeren Feindes ständig ausbauen will. Bezeichnend ist, daß die über die Volkszählung zu erfassenden Daten weitgehend den Erfassungskriterien im Zivil- und Katastrophenschutz entsprechen (z.B. Orts- und Kreisbeschreibung, Objektschutz, Wohnbereichsbeschreibungen, Evakuierungsplanung, Verkehrssicherstellung usw. usf.). dokumentiert aus: Landesseite Baden-Württemberg der Lokalberichte v. 5.3.87

Radi-Redakteure verurteilt

Nürnberg. Die drei angeklagten Redakteure des Anti-AKW-Magazins Radi-Aktiv wurden am Rosenmontag zu 3600, 3000 und 900 DM Geldstrafe wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie wegen öffentlicher Aufrufe zur Verletzung des Dienstgeheimnisses verurteilt. Von dem Vorwurf der öffentlichen Aufforderung zu Sachbeschädigungen und Brandanschlägen auf die am Bau der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf beteiligten Firmen wurden die Angeklagten freigesprochen. Der Abdruck einer Liste der am Bau der WAA beteiligten Firmen ließe zwar den Schluß zu, die Angeklagten würden solche Aktionen befürworten, doch sei zu bezweifeln, daß die Angeklagten bewußt zu solchen Anschlägen aufgerufen hätten. Während der Urteilsverkündung ließ der Richter den Saal räumen, da sich die ca. 80 Besucher Radi-Aktiv-Aufkleber auf die Stirn klebten. Sowohl die Verteidigung, die Freispruch gefordert hatte, wie auch die Staatsanwaltschaft, welche Bewährungsstrafen forderte, wollen gegen das Urteil noch Berufung einlegen. – (dax)

Kanzler Kohl bei Paneuropa-Union

Goslar. Gegen die „Europa-Tage“ der Paneuropa-Union (PEU) Deutschland vom 15.-17.5.1987 bereitet die „Initiative für ein Antifaschistisches Plenum Goslar“ (u.a. VVN/BdA, Volksfront, SJD/Die Falken, DKP, SDAJ, Mitglieder der Grün-Alternativen Wählergemeinschaft) Gegenaktionen vor. Zunächst sollen Ratssitzung samt Bürgerfragestunde am 30.3.87 genutzt werden, um den geplanten Empfang durch den SPD-OB und die Zurverfügungstellung von Räumen für die großdeutsche Europapropaganda anzugreifen. Die „Europa-Tage“, zu denen die Veranstalter 1000 Gäste erwarten und Kanzler Kohl als Hauptredner, stehen unter dem Motto: „Ein Deutschland – ein Europa“. Unter diesem Motto findet auch einer der beiden Arbeitskreise unter Leitung von Filbinger statt. Der zweite hat das Thema: „Vereinigte Staaten von Europa – organisierte Vielfalt“. Für die Großkundgebung im Saal ist neben Kohl der Präsident der Internationalen PEU und Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto v. Habsburg, als Redner vorgesehen. Ein „Grüßwort“ soll der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht halten. Die aggressiven, großdeutschen Pläne zur Neuordnung Europas sollen mit einer „Zonengrenzfahrt“ samt Bundesgrenzschutz sowie einem „Feldgottesdienst“ und einer „Bekennnisfeier zu Europa“ am „Kreuz des deutschen Ostens“ in Bad Harzburg unterstrichen werden. – (mio)



Köln. Eine Demonstration zur Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf fand auf Initiative von Autonomen und Antimperialisten am 14.3. in Köln statt. 300 beteiligten sich, vor allem Autonome und Antimperialisten, Autonome Flüchtlingsgruppen Rhein/Ruhr sowie Fight back, TKPML, BWK. Die BRD kam kaum unter Beschuß, wohl aber die PLO und Syrien. – (düb)

ÖTV: Volkszähler „freiwillig“ verpflichtet

Stuttgart. Die ÖTV-Vertrauensleute des Stuttgarter Jugendamtes führten am 25.2. eine Veranstaltung zur Volkszählung durch, an der ca. 300 Beschäftigte teilnahmen. Dort wurde enthüllt, daß die sogenannte „freiwillige“ Zählergewinnung unter Druck geschieht. So wurden Briefe in die städtischen Kindertagesstätten geschickt mit dem Hinweis, daß aus diesem Bereich 176 Zähler gestellt werden müßten. Nachdem sich 60 gemeldet hatten, erging die Dienstanweisung an die Tagheimeleiter, Zähler in ihren Einrichtungen zu benennen bzw. an die Bereichsleiter, für eine Benennung zu sorgen. Unter diesem Druck wurden viele Zähler per Los ermittelt. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der die Vorgehensweise verurteilt und der Amtsleiter aufgefordert wurde, die so „gewonnenen“ Zähler nicht der Erhebungsstelle zu melden. Bisher wurden nur die Namen der freiwilligen Zähler an die Erhebungsstelle gemeldet. (aus: Antifaschistische Nachrichten 6/87 – mok)

Vorbereitungen gegen NPD-Landesparteitag

Konstanz. Auf Einladung des DGB-Kreises Konstanz trafen sich am 5.3. Mitglieder von SPD, Friedensliste, DKP, ÖTV, VVN-BdA, KSP, Friedensinitiative und Volksfront zu einem Vorbereitungstreffen gegen den NPD-Landesparteitag in Sigmaringen. Mit einem Flugblatt soll zu der Demonstration am 11.4. um 14.30 h in Sigmaringen mobilisiert werden. In dem Flugblatt soll die NPD wegen ihrer ausländerfeindlichen Hetze, ihrem Anspruch auf ein „Deutschland in den Grenzen von 1937“ und ihrem Eintreten für die Zerschlagung der Gewerkschaften angegriffen werden.

Außerdem soll durch eine Dokumentation der Bundeswahlergebnisse aufgezeigt werden, daß die NPD wieder an Einfluß gewinnt und dies auch mit der Propaganda der Reaktion zusammenhängt. Es wird das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen nach Art. 139 Grundgesetz gefordert. (Aus: Antifaschistische Nachrichten der Volksfront, Nr. 6/87) – (gba)

Aktionseinheit gegen Abschiebungen

Karlsruhe. Am 6.3. fand ein zweites Treffen Karlsruher Antifaschisten gegen die Abschiebepolitik gegenüber Asylbewerbern statt. Auch die Vorsitzende der „Grünen Liste“ nahm teil. Der „Freundeskreis der Asylbewerber“ schlug die Gründung eines Flüchtlingsrates vor. In der Diskussion wurden Differenzen innerhalb des versammelten Spektrums deutlich. Während Vertreter christlicher Gruppen den Sinn öffentlicher Stände gegen die Ausländerpolitik der Regierung grundsätzlich in Frage stellten, da zu befürchten sei, daß damit Ausländerfeindlichkeit geschürt werde, traten Vertreter des Freundeskreises dafür ein, wöchentliche Stände zu machen wie etwa die Friedensgruppen, um die Flüchtlingspolitik dauernd ins Bewußtsein zu heben. Beschlossen wurde die Einrichtung von zwei Arbeitsgruppen: Eine AG soll einen Leitfadens für die Flüchtlinge in der ZAST erarbeiten, der sie über ihre Rechte bzw. Hilfsmöglichkeiten unterrichten soll. Die zweite AG will Möglichkeiten und Aufgaben eines Flüchtlingsrates erarbeiten. Dazu sollen Erfahrungen aus anderen Städten verarbeitet werden. „Grüne Liste“ und „Karlsruher Liste“ sagten zu, im Gemeinderat eine Anfrage einzubringen, um über Umfang und Ablauf von Abschiebungen Auskunft zu erhalten. (aus: Antifaschistische Nachrichten 6/87) – (rül)

Flüchtlinge

Aktionen gegen Runderlaß nehmen zu

Kiel. In der Unterdrückung „seiner“ Flüchtlinge ist Schleswig-Holstein Spitze. Schon 1984 teilt Innenminister Zimmermann mit: 68% aller Flüchtlinge seien in diesem Bundesland in Lagern untergebracht (Bundesdurchschnitt: 25,1%). Im Jahr 1986 waren 4292 Flüchtlinge auf Sozialhilfe des Landes angewiesen. „Wir müssen dazu kommen, daß – wo immer es möglich ist – den Asylbewerbern Sachleistungen statt Bargeld gewährt werden“. „Nur über Sammelunterkünfte können wir in den Griff kriegen, daß sie kein Bargeld bekommen“, so leitete Ministerpräsident Barschel (CDU) in der Landeszeitung im letzten Jahr ein, was dann als Runderlaß des schleswig-holsteinischen Sozialministeriums vom 20.6.87 („Binnenerlaß“) folgte. Laut besagtem Binnenerlaß sind nur noch

sie als Mehrheit Entscheidungen für Barauszahlungen der Sozialhilfe treffen könnte, führt sie „Kostengründe“ an. In Neumünster hält die SPD-Ratsmehrheit, nachdem der SPD-Oberbürgermeister sich gegen Bargeldauszahlung ausgesprochen hatte, die Flüchtlinge weiter hin mit vagen Äußerungen. In Kiel beschloß die SPD-Mehrheit eine andere Variante von Verschlechterungen für die Flüchtlinge: die Bargeldzahlungen wurden eingestellt; ab 1. April 1987 sollen die Flüchtlinge in „Einzelhandelsgeschäften in der Nähe ihrer Unterkünfte an 5-10 Stunden pro Woche“ ohne Bargeld einkaufen. Spießrutenlaufen vor Kunden und Verkäufern, polizeimäßige Kontrolle ihrer Berechtigung, sich für Faschisten zeigen, dies alles heißt diese Variante für den Flüchtling.



Sammelunterkünfte mit Versorgung durch Gemeinschaftsverpflegung zulässig. Gemeinden, die gegen den Erlaß verstoßen, erhalten ab Januar 1987 die Sozialhilfekosten nicht mehr erstattet.

In den letzten Monaten nimmt der Druck des Sozialministeriums auf Gemeinden und Städte zu. Der Kreis Nordfriesland will seine Entscheidung vom letzten Jahr, keine Zwangslager einzurichten, wieder zurücknehmen. Im Kreis Rendsburg-Eckernförde haben viele Flüchtlinge gerade jetzt Briefe erhalten, daß ab dem 1. April 1987 nur noch gemeinschaftlich verpflegt werden soll. Die SPD führt schon den Wahlkampf zu den kommenden Landtagswahlen und ist verbal auch gegen den Runderlaß. Doch überall dort, wo

Überall in Schleswig-Holstein finden Auseinandersetzungen um die Verschärfungen, vor allem gegen Zwangsunterbringung und Verpflegung statt. In Rendsburg, Kiel, Neumünster – diese sind uns bekannt – sind Komitees zur Unterstützung der Flüchtlinge und ihrer Forderungen gegründet worden. 138 Flüchtlinge haben sich im Kreis Rendsburg mit einem offenen Brief für die Beibehaltung der Barzahlung an die Öffentlichkeit gewandt und deutsche Organisationen aufgefordert, sie zu unterstützen. In Neumünster forderten auf einer Veranstaltung Flüchtlinge, unterstützt von den GRÜNEN und dem örtlichen Arbeitskreis, alle Anwesenden zu einer politischen Kampagne gegen die bundesdeutsche Asyl-

politik und gegen Rassismus auf, um „die Bedingungen für Verbesserungen überhaupt erst zu schaffen“. Anschlußaktionen an die „Schubkarrenaktion“ – siehe Foto – sind ebenfalls geplant. In Kiel werden in den nächsten Wochen Aktionen vor den Einzelhandelsgeschäften geplant, in denen die Flüchtlinge einkaufen sollen. Die Fachgruppe Einzelhandel der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen wird vom Komitee zur Unterstützung der Forderungen angesprochen. Es gibt Vorschläge aus einigen Orten für die gemeinsame Organisation einer landesweiten Demonstration zu einer der nächsten Landtagssitzungen in Kiel. Die landesweite Aktionseinheit, die sich seit ca. eineinhalb Jahren als „Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit“ trifft, hat zur politischen Unterstützung des Kampfes gegen die Verschärfungen im Asylrecht im Dezember ein Seminar durchgeführt, das als Ergebnis die direkte bundesdeutsche Verantwortung an den Zuständen in Ghana nachgewiesen hat. Die Ergebnisse dieses Seminars werden als Broschüre erstellt und sollen auf den örtlichen 1. Maidemonstrationen und -Kundgebungen die Forderungen der Flüchtlinge unterstützen. – (dam)

Elopak/Speyer

Gegen Verschlechterungen bei Nachtarbeit

Speyer. Am 1.11.86 trat für die Papierverarbeitung die 38,5-Stunden-Woche in Kraft. Bei Elopak, Hersteller von Milch- und Fruchtsaftverpackungen im Zweischicht-Betrieb (6 Uhr bis 23 Uhr), wurden täglich 18 Minuten Verkürzung vereinbart. Damit wollte der Betriebsrat auch Festlegungen für sporadisch anfallende Nachtschichten treffen. Das lehnte die Geschäftsleitung ab.

Bisher wurde gearbeitet von Sonntagnacht (acht Stunden) bis Freitagmorgen (pro Tag sieben Stunden) bei täglich zwei mal 15 Minuten Pause ohne Maschinenstillstand. Bezahlte wurden 40 Stunden je Woche ohne Sonntagszuschläge. Jetzt verlangen die Kapitalisten pro Nachtschicht 36 Minuten mehr Arbeitszeit, was genau der Zeit entspricht, die Früh- und Spätschicht zusammen kürzer arbeiten. Damit soll ein ununterbrochener Übergang von Schicht zu Schicht gewährleistet werden, weil die Nachtschicht „die Zeit zwischen Spät- und Frühschicht auszufüllen hat“.

Der Betriebsrat wollte dem zustimmen, wenn dafür eine Pause von 30 Minuten ohne Maschinenlauf stattfindet. Außerdem soll auch für die Nachtschicht Arbeitsbeginn am Montag sein.

Nach diesen Vorschlägen hätte die tägliche Arbeitszeit sieben Stunden sechs Minuten betragen plus 30 Minuten Pause bei Bezahlung von 38,5 Stunden je Woche. Dabei stützte sich der Betriebsrat auf den Manteltarifvertrag und die Arbeitszeitordnung. Die Geschäftsleitung lehnte das ab. Sie würde nicht zugestehen, daß bei Elopak für die Nachtschicht die 35-Stunden-Woche eingeführt werde.

Zwischenzeitlich wurde der Landesbezirk der IG Druck eingeschaltet und der Hauptvorstand informiert. Beiden ist kein vergleichbarer Fall bekannt, bei dem wegen Arbeitszeitverkürzung Teile der Beschäftigten Arbeitszeitverlängerung haben sollen.

Nach über vier Monaten Auseinandersetzung hält der Betriebsrat, dem es in dieser Zeit nicht gelungen ist, mit den betroffenen Arbeitern guten Kontakt zu halten, nur noch an der Pause fest, egal ob mit oder ohne Bezahlung.

Trotz grundsätzlicher Unterstützung durch den Landesbezirk ist dieser mit dem Betriebsrat bereit, Verstöße gegen den Manteltarifvertrag, z.B. Nichtbezahlung der Zuschläge und Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit, zu dulden. – (urb)

fuba: Unfälle nehmen zu

Flexibilisierung und intensive Arbeit sind die Ursachen

Bad Salzdetfurth. Der Ausschuß für Arbeitssicherheit und Unfallverhütung des Betriebsrates bei fuba legte auf der letzten Betriebsversammlung die Statistik der Arbeits- und Wegeunfälle von 1986 vor. Die gemeldeten Arbeitsunfälle stiegen im Vergleich zum Vorjahr von 67 auf 89, eine Steigerung um fast 33 Prozent. Die Wegeunfälle erhöhten sich von 25 auf 44 gemeldete Vorkommnisse, also um 76 Prozent. 1986 arbeiteten bei fuba ca. 1300 Beschäftigte. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge bewegte sich um 250 (1985: 50), der Schichtanteil lag bei 32 Prozent (1985: 25 Prozent).

Die hohe Fluktuation der Belegschaft, Zeitverträge, Ausdehnung der Schicht- und Nachtarbeit, erhöhte Arbeitsintensität, geringe Erfahrung und fehlende Ausbildung oder Unterweisung der Belegschaft sind nach Ansicht des Betriebsrates die Hauptursachen für diese extrem hohe Steigerungsrate bei Unfällen. Er kritisierte die Auffassung der Geschäftsleitung, daß die Explosion der Arbeits- und Wegeunfälle durch Unachtsamkeit, Schlampe oder fehlendes Sicherheitsbewußtsein der Beschäftigten zu erklären sei.

Bei den Arbeitsunfällen erhöhte sich die Anzahl der Finger- und Handver-

letzungen im Fertigungsbereich um 100 Prozent. Überdurchschnittlich vertreten waren dabei Beschäftigte mit Zeitverträgen und Schichtarbeiter. Ebenso nahmen die Kopf- und Augenverletzungen durch Metallspäne und ätzende Flüssigkeiten überproportional zu. Auch hier ist der Anteil der Schichtarbeiter doppelt so hoch wie ihr Belegschaftanteil. Im Lagerbereich und im Montagedienst verhält es sich ähnlich. Betroffen von schwereren Unfällen sind hauptsächlich in Schicht Arbeitende, Beschäftigte mit Zeitverträgen und Akkordlöhner.

Von den 44 gemeldeten Wegeunfällen entfallen 29 auf Schichtarbeiter. Der Anteil der Unfälle, die nach einer Nachtschicht passierten, liegt mit 20 Autounfällen fünfmal höher als der Anteil der in Nachtschicht Beschäftigten an der Gesamtbelegschaft. Interessant ist auch, daß von den Wegeunfällen fast ausschließlich Belegschaftsangehörige mit unteren oder mittleren Einkommen betroffen waren. Nicht nur die intensiveren Arbeitsbedingungen spielen hier eine Rolle, sondern wohl auch die nicht gerade sichersten PKW's. Sichere und qualitativ gute Autos anzuschaffen bzw. sie regelmäßig überprüfen und instandsetzen zu lassen, ist finanziell für sehr viele nicht möglich.

Der Betriebsrat will die Arbeit des Sicherheits- und Unfallverhütungsausschusses ausdehnen. Er verlangt von der Geschäftsleitung mehr Zeit für die zusätzlichen Aufgaben der nicht-freigestellten Mitglieder des Ausschusses. Die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsbeauftragten der Firma soll ausgedehnt werden. Der Betriebsrat will Einfluß auf die Einweisung neuer Beschäftigter durch Meister und andere Vorgesetzte bekommen. Zukünftig sollen nicht nur Löturse oder andere produktionsfördernde Ausbildungen ange-
setzt werden. – (mal)

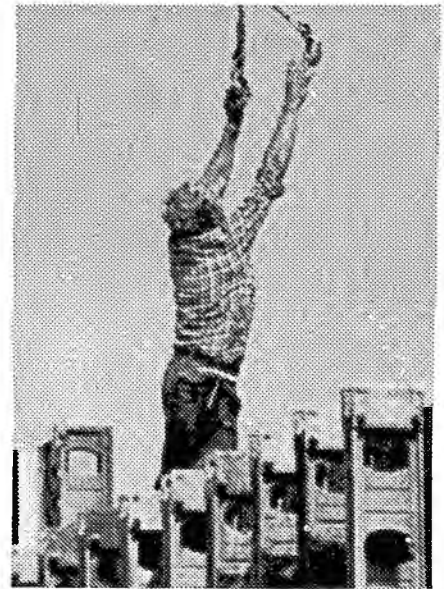
Baugewerbe – 13. Monatslohn

Streikbeschluß brachte die Kapitalisten in Bewegung

Am 16.3.87 hat der Beirat der IG Bau Steine Erden auf Vorschlag der Großen Tarifkommission einem erneuten Angebot der Kapitalisten zum 13. Monatslohn zugestimmt. Danach soll, rückwirkend vom 1. Januar an, die bisherige Regelung für weitere zwei Jahre in Kraft gesetzt werden.

Vorangegangen war diesem Abschluß eine mehrjährige Auseinandersetzung. Bereits in den Lohnverhandlungen 1986 verlangten die Kapitalisten anstelle einer Einmalzahlung eine Umverteilung auf den Tariflohn. In dem damaligen Schlichtungsspruch

(3% ab 1.4.86 und 3,1% ab 1.4.87) wurden Gespräche über den 13. Monatslohn vereinbart. Diese Gespräche im Herbst 1986 verliefen ergebnislos. Die Kapitalisten kündigten darauf den Tarifvertrag zum 31.12.86. In den seit Jahresbeginn laufenden Verhandlungen forderte die IG Bau Steine Erden die Erhöhung des 13. Monatslohnes auf 100%. Die Baukapitalisten beharrten auf ihrer bisherigen Forderung. In dem Schlichtungsverfahren nach dem Scheitern der Verhandlungen legte der Schlichter Hermann Höcherl am 20.2.



einen Schlichtungsspruch vor, der wesentliche Merkmale der Vorstellungen der Kapitalisten beinhaltete. Danach sollte die Einmalzahlung zwar noch beibehalten werden aber auf gesenktem Niveau und mit einem leistungsbezogenem Berechnungsverfahren. Der 13. Monatslohn sollte ermittelt werden in den Monaten Januar bis November durch Multiplikation der gearbeiteten Stunden mit dem Faktor 0,049. Hiernach mußten 2076 Stunden gearbeitet werden um den bisherigen Betrag zu erhalten. 1985 wurde im Gewerbe aber nur durchschnittlich 1535 Stunden gearbeitet. Als Ausgleich für die Senkung sollte der Bauzuschlag, um den sich der Tarifstundenlohn zum Gesamtтарифstundenlohn erhöht, von derzeit 5,4% auf 6,4% erhöht werden. Für die Angestellten war eine Senkung des 13. Monatsgehaltes von 60% auf 53% vorgesehen. Bei den Auszubildenden sollte der Betrag von bisher 300 DM auf 275 DM gesenkt werden.

Am 24.2.87 beschloß die Große Tarifkommission den Schlichtungsspruch abzulehnen und Streikvorbereitungen zu treffen. Die Kapitalisten boten daraufhin an, die bisherige Berechnung, aber mit nur 85 Stunden zu vereinbaren. Die Gewerkschaft lehnte ab. Darauf boten die Kapitalisten die Einsetzung der bisherigen Regelung an. – (kaq)

Fünf Jahre Frauenhaus Mannheim

Gewalt gegen Frauen keine Randerscheinung

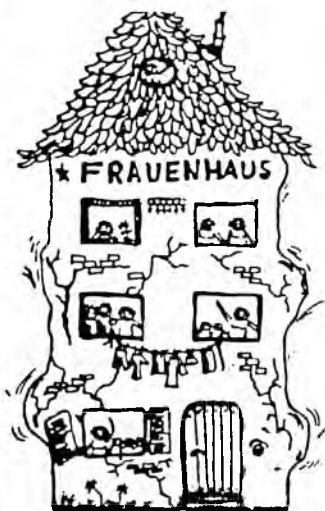
Mannheim. Die Diskriminierung der Frau in der Arbeitswelt, innerhalb der familiären Arbeitsteilung und beim Zugang zu öffentlichen Ämtern ist seit langem Thema öffentlicher Diskussion. Doch erst Anfang der 70er Jahre rückte die Frauenbewegung einen Bereich der Diskriminierung der Frauen ins öffentliche Bewußtsein, der bislang nahezu verborgen war: die körperliche Gewalt gegen Frauen im Bereich der privaten Beziehungen, innerhalb von Ehe und Familie. Gewalt gegen Frauen ist keine Randerscheinung, kein individuelles Versagen. 1985 schätzte das Bayerische Sozialministerium 4 Mio. mißhandelte Frauen in der BRD, bekannt und statistisch erfaßt werden jedoch nur die wenigsten Fälle. Studi-

per der Frau; unbegrenztes Eigentumsrecht an ihrer Arbeitskraft; unbegrenztes Eigentumsrecht an ihrem Besitz (Erbteil, Geschenke und Lohn aus Erwerbsarbeit). Körperliche Mißhandlung war ausdrücklich als Züchtigungsrecht (sog. munt) des Hausvaters über Frau, Kinder und Gesinde festgelegt und ist erst 1900 mit dem ALP abgeschafft worden. Trotz formalem Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes existiert die patriarchalische Rechtsprechung fort. Wen wundert, wenn auf diesem Boden die Brutalität gegen die Frauen gedeiht?

Es bedurfte einer eigenständigen politischen Bewegung der Frauen, um den bedrohten, mißhandelten und gedemütigten Frauen Zufluchtsmöglich-

gene Frauen stehen materiell vor dem Nichts; sie erben der Mißhandlungssituation i. d. Regel kaum mehr als der Kleidung, die sie und ihre Kinder tragen. Sie verlieren ihr bekanntes soziales Umfeld, die gemeinsame Wohnung, den jahrelang erarbeiteten und angeschafften Hausrat. Da die meisten von ihnen kleine Kinder aufziehen, sind sie vor der Flucht ins Frauenhaus oft nicht erwerbstätig und ökonomisch vom Partner abhängig. Nach dem Weggang werden sie zu Sozialhilfeempfängerinnen, was von vielen Frauen als sozialer Abstieg erfahren wird. Die Bedrohung endet nicht mit der Flucht ins Frauenhaus. Viele Ehemänner/Partner akzeptieren die Entscheidung der Frauen nicht; sie versuchen, die Frauen zu finden, ihre Rückkehr zu erzwingen durch Verfolgungs- und Morddrohungen oder durch Entführung der Kinder. Im Mannheimer Frauenhaus müssen Frauen und Kinder unzumutbare räumliche Bedingungen in Kauf nehmen: Vier Personen leben in Zimmern von 12 bis 15 m²; zwölf Personen benutzen ein Bad. Eine Stockwerksküche von weniger als 10 m² muß für 15 Personen reichen, es gibt weder Garten noch Spielhof für die Kinder. All dies sind Gründe für die hohe Rückkehrquote der Frauen (1986: 41%) in ihre alten Verhältnisse. Besonders unerträglich ist die Situation für die mißhandelte ausländische Frau. Oft ist die Aufenthaltsberechtigung an die Ehe gekoppelt; eine Flucht aus der Ehe bedeutet ständige Angst vor Ausweisung. (Der Anteil der Ausländerinnen betrug 1986 21%).

Seit Bestehen muß das Frauenhaus in Selbstverwaltung um seine finanzielle Absicherung kämpfen. Eine geplante Kürzung des Zuschusses der Stadt Mannheim 1985 um 10% konnte durch intensive Öffentlichkeitsarbeit abgewendet werden. Der städtische Zuschuß wurde auf dem Stand von 1983 bei 400000 DM festgeschrieben, was einen 20%igen Stellenabbau des Mitarbeiterinnenteams zur Folge hatte. Gleichzeitig erhöhte sich die Anzahl der neu aufgenommenen Frauen und Kinder, wodurch die Beratungsarbeit zugenommen hat. Gerade in den ersten Wochen des Aufenthaltes ist eine intensive Betreuung nötig: Unterstützung der Frauen und der – meist ebenfalls mißhandelten – Kinder bei der Verarbeitung des völligen Verlustes ihres bisherigen sozialen Umfelds, aber auch der jahrelang erlittenen Demütigungen. Abklärung vieler organisatorischer und rechtlicher Schritte (Wohnungsfindung, Umschulung, Unterhalts- und Sorgerechtsregelungen etc.). Deshalb fordert das Frauenhaus von der Stadt Mannheim einen festen Zuschuß von 530000 DM. Quellen: Inspektion der Herrenkultur, Hrsg. Luise Pusch, ed. suhrkamp 83; Presseerklärung vom 12.3.86: Fünf Jahre Mannheimer Frauenhaus. – (and)



Die Karikatur zeigt liebevoll, doch unmißverständlich: Die Kapazität des Frauenhauses reicht nicht aus. Immer noch ist es auch auf Spendengelder angewiesen, weil die Stadt die vollständige Finanzierung nicht übernehmen will.

en zeigen: Mißhandelt wird von Männern aller gesellschaftlichen Klassen. Eine Umfrage von 1985 unter mißhandelten Frauen zeigt: 83% wurden geschlagen, getreten, geboxt, gewürgt. 41% geben an, ausschließlich oder zusätzlich seelisch und nervlich „fertig gemacht“ zu werden. 25% wurden mit Gegenständen geschlagen, verletzt oder bedroht (meist Morddrohungen).

Die gesellschaftliche Brutalität, der die Frau auch in der Bundesrepublik ausgesetzt ist, begründet sich historisch auf eine patriarchalische und sexistische Rechtsprechung. Noch bis 1900 ordnete das Allgemeine Landrecht der Preußischen Staaten (ALP) dem Mann als Familienoberhaupt die ihm unterworfenen Frauen, Kinder und andere Hausangehörige als seine Rechtsobjekte zu, was in bezug auf die Frau hieß: unbegrenztes Eigentumsrecht am Kör-

per und Schutz zu verschaffen. 1971 wurde das erste Frauenhaus in London eröffnet; 1976 das erste in Westberlin. Inzwischen existieren in der BRD 87 autonome Frauenhäuser, 14 Initiativen, getragen von Frauenvereinen und 20 bis 30 Frauenhäuser in kirchlicher oder anderer Trägerschaft. Das Mannheimer Frauenhaus in Selbstverwaltung besteht seit 1981 und geht ebenfalls auf eine Selbsthilfeinitiative zurück. Das Haus beherbergt täglich zirka 17 Frauen und 20 Kinder. Die Hälfte der Frauen und Kinder bleibt bis vier Wochen, immerhin 8% leben länger als zehn Monate im Frauenhaus. Die Zahl der hilfesuchenden Frauen wächst: allein von April bis Dezember 1986 mußten 86 Frauen mit 121 Kindern abgewiesen werden.

Die Situation im Frauenhaus ist für Frauen und Kinder schwierig. Geschla-

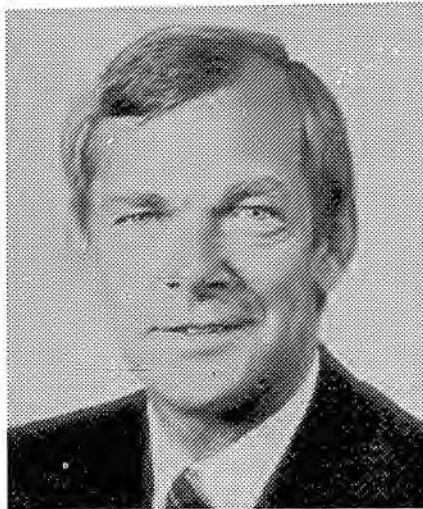
Kommunalhaushalt

Zusammenarbeit der Opposition macht Fortschritte

Lüneburg. Am 7.5.87 will die CDU/FDP-Ratsmehrheit in Lüneburg mit dem neuen OB Jens Schreiber („ich bin ein Mann der Wirtschaft“) an der Spitze den Haushalt '87 verabschieden, den Stadtkämmerer Müller (SPD) Anfang des Jahres als Entwurf vorgelegt hat. Bis dahin soll das Finanzloch von über vier Mio. DM im Verwaltungshaushalt durch weitere Streichungen kommunaler Leistungen gestopft sein.

Gegen diesen Haushaltsentwurf hat die kommunale Opposition Schritte unternommen, um gemeinsam dagegen vorzugehen. Im Januar fand ein Seminar statt, an dem Mitglieder der Grünen, der DKP, der Friedensinitiative, der GEW und ÖTV, der Initiative Ärzte und Eltern gegen Atomenergie, der Initiative „Albatros“ sowie der Volksfront und des BWK teilnahmen. Der Haushalt wurde kritisiert. Wesentliche Punkte waren: die mit 20,3% Anteil (bezogen auf Gesamtausgaben) extrem niedrigen Personalausgaben der Stadt (Landesdurchschnitt 27,4%), die zu sehr hohen Belastungen der Beschäftigten und einem hohen Krankenstand führen; die miserable und dabei sehr teure Ausstattung mit Kindergärten- und insbesondere Kinderkrippenplätzen; die auf Grundlage der von der Landesregierung herausgegebenen Orientierungsdaten sich weiter verschlechternde Ausstattung der Schulen, der steigende Anteil des (investiven) Vermögenshaushalts (1982 = 15,5%; 1987 = 20,8%) und das Finanzloch im Vermögenshaushalt durch teure Geländekäufe (1986: 5,7 Mio. DM), denen jetzt nach Weiterverkauf (ca. 2 DM pro qm) an Matsushita und Konika gerade 200000 DM an Einnahmen gegenüberstehen.

In einer bisher von der Ratsfraktion der Grünen, DKP, Friedensinitiative, Volksfront und BWK unterzeichneten Erklärung der Seminarteilnehmer heißt es: „Wir ... lehnen den für 1987 eingebrachten Stadt-Haushalt ab, weil er – wie in den letzten Jahren – eine weitere Beschneidung kommunaler Leistungen für große Teile der Bevölkerung beinhaltet, statt dringend notwendiger Personalaufstockung erneut Personalabbau vorsieht und die Mittel immer weiter auf direkte Wirtschaftsförderung umschichtet ... Um demgegenüber unsere Ansprüche an kommunale Leistungen und ihre Finanzierung zu formulieren, fordern wir: (u.a.) Keine Anwendung des sog. „Beschäftigungsförderungsgesetzes,“! Umwandlung der ABM-Stellen in Planstellen! Streichung der unteren Lohn-/Gehalts- und Vergütungsgruppen! Kein „Arbeitstraining“ für Sozialhilfeempfänger! Rekommunalisierung der Energieversorgung!



OB Schreiber – Mann der Wirtschaft“

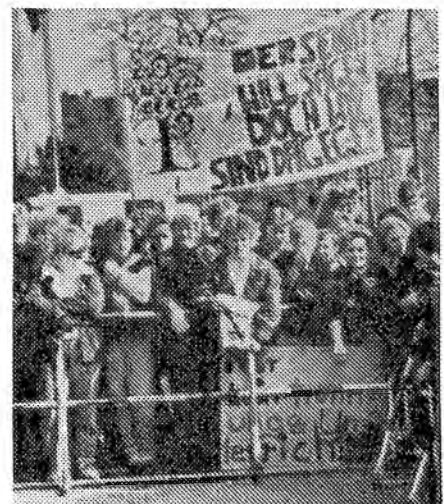
Erhöhung der Gewerbesteuer!“

Auf Grundlage der Erklärung wird zu der Ratssitzung, auf der der Haushalt verabschiedet werden soll, mobilisiert. Bisher gelang es, die beabsichtigte Teilschließung des Kindergartens Ochtmissen zu verhindern und einen Stadtelternrat zu gründen. Darüber hinaus bringt die Fraktion der Grünen am 26.3.87 einen Antrag des Bündnisses im Rat ein, der fordert: die ÖTV-Tarifforderung zu unterstützen, das Beschäftigungsförderungsgesetz nicht anzuwenden und den Plan von Stadtdirektor Schumann (FDP) auf Einführung eines Dienstleistungsabends zurückzuweisen, weil er neben unzumutbaren Belastungen für die Beschäftigten auf Aushebelung des Landeschlußgesetzes zielt. – (thr)

Schulsenatorin Laurien**Leistungsdifferenzierung wird erzwungen**

Westberlin. Am 6. März demonstrierten die 480 Schüler der 2. Oberschule Kreuzberg gemeinsam mit Lehrern und Eltern gegen die Schulsenatorin Laurien und den Kreuzberger Volksbildungstadtrat Engelmann, die ihre Elitebildungskonzepte an der Modellschule durchsetzen wollen. 1979 wurde die Gesamtschule in Kreuzberg gegründet und der Modellversuch „Integration ausländischer Kinder in Gesamtschulen“ begonnen. In Klassen mit Frequenzen von 20 Schülern wurde in kleinen Lerngruppen gelernt, die Lehrer begleiteten die Klassen über mehrere Jahre hinweg. Der Ausländeranteil beträgt ca. 45%. Statt Erteilung von Noten werden alle sechs Wochen Lernentwicklungsberichte erstellt, und am Ende des Jahres wird in einem Brief an den Schüler eine detaillierte persönliche Leistungsbeurteilung gegeben. Durch Klassenfahrten in die Türkei im neunten Schuljahr wird Ausländerfeindlichkeit ausgeräumt. Das paßt

dem Senat nicht. Formal verweist Senatorin Laurien auf die Rahmenbedingungen der Vereinbarung der Kultusminister der Länder über die Anerkennung der Abschlüsse an Gesamtschulen und fordert ab der siebten Klasse zwar noch keine Noten, aber Leistungsdifferenzierungen. In Englisch, Mathematik, Deutsch, Physik und Chemie soll in jeweils zwei Kursen mit unterschiedlichem Leistungsniveau unterrichtet werden. Während der CDU-Stadtrat Engelmann die Kosten des Modellversuchs anprangert und im Verein mit der wissenschaftlichen Begleiterin des Projekts, Dr. Thomas, behauptet, die Leistungen seien auch nicht besser als an anderen Gesamtschulen, hat die SPD dem CDU/FDP-Antrag im Schulausschuß des Abgeordnetenhauses mit der windigen Begründung zugestimmt, nur so sei der Schulversuch überhaupt noch zu retten. Der AL-Abgeordnete Schenk, dessen Partei für die Weiterführung des Schulversuchs stimmt, und der stellvertretende GEW-Vorsitzende Çinar meinen, die finanziellen Aspekte seien nicht das Haupttargernis für die Regierungsparteien, sondern die erfolgreichen Integrationsbemühungen, die der Elitebildung und Auslese entgegenstehen. Skandalös ist, daß nicht nur die Senatorin Einladungen der Schüler und Eltern zum Gespräch nicht annimmt, sondern auch die Ausländerbeauftragte John sich uninteressiert zeigt. Tatsächlich passen die von den Lehrern, Eltern und Schülern betonten sozialen Erfolge nicht ins Konzept der Schul- und Ausländerpolitik der CDU. Die Behauptung, die Schüler der 2. Gesamtschule hätten besondere Schwierigkeiten beim Übergang in die gymnasiale Oberstufe, wiesen Eltern- und Schülervertreter auf der Kundgebung vor dem Amtssitz der Senatorin deutlich zurück. Daß der Kreuzberger Schulversuch ein Erfolg ist, zeigt nicht zuletzt der jährliche Ansturm auf die 2. Oberschule, wenn es um die Anmeldungen für die weiterführenden Schulen geht. – (chk)



Die Schüler demonstrieren gegen Lauriens Auslesekonzept.

Ausländerbehörde

Die CSU-Politik des Kreisverwaltungsreferats macht den Arbeitern ausländischer Nationalität schwer zu schaffen

München. Nach dem Wechsel des Münchner Kreisverwaltungsreferenten und Bürgermeisters Peter Gauweiler (CSU) in das Bayerische Innenministerium schaut die politische Opposition gespannt auf die Auseinandersetzung zwischen den Stadtratsparteien, wer wohl in Zukunft das Kreisverwaltungsreferat leiten und wie sich dieser Wechsel auf die Ausländerpolitik der Stadt München auswirken wird. Der von der SPD und den Grünen favorisierte Rechtsanwalt Christian Ude (SPD) – in München auch als Mieteranwalt bekannt – könnte als neuer Kreisverwaltungsreferent dazu beitragen, daß diese Behörde nicht nur Vollzugsorgan der Bayerischen Staatsregierung ist, sondern in verschiedenen kommunalen Aufgaben etwas mehr Widerstandskraft gegen die CSU-Politik entwickelt.

Vorher hat die CSU diese für letzten Mittwoch anberaumte Referentenwahl mit einem von der Regierung von Oberbayern unterstützten Rechtsgutachten – zur Ausweitung der Kompetenzen des Umweltschutzreferats, worauf sich Grüne und SPD geeinigt hatten – verhindert. Schaut man sich etwas näher diese vom Kreisverwaltungsreferat praktizierte Ausländerpolitik an, wird deutlich, daß trotz den Ergebnissen der Kommunalwahl von 1984 die Münchner Ausländerbehörde auf strammem CSU-Kurs operierte und die CSU eher optimistisch ist, diese Politik auch in der Zukunft fortzusetzen. Die CSU kann sich dabei insbesondere auf den Umstand stützen, daß die Landeshauptstadt München beim Vollzug des Ausländerrechts im „übertragenen Wirkungsbereich“ tätig wird und, wie das Kreisverwaltungsreferat in einer Stellungnahme zu zahlreichen Beschlüssen des Stadtrates und des Ausländerbeirats behauptet, der staatlichen Rechts- und Fachaufsicht unterworfen sei und auch bei Ermessensentscheidungen die vom Bayerischen Staatsministerium des Innern zum Ausländergesetz erlassenen Richtlinien zu vollziehen habe. Dies wird auch zukünftig der Rechtsstandpunkt der CSU sein, und damit ist auch schon klar, daß jede Verbesserung für die Situation der Arbeiter ausländischer Nationalität gegen die CSU durchgesetzt werden muß und man den Konflikt mit dem deutschen Ausländerrecht nicht scheuen darf.

Das „Münchner Ausländerprogramm“ vom 6.03.74 ist erklärtermaßen auch heute noch die Grundlage für das Kreisverwaltungsreferat. Darin heißt es u.a.: „Die soziale Infrastruktur ist den Anforderungen, die sich aus

dem starken Ausländerstrom in wenigen Jahren, der vermehrten Familienzusammenführung sowie dem längeren Aufenthalt ergeben, nicht gewachsen. Dies äußert sich verstärkt in Verdichtungsräumen, also auch in München und da ganz besonders in den Bereichen, in denen auch die deutsche Bevölkerung nicht ausreichend versorgt wird ... Im Interesse einer sinnvollen Weiterentwicklung aber gerade auch im Interesse sozialer Gleichstellung der hier lebenden Ausländer mit der einheimischen Bevölkerung ist deshalb die Dämpfung eines weiteren Zustroms unerlässlich. Dies gilt beson-

wollen in der Tendenz Platz schaffen für ihr gut verdienendes Führungspersonal, das den Immobilienmarkt belebt und den zahlreichen Einrichtungen für den Luxuskonsum die nötige finanzielle Absicherung verschafft. München ist für die besser verdienenden Mittelklassen schon teuer genug, jedoch für die proletarische Bevölkerung ausgesprochen unerschwinglich. Schon eine kurzzeitige Arbeitslosigkeit bringt eine finanzielle Krise mit sich. Größere Teile der proletarischen Bevölkerung sollen in einen Status versetzt werden, der heute schon für die Ausländer durchgesetzt ist: Wanderarbeiter mit



Ein 44 Jahre alter türkischer Arbeiter bei der tagtäglich schweren Arbeit – einmal im Jahr sieht er seine Frau und seine vier Kinder in der Türkei.

ders für Verdichtungsräume wie die Region München ... Ohne Dämpfung weiteren Zuzugs ist eine bessere Versorgung der bereits ansässigen Integrationsfähigen und -willigen ausländischen Arbeitnehmer nicht möglich ...“

Dieses „Münchner Ausländerprogramm“, das bis zum heutigen Datum keiner Novellierung unterzogen worden ist, gibt auch einen Hinweis darauf, welche Art von Stadtpolitik die in München dominierenden Rüstungs-, Elektronik- und Automobilkonzerne sich wünschen. Zum Leben soll München für die proletarische Bevölkerung dicht gemacht werden. Das Leben der proletarischen Bevölkerung kann nur dann erträglich, angenehm und human genannt werden, wenn die Reproduktion – z.B. die Wohnung – durch kommunale Dienstleistungen erleichtert wird. Dafür wollen aber die Kapitalisten ihre Gewerbesteuer nicht verwenden. Die Münchner Konzerne

unsteter Beschäftigung, durch die Launen der Konjunktur hin und hergeschubst und nicht in der Lage den Lebensstandard zu verbessern.

Zwei Beispiele seien hier genannt für das Vorgehen der Münchner Ausländerbehörde, um diese inhumane Politik zu verdeutlichen und klar zu machen, daß der Angriff der Reaktion der proletarischen Bevölkerung gilt.

Yilmaz C. lebt seit neun Jahren in München. Im September 1982 hat er geheiratet. Jetzt will er seine Frau nachholen lassen. Das ist gar nicht so leicht. In Bayern muß er dazu folgende Voraussetzungen erfüllen: er muß über 8 Jahre hier sein; er muß schon drei Jahre verheiratet sein; er muß eine ausreichend große Wohnung nachweisen; er muß eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben. Die bekommt man, wenn man fünf Jahre in der BRD ist. Alles war bei Yilmaz C. entsprechend. Nur die unbefristete Aufent-

halterlaubnis hatte er nicht. Grund: Vor drei Jahren bekam der jetzige Metallfacharbeiter einmal ein Bußgeld für das Schwänzen der Berufsschule. Dieses „Verbrechen“ genügte, ihm die unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu entziehen. Seine Frau darf nicht zu ihm ziehen.

Das Kreisverwaltungsreferat fertigte Anträge gegen diese geschilderte Praxis mit der folgenden Argumentation ab: Die Landeshauptstadt München dürfe eine Aufenthaltserlaubnis erteilen bzw. verlängern, wenn die Anwesenheit des Ausländers Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt (§ 2 Abs. 1 Ausländergesetz). Das Kreisverwaltungsreferat entscheide über Anträge auf Aufenthaltserlaubnis unter Beachtung der dargestellten Rechtslage. Da diese Rechtslage mit dem Grundgesetz im Einklang stehe, könne davon ausgegangen werden, daß die Entscheidung über Aufenthaltsanträge „in humaner und sozialer Weise“ getroffen werde.

Kadir Sarac, seit sechs Jahren in München und seit fünf Jahren bei BMW, wurde mit Frau und Kind aus-

gewiesen. Sein Vater (seit 1965 in München) hatte ihm einmal wegen Wohnraummangels eine Wohnadresse „besorgt“, wo er aber gar nicht wohnte. Seine Mutter ist in der BRD gemeldet, aber oft in der Türkei, um die 92jährige Oma zu pflegen. Beides sind für das Ausländeramt „schwere Täuschungen“, die zur Ausweisung von Kadir S. führten. Sein Vater, der eine Aufenthaltsberechtigung hat, wurde nicht belangt. Ein Sozialbetreuer der Arbeiterwohlfahrt wertet diese Beispiele so, daß das Ausländerrecht sich umso schlimmer auswirke, je länger die Betroffenen bei uns sind. Teile der Familie befinden sich immer in einer Situation, in der sie jederzeit ausgewiesen werden können.

Das Kreisverwaltungsreferat kann eine Erfolgsstatistik aufweisen und umschreibt dies so, daß die konsequente Überprüfung der Wohnverhältnisse durch die Landeshauptstadt München zwischenzeitlich dazu geführt habe, daß die Zahl der Fälle, in denen der Ausländerbehörde Mietverträge mit falschen oder unzureichenden Angaben vorgelegt werden, rück-

läufig sei und übrigens würden ja Bürger von EG-Ländern, Österreicher, Schweizer, deutschverheiratete Ausländer, US-Amerikaner, Personen mit israelischer, kanadischer, australischer und neuseeländischer Staatsangehörigkeit nicht dieser Überprüfung unterliegen. Bei den wegen „Täuschung“ erlassenen 630 aufenthaltsbeendenden Maßnahmen ist es bisher in 475 Fällen zur „freiwilligen“ Ausreise der Betroffenen gekommen. In 30 Fällen hat die Ausländerbehörde eine Abschiebung durchgeführt.

Diese rigorose Fortführung der CSU-Politik in der Münchner Ausländerpolitik hat die kompetenzlose und rechtlose Situation des hiesigen Ausländerbeirats in der Weise verschärft, daß einige Mitglieder des Ausländerbeirats zurückgetreten sind, um die Aufwertung des Ausländerbeirats mit einer Urwahl noch vor den Sommerferien durchzusetzen.

Quellenhinweis: Materialien des Stadtrats zur Münchner Ausländerpolitik, Beschlüsse des Ausländerbeirats, Aktionszeitung der DGB-Jugend München. – (dil)

Forderungen zur Münchner Ausländerpolitik

Mit der Urwahl des Ausländerbeirates noch vor den Sommerferien verbinden viele der fortschrittlichen Ausländerorganisationen die Hoffnung auf eine Kompetenzerweiterung und größeren Erfolg bei der Durchsetzung erhobener Forderungen. Schon 1982 hat der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt München einen Maßnahmenkatalog „zur Verbesserung der Situation und der Probleme ausländischer Mitbürger“ veröffentlicht. Leider konnten die meisten dieser Forderungen noch nicht gegen die CSU-Politik durchgesetzt werden und stehen deshalb nach wie vor auf der Tagesordnung – auch des Stadtrates:

Ausschuß Gesundheit, Familie und Soziales, Wohnungsfragen

Das Hauptproblem im Bereich dieses Ausschusses liegt nach wie vor bei der Wohnraumversorgung der ausländischen Mitbürger. In noch stärkerem Maße als viele deutsche Wohnungssuchende sind Ausländer davon betroffen. Einerseits, weil so manche Vermieter Ausländer als Mieter ablehnen, andererseits, weil vom Nachweis einer bestimmten Wohnraumgröße die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis abhängig gemacht wird. Zumindest die seit langem in der Bundesrepublik ansässigen ausländischen Mitbürger dürfen in dieser Hinsicht nicht weiter benachteiligt werden.

Was für deutsche Familien recht und billig, ja förderungswürdig ist, wird besonders Familien aus Nicht-EG-

Ländern nicht zugestanden. Ausreichender Wohnraum und die Funktionsfähigkeit der Familie durch Verwaltungsbeamte nachzuprüfen, um daraus die Berechtigung für den Aufenthalt in der BRD abzuleiten, hat möglicherweise die Folge, daß Familien zerstört und ihre Zusammenführung verhindert werden. Dies widerspricht dem Grundgesetzartikel 6. Die sogenannten „Zügelung des Familiennachzugs“ richtet sich gegen die elementarsten Lebensinteressen ausländischer Familien...

Maßnahmenkatalog im Bereich des Ausschusses Ausländerrecht; Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, Organisations- und Öffentlichkeitsarbeit

– Keine restriktiven Maßnahmen



Kadir Sarac wurde mit seiner Familie aus München ausgewiesen.

gegen die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer aufgrund wirtschaftlicher Probleme

– Bei bereits bestehenden einschränkenden Vorschriften Schaffung bzw. Anwendung von Härteregeln

– Aufhebung der dreijährigen Ehestandszeit als Voraussetzung für den Familiennachzug

– Vereinfachung und Gleichstellung des Verfahrens zur Erlangung der Aufenthaltsberechtigung

– Einschränkung der Ausweismöglichkeiten nach § 10 AuslG

– Information für Antragsteller auf Erteilung des Aufenthalts durch Sichtvermerk für Familiennachzügler und Verbesserung des Rechtsschutzes bei Ablehnungen

– Verstärkte Information der Ausländer über die Möglichkeit zur Erlangung der unbefristeten Aufenthaltserlaubnis bzw. Aufenthaltsberechtigung

– Verhinderung der Diskriminierung von Ausländern bei Abschluß und Fortführung für die Kfz-Haftpflichtversicherung

– Konsequente Überwachung von Verleihfirmen zur Verhinderung von illegaler Arbeitnehmertätigkeit

– Verstärktes Engagement der politischen Parteien gegen die Ausländerfeindlichkeit

– Durch realistische Darstellung der Ausländerproblematik von Seiten aller Institutionen (Gewerkschaften, Kirchen, Verbände, u.a.) Abbau der Ausländerablehnung

– Festlegung des Rede- und Stimmrechts bei Bürgerversammlungen durch gesetzliche Regelungen.

Gegen Dienstleistungsabend

Ulm. In einer Presserklärung protestierte der DGB gegen die Pläne der Bonner Koalition, einen geänderten Ladenschluß und einen Dienstleistungsabend durchzusetzen. Der DGB betrachtet diese Flexibilisierung und Liberalisierung der Arbeitszeiten als Mittel zur Durchlöcherung des Ladenschlusses, gleichzeitig bedeuteten sie eine Verlängerung der Dienstzeiten im öffentlichen Dienst. Deshalb sei eine Öffnung von Läden und Ämtern an einem Wochentag bis 21 Uhr generell abzulehnen. Der DGB kündigte harten Widerstand dagegen an. – (frm)

BMW: Gekündigte Betriebsräte gewählt

Westberlin. Mit 43% der Stimmen bei der Betriebsratswahl im Motorradwerk von BMW erzielte die Liste „Fairness und Demokratie“ 100 Stimmen mehr, als vor drei Jahren ihr Spitzenkandidat Peter Vollmer bei Persönlichkeitswahl erhalten hatte. Die Geschäftsleitung, die nun auch ihren dreijährigen Kündigungskrieg gegen P. Vollmer, R. Knirsch und H. Köbrich beenden mußte, unterstützte wieder massiv die „Mannschaft der Ver-

Hannover. 10000 Schüler demonstrierten am 12.3. in Hannover gegen die in Niedersachsen geplante Reform der gymnasialen Oberstufe und der Orientierungsstufe, die Einrichtung von D-Zug-Klassen (Abitur in 12 Jahren), die Änderung der Abtursordnung (Abwertung musischer Fächer u. der Gemeinschaftskunde), die Erschwerung des Gymnasiumzugangs für Haupt- und Realschüler. Die Demonstration wandte sich gegen Elitebildung bei gleichzeitigem Ausschluß der „Leistungsschwachen“. – (rec)

nunft“ mit Fotokopien, Wahlempfehlungen von Vorgesetzten, Behinderung des Zugangs der Kandidaten der Liste „Fairness und Demokratie“ zum Betrieb. Trotzdem wird sie jetzt damit leben müssen, daß sechs der 15 Betriebsräte nicht firmeneigen sind. Die Sechs wollen dafür sorgen, daß die ausländischen Beschäftigten, die Akkordarbeiter wieder eine Vertretung im Betriebsrat haben. BMW hat alle Kündigungen zurückgezogen bis auf die gegen den türkischen Vertrauensmann und Betriebsrat Sucsuz. Jetzt tauchen faschistische Blätter im Werk auf, die Arbeitsplätze nur für Deutsche fordern. – (chk)



VW-Konzern: Angestellte mehr Schicht?

Wolfsburg. Klaus-Peter Mander, stellv. BR-Vorsitzender bei VW Wolfsburg, sagt in einem Interview mit der Werkszeitung „Autogramm“ (2/87), daß VW für etwa 10 Prozent der Angestellten die Ausweitung der Arbeitszeit in den Zweischichtbetrieb fordere. „Das gilt für Arbeitsplätze, die mit hohen Investitionen ausgestattet sind, etwa CAD-Arbeitsplätze, Prüfstände usw. Diese ... will man also 16 Stunden am Tag nutzen. Den Weg können wir ... so nicht mitgehen. Es wird mit uns keine Ausweitung der Schichtarbeit geben“. – (gka)

Stahl: IGM-Aktionen gegen Rationalisierung

Essen. Zahlreiche Aktionen hat die IG Metall in der letzten Woche gegen die Rationalisierungspläne der Stahlkapitalisten durchgeführt. IG Metall-Vorsitzender Steinkühler rief am 7.3. vor rund 1000 Beschäftigten der Henrichshütte in Hattingen zum „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ und zum „Widerstand für den Erhalt der Stahlstandorte“ auf. Am 10.3. demonstrierten rund 1000 Stahlarbeiter vor dem Landtag in Düsseldorf, am 11.3. rund 800 Hoesch-Arbeiter in Bonn. Bis zum 18.3. wollen die Stahlbelegschaften im Wechsel „Mahnwachen“ vor dem Kanzleramt durchführen. Am 18.3. sind in Hattingen und Oberhausen „Aktionstage“ mit großen Demonstrationen geplant. Nach Aussage des Sprechers des Kapitalistenverbandes

Eisen- und Stahl planen die Stahlmonopole den Abbau von 25000 Beschäftigten. Die Kapitalisten wollen den Protest der Belegschaften in Forderungen nach Wirtschaftsförderung ummünzen. – (wof)

Frauenzukunft am am Heimterminal

Ulm. Bereits zur Mitte der neunziger Jahre werden 50 Prozent der bundesdeutschen Arbeitnehmerinnen ihren Arbeitstag an den heimischen vier Wänden am Terminal und Kochtopf verbringen. Dies ist Ergebnis einer Studie des DGB Baden-Württemberg über die Zukunftsprobleme der Teleheimarbeit. Derzeit gibt es 2000 Teleheimarbeiterinnen. Mit einem Stundenlohn zwischen 3,52 DM und 11,05 DM liegt ihr Lohn weit unter dem Niveau in den Büros. Der Auftrag kommt via Bildschirm und zugleich der Abgabetermin, der über Nachtschicht, Feiertags- oder Wochenendarbeit entscheidet. – (frr)

Zwangsurlaub beim Papstbesuch

Speyer. Wegen des Papstbesuchs am 4. Mai wird in Betrieben Zwangsurlaub angedroht. Die Innenstadt wird abgesperrt und man wird nur mit Benutzerkarte vordringen können, so wird nicht jeder zur Arbeit kommen können. Bei MBB muß vorgearbeitet werden, bei Elopak wird für eine Schicht Urlaub gewährt. Der Einzelhandelsverband empfiehlt, die Geschäfte geschlossen zu halten, was für die Beschäftigten Zwangsurlaub wäre. – (urb)



Seit dem 28. Januar streiken 6500 Arbeiter des belgischen Stahlkonzerns Sidmar. Die Kapitalisten hatten für den neuen Tarifvertrag lediglich eine Erhöhung der Grundlöhne (für die meisten Arbeiter liegen diese bei umgerechnet ca. 14 DM pro Stunde) um 5 bfr. (ca. 0,25 DM) pro Stunde in zwei Jahren angeboten, was real eine weitere Lohnsenkung bedeuten würde und den Druck auf die Arbeiter, ständig Kontischicht zu arbeiten, noch mehr erhöhen würde. Zusätzlich wollen die Kapitalisten noch die Zustimmung der Gewerkschaften zu ca. 660 Entlassungen. Die streikenden Arbeiter fordern: Lohnerhöhung um mindestens 15 bfr., keine Entlassungen. – (rül)

Nationalistische Front

Rat fordert Verbot als NSDAP-Nachfolgeorganisation

Bielefeld. Mit den Stimmen der SPD und gegen heftigste Attacken von CDU und FDP beschloß der Rat der Stadt Bielefeld am 26.2.87 einen Antrag der Grün/Bunten, gegen die faschistische Nationalistische Front (NF) Verbotsantrag beim Landesinnenministerium zu stellen. Der Verbotsantrag wird ausdrücklich *nicht* mit der Berufung auf Art. 21 GG wegen Verfassungsfeindlichkeit gestellt, sondern mit der Begründung, daß es sich bei der NF um eine NSDAP-Nachfolgeorganisation handelt. Die Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 139 GG, der in Verbindung mit den entsprechenden Kontrollratsbestimmungen der Alliierten ein einseitiges Verbot gegen Faschistenorganisationen regelt und deshalb von Reaktionären aller Couleur als „veraltet“ außer Kraft zu setzen versucht wird. Die Schärfe der Auseinandersetzung um diesen Antrag hat genau darin ihre Ursache, daß CDU und FDP bei einem so begründeten Antrag ihre übliche Tour der Gleichsetzung von Rechts und Links („Wenn Verbot gegen rechtsextreme Verfassungsfeinde, dann aber auch gegen linksextreme“) vermessen wurde, sie sich deshalb auch noch nicht mal diesen dünnen antifaschistischen Anstrich geben konnten, sondern offen gegen ein Verbot von Faschisten auftreten mußten. Wenn auch derjenige Teil des Antrags der Grün/Bunten, der sich auf notwendige kommunale Konsequenzen bezieht, von der SPD nicht mitgetragen wurde, so ist der Ratsbeschluß doch fortschrittlich, insofern er das Verbot der NF fordert, weil sie *faschistisch* ist.

Die Vorgeschichte

Am 8./9.11.86 wurde bekannt, daß die NF sich in Bielefeld ein Bundeszentrum zugelegt hat, und zwar in Form eines Eigenheimes. Als Käufer trat der „Generalsekretär“ der NF, Meinolf Schönborn, auf. Die Existenz dieses Zentrums wurde in Bielefeld erst bekannt, als von dort ausgehend anläßlich eines „Bundestreffens“ der NF der jüdische Friedhof geschändet (später wurde ein „Einzel Täter“ dafür vorgeschoben), eine Juso-Landeskonferenz überfallen wurde und etliche Fensterscheiben linker und alternativer Läden und Zentren zu Bruch gingen. Die Antifa-Koordination Bielefeld (Ständige Teilnehmer: VVN/BdA, Grün/Bunte, Autonome, Internationales Begegnungszentrum, Volksfront, Unorganisierte) konnte gegen das Faschistenzentrum von Anfang an ein breites Aktionsbündnis herstellen. In den Veröffentlichungen der Antifa-Koordination wurde der Zusammenhang zwischen reaktionärer Regierungspolitik (nationalistischer und rassistischer „Asylanten“hetze, Kohls KZ-Vergleiche, Aufwertung des Nationalismus) und der dadurch erfolgten Stärkung faschistischer Politik hergestellt, eine Kritik der Programme der Faschisten geleistet und die Auflösung ihrer Organisationen aufgrund Art. 139 GG gefordert. Gegen das NF-Zentrum demonstrierten im November spontan rund 400 Leute, im Dezember 1500, im Januar verteilte die Koordination mehrere tausend Flugblätter gegen faschistische Wahlkandidaturen in der Stadt. Im Februar wurde dann mit Mitgliedern der Grün/Bunten der Ratsantrag abgesprochen, die Volksfront legte dazu ein Rechtsgutachten zu den Möglichkeiten der Kommunen, gegen faschistische Organisationen vorzugehen, vor. Die Koordination gab zu dem Antrag eine Presseerklärung ab, der Antrag wurde außerdem unterstützt u.a. vom Jugendring, dem Vertrauensleutevorstand der ÖTV Uni Bielefeld, dem Flüchtlingsrat und der Friedensinitiative.

Der Ratsantrag der Grün/Bunten

„1. Die Stadt Bielefeld stellt gegen den Eigentümer sowie die ständigen und zeitweiligen Bewohner des Hauses Bleichstr. 143 (dem NF-Zentrum, d.V.) in Bielefeld Strafantrag und fordert die Aufnahme von Ermittlungen. In Be-

tracht kommen folgende Straftatsbestände:

- Verbreitung von Propagandamitteln, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemals nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen (§86, Abs.1, Ziff.4 StGB)
- Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§86a StGB)
- Volksverhetzung (§130 StGB)
- Verherrlichung von Gewalt und Aufstachelung zum Rassenhaß (§131 StGB)
- (vom Rat so beschlossen, CDU und FDP beteiligten sich nicht an der Abstimmung) -
- 2. Die Stadt Bielefeld beantragt beim Innenministerium des Landes NRW das Verbot der Nationalistischen Front, da es sich um eine Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP handelt. (Sollte das Landesinnenministerium sich wegen der Verbreitung der NF auch über NRW hinaus für nicht zuständig erklären, wird dieser Antrag an das Bundesinnenministerium weitergeleitet) Das Verbot der Organisation schließt ihre Auflösung und die Beschlagnahme und Einziehung ihres Vermögens ein.
- (vom Rat so beschlossen, CDU und FDP beteiligten sich nicht an der Abstimmung) -
- 3. Bis zum Zeitpunkt des Verbotes weist der Stadtrat das Ordnungsamt an, Versammlungen (auch nicht-öffentlicher Natur) der NF im Bielefelder Stadtgebiet nicht zu dulden. Dies gilt auch, wenn diese Versammlungen in privaten, der Partei selbst gehörenden oder von ihr gemieteten Räumlichkeiten stattfinden (vgl. §5, Abs.4 VersG bzw. §139 GG und die entsprechenden Kontrollratsgesetze).“
- Dieser dritte Teil des Antrags der Grün/Bunten wurde von der SPD nicht mitgetragen. Begründung: Die Rechtsgrundlage für ein solches Vorgehen sei nicht ausreichend gesichert. Damit hat sich die SPD letztlich der Konsequenzen entzogen, die sich im kommunalen Verantwortungsbereich der Stadt aus den beschlossenen ersten beiden Antragsteilen ergeben. Das erleichtert in keiner Weise ein konkretes Vorgehen gegen das NF-Zentrum und die darin stattfindenden Faschistenversammlungen.

Die Reaktion schäumt

Polizeipräsident Schirmmacher (SPD): „Das Haus ist im Besitz einer Person, nicht einer Organisation. Im übrigen kann sich jeder in seiner Wohnung mit dem Hitlergruß vor dem Spiegel aufbauen oder eine Hakenkreuzfahne im Wohnzimmer aufhängen. Wir können nichts verbieten, was nicht verboten werden darf.“

Ratsmitglied Seidenberg (FDP): „Die FDP sieht die Gefahr von rechts und links für diesen Staat.“ Der Antrag baue einen „rechtsradikalen Popanz auf, um von den Aktivitäten der Linksextremisten abzulenken“. Unter Hinweis auf die am Wochenende zuvor stattgefundene Atommüllkonferenz: „Sie (die Grünen) holen diese Leute noch nach Bielefeld, indem Sie militanten Gruppen die Eintrittskarte zur Abhandlung ihres Tribunals besorgt haben.“ Der SPD warf er vor, daß eine solche Veranstaltungen überhaupt in städtischen Räumen stattfinden dürfte.

Ratsmitglied Haase (CDU): „Die Union hat keinen Bedarf, sich an einem Wettlauf zu beteiligen, wer denn nun der strammste Antifaschist in diesem Rat ist.“

Erklärung der CDU zu der Äußerung einer grünen Ratsfrau, daß die Grünen „Gewalt, bei den Menschen gefährdet werden“, ablehnen: „Dies ist eine indirekte Unterstützung von Gewalt gegen Sachen.“

Kommentar der Neuen Westfälischen Zeitung, G. Gerke (SPD!): „Demonstrationen vor dem Haus der Neonazis verlieren an Glaubwürdigkeit, wenn die Teilnehmer anschließend... die Freilassung des Wirtkopfes fordern, der eben noch daran gehindert werden konnte, die Siemens-Filiale in die Luft zu jagen (bezieht sich auf die Festnahme eines Autonomen wegen angeblicher „terroristischer Vereinigung“, d.V.)... Wer gegen die eine Bedrohung ist, muß auch gegen die andere sein. Faschismus gibt es nicht nur von rechts, sondern auch von links.“

Steuerreform

Wen Stoltenberg beglückt ... und wer dafür zahlen soll

Da Genaueres über die Wirkung der Steuerbeschlüsse in der Regierungspropaganda absichtsvoll fehlt und SPD sowie GRÜNEN eher pauschal beurteilen, hielten wir es für sinnvoll, ausführlich die Steuerbeschlüsse zu dokumentieren und die schon erkennbaren Ergebnisse zu berechnen. Auf folgende Punkte sei besonders hingewiesen:

Es steht ziemlich sicher fest, wer nicht in den Genuß von Steuersenkungen kommen wird, sondern mehr Steuern zu zahlen hat. Die diskutierte Streichung von Freibeträgen sowie der Steuerfreiheit für Nacht-, Schicht- und Sonntagszuschläge wird bei vielen Arbeitern zu höherer Steuerlast führen, und zwar in besonderem Maße bei ausländischen Arbeitern, die überdurchschnittlich oft solche Arbeitsverhältnisse eingehen müssen. Damit setzt die Regierung fort, was sie bei der letzten Steuerreform begonnen hat: Als Spendieronkel auftreten auf Kosten jener, die sie von jeglicher staatsbürgerlichen Teilnahme ausgeschlossen hält.

Aus der CDU/CSU war zu hören, bei der letzten Steuerreform habe man den Fehler gemacht, die Reform in zwei Etappen in Kraft treten zu lassen und dazu ungünstig zu den Wahlterminen. Deshalb die Reform 1990, vor den nächsten Bundestagswahlen. Auch sei der Eindruck von uns sozial noch zu korrigieren, der entstand, weil die Reform 1988 ausschließlich ab mittleren Einkommen etwas bringt. Die Konsequenz hieraus: Die 1988er Reform wird „aufgesattelt“. Daß die „soziale Korrektur“ allerdings nur vier Mark – oder mit Kind auch 8,90 Mark – ausmacht, verschweigt die Union schamhaft.

Die Steuerentlastung 1990 ist nach oben hin unbeschränkt, sie steigt wegen niedrigerem Spitzensteuersatz sogar mit dem Einkommen progressiv an. Zusammen mit der Änderung des Tarifverlaufs („linear progressiver Tarif“) bewirkt das bei den hohen Einkommen eine gegenüber inflationären Entwicklungen dauerhafte Senkung der Steuerquote. So müßte z.B. in Steuerklasse I nach der Reform ein Bruttoeinkommen von etwa 8000 DM auf rd. 12000 DM steigen, um mit demselben Steuersatz belastet zu werden wie 1987. Dagegen bedarf es in den unteren Einkommenszonen nur verhältnismäßig geringer Erhöhungen des Nominallohnes, um mit demselben oder einem höheren Steuersatz belastet zu werden. Damit hat die Regierung sich die Möglichkeit der Reallohnsenkung durch Inflation eröffnet bei Schonung der lohnabhängigen Mittelklasse.

Die Kritik, daß die Steuerreform unsolide sei, weil ihre Finanzierung nicht geklärt wäre, trifft nicht zu. Alle Steuerschätzungen gehen von wachsenden Einnahmen bei der Lohnsteuer und den Verbrauchsteuern aus. Wenn es zu keiner schweren Wirtschaftskrise kommt, sind diese Annahmen auch berechtigt. Eine allgemein vorhergesehene ansteigende Inflation sorgt für

mehr Staatseinnahmen, wegen der progressiven Wirkung der Lohnsteuer stärker wachsend als die Inflationsrate. Die Regierung erwartet zudem eine weitere Beschäftigungszunahme, die – selbst wenn sie in Teilzeit oder unstet erfolgt – die Lohnsteuereinnahmen ebenfalls reichlicher sprudeln läßt.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 4.3.; Süddt. Ztg., 11.3.; – (alk)

Zur Information

1. Was ist vom Kabinett zur Einkommensteuerreform beschlossen?

a. Tarifänderung 1988

In den Schaubildern ist in der dritten Spalte der Ertrag der bereits beschlossenen Reform im Vergleich zum jetzigen Tarif dargestellt. Zusätzlich zu dieser Änderung sollen weitere Maßnahmen kommen, die das Volumen von knapp neun Mrd. DM um fünf bis sechs Mrd. DM erhöhen. Laut Pressemitteilungen soll dazu der Grundfreibetrag von derzeit 4536 DM auf 4752 DM angehoben werden. Die Wirkung: Bei allen Steuerpflichtigen unabhängig vom Einkommen vier DM/monatlich, bzw. acht DM bei Steuerklasse III. Die Wirkung einer angedeuteten „weiteren Abflachung des Einkommensteuertarifs“ kann mangels genauerer Angaben nicht berechnet werden.

b. Tarifreform 1990

Die genaue Ausgestaltung ist noch nicht bekannt, die Tarifreform soll aber folgende Punkte enthalten:

– Erhöhung des Grundfreibetrages von 4536 auf 5616 DM (wie im folgenden immer: zu versteuerndes Einkommen). Entlastung gegenüber jetzt: 19,80 DM/monatlich bei jedem Steuerpflichtigen bzw. 39,60 DM in Steuerklasse III.

– Kinderfreibetrag erhöht von 2484 auf 3024 DM. Je nach Einkommen zwischen mindestens 4,90 und höchstens 12,60 DM je Kind und Monat. Bei Steuerklasse II und III doppelter Ertrag.

– Eingangssteuersatz von 22 auf 19 Prozent, Beginn der unteren Proportionalzone aber bereits ab 8100/16200 statt 18000/36000 DM.

– Spitzensteuersatz auf 53% ab 120000/240000 statt 56% ab 130000/260000 DM.

– Volumen der Reform 44 Mrd. DM, davon 19 Mrd. finanziert durch „Abbau von Subventionen“. Im Vordergrund der Finanzierung stehe, so Stoltenberg, „eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage

durch den Abbau verschiedener Steuersubventionen“. Die „steuerliche Bemessungsgrundlage“ wird derzeit z.B. geschmälert durch verschiedene Freibeträge wie z.B. Arbeitnehmer-, Weihnachtsfreibetrag, Steuerfreiheit von Nacht- und Sonntagszulagen u.ä., die FDP hat bereits offen deren Streichung verlangt. Auch eine Erhöhung von Verbrauchsteuern will Stoltenberg sich vorbehalten.

2. Zur Erläuterung der Schaubilder

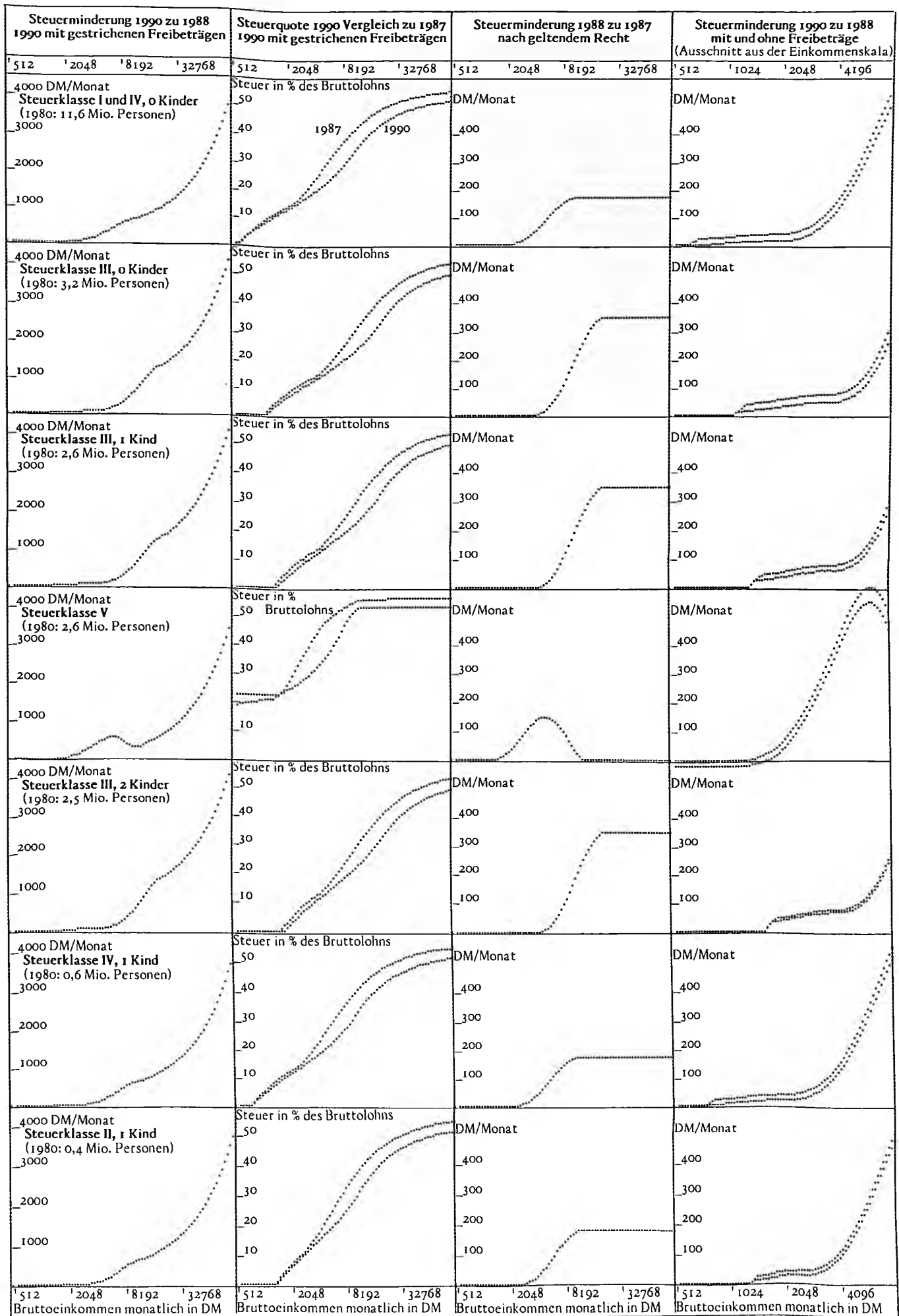
Von oben nach unten sind die wichtigsten Steuerklassen dargestellt, mit Angabe, wieviele Steuerpflichtige 1980 in die jeweilige Klasse fielen. In den Spalten sind dargestellt:

1. Um wieviel DM sinkt die monatliche Einkommen-(Lohn-)steuer durch die Reform 1990 in Abhängigkeit vom Bruttoeinkommen unter der Annahme, daß Arbeitnehmer- und Weihnachtsfreibetrag sowie die Sonderausgabenpauschale gestrichen sind. Die Einkommensskala wurde mit bis zu rd. 125 Tsd. DM Monatseinkommen recht breit gewählt, das entspricht aber dem Einkommen, das die Statistik 1980 als höchstes vorkommendes Durchschnittseinkommen bei immerhin noch 226 Personen angibt.

2. Die Steuerquote, d.h. das Verhältnis von Steuer zum Bruttolohn, wie es in etwa durch die Reform 1990 entstehen wird, im Vergleich zu jetzt. Hier kann auch die Wirkung der Inflation abgelesen werden: Der Abstand zwischen zwei Punkten entspricht etwa einer Nominalloohnerhöhung von sieben%.

3. Nochmals zur Erinnerung die Steuerminderung, wie sie sich nach jetziger Rechtslage für 1988 ergeben würde ohne die angekündigten Maßnahmen.

4. Zur genaueren Betrachtung dieselbe Rechnung wie in Spalte eins, aber für einen kleineren Ausschnitt der Einkommensskala sowie ergänzt um die Kurve, wie die Reform 1990 wirken würde ohne Streichung der genannten Freibeträge.



Kinofilm Schimanski „Zabou“

Die Werbewirtschaft zahlt's: Polizeikommissar ungehemmt



Die Bild-Zeitung spendet Beifall

Die Produzenten des Schimanski-Kinofilmes, die CSU-nahe Bavaria-Film und der Westdeutsche Rundfunk (WDR), sind beim bewährten Muster geblieben. Der Kriminalbeamte, gewöhnlich ja keine Identifikationsfigur fürs Publikum, kommt in eine Situation, in der er plötzlich auf der anderen Seite erscheint, nicht als derjenige, der zur Sicherung der Rechtsordnung verfolgt, sondern als einer, hinter dem die „Bullen“ her sind. Schimanski wird diesmal mit Haftbefehl gesucht, ab und zu auch gefunden, weil ein Barbesitzer mit der Dienstwaffe Schimanskis erschossen aufgefunden wurde. Der so ähnlich bereits im ersten Film angewandte Trick erlaubt, Schimanski mit rücksichtsloser Brutalität vorgehen zu lassen, so daß im Vergleich sein schlipstragender Kollege als von Legalitätserwägungen gehemmter Trottel erscheint und man die uniformtragende Truppe für lauter Feiglinge halten muß. Das in Schlaglichtmanier skizzierte Umfeld – kaputtes Ruhrgebiet, Jugendliche ohne Zukunft, Rauschgift-händler mit dem Gehabe von Aufsichtsräten eines Großkonzerns –, all das dient nicht etwa zur Kritik an gesellschaftlichen Umständen, sondern bloß zur gefühlsmäßigen Untermalung der reaktionären Ideologie von dem einen Helden, der trotz allem sauber

bleibt, und was noch wichtiger ist, der da für Sauberkeit sorgt. Das Motiv zur Verbrecherjagd scheint edel, weil nicht aus Interessen der Ausbeuterordnung stammend, sondern aus dem sogenannten Privaten gezogen. Der Polizist Schimanski will die junge Frau aus dem Rauschgiftsumpf und Bordellmilieu retten, weil er für sie – als er noch mit ihrer Mutter befreundet war – einst väterliche Gefühle hegte. Im gewöhnlichen Leben wäre die nun dargestellte inzestöse Beziehung ein schwerer Fall des Mißbrauchs stiefväterlicher Gewalt, hier aber ergänzt sie bloß das Bild eines Helden, den gesellschaftliche Hemmschwellen bei der Verfolgung der als gerecht unterstellten Sache nicht hindern dürfen. Das als Rettungsaktion für gefallenen Engel motivierte Zur-Strecke-Bringen der Bösen endet melodramatisch – das Mädchen ist nämlich das Haupt der Rauschgifthändler, sie lockt Schimanski immer wieder in die Falle, bringt's jedoch nicht ganz übers Herz usw. und erschießt sich am Ende selbst. Die „private Tragödie“ läßt den Helden Schimanski noch einmal so recht als einen erscheinen, dem im Leben auch nichts geschenkt wird. Aber Recht und Ordnung sind auf jeden Fall hergestellt, in jeder Hinsicht. Der schlipstragende Kollege haut Schimanski auf die Schulter und ein weite-

rer Schritt nach oben auf der Karriereleiter ist dem Kommissar sicher. Bleibt als ein wohl neuer Vorgang auf dem Filmmarkt noch zu vermerken, daß dieses reaktionäre Propagandamachwerk für Polizeiwillkür direkt von

einigen Kapitalisten gesponsert wurde. Sie zahlten Produktionszuschüsse für mit den Werbeabteilungen abgesprochene Szenen, in denen Schimanski deutlich sichtbar ihre Produkte lutscht. – (alk)

Kinofilm „Mosquito Coast“

Parabel vom erfolglosen Auswandererdasein

Die Geschichte des Films „Mosquito Coast“, der gegenwärtig in zahlreichen Kinos läuft, wird vorgestellt als Familienrührstück: Da nimmt eine Familie aus den USA – er Maschinenschlosser auf einer Farm, sie ganz Mutter von drei Kindern – eines Tages Reißaus. Aus Furcht vor einem drohenden Krieg ebenso wie aus Ärger über einen angeblich allgemeinen Verfall „amerikanischer Werte“ ziehen sie nach Südamerika. Dort landen sie in einem heruntergekommenen Dorf irgendwo in einem Urwald. Der mit vielen sympathischen Zügen dargestellte Familienboß (er haßt zum Beispiel Missionare) treibt seine Familie und die anderen Bewohner des Dorfes zur Arbeit, und binnen kurzem entsteht ein Dorf, wo es ungefähr so idyllisch zugeht wie auf einem Gutshof zwischen Herrschaft und Gesinde. Das Projekt scheitert, weil die Dorfbewohner flüchten und kurz darauf auch noch eine riesige Gefrieranlage, mit der der Maschinenschlosser im Urwald einen Eishandel aufziehen will,

explodiert. Um seine Familie von der Rückkehr in die USA abzuhalten, erfindet er die Mär, die USA seien inzwischen infolge Krieges atomar verseucht. Damit zieht er sich die Empörung seiner Kinder zu, und am Ende wird er von einem reaktionären US-Missionar umgebracht. Die Familie reist zurück. Daß er auf diese Weise abräut vom Aus-



wandern und von damit verbundenen Siedlerhoffnungen, ist vielleicht das einzig Vernünftige an dem mit viel Familienschmus vollgestopften Film. – (rül)

Fernsehdokumentation in WDR III

Esten in der BRD – „Heimat oder Exil?“

Fühlen sich die Esten in der BRD noch im Exil? Karel Siniveer stellte diese Frage für den WDR Mitgliedern des Zusammenschlusses der Esten in Münster. Den Autor interessiert offensichtlich, ob die Esten in der BRD für eine Politik gegen die Sowjetunion zu gebrauchen sind. So fragt er Mit-

glieder des Chors (der sich im „Haus des deutschen Ostens“ in Düsseldorf trifft) nach dem politischen Aspekt der Zusammenkünfte. Antwort: Wir wollen ein freies Estland in unserer Heimat werden. Der Sprecher: Das Lied ist also auch eine Waffe. Der Este gibt sich bedeckt: Wir dürfen keine Par-

teipolitik machen, wir singen doch unsere Heimatlieder so gern. Offener die Stellungnahme des Vorsitzenden des Zentralkomitees. „Unsere Informationen kommen alle auf Schleichwegen“, „wir verlangen auch eine Selbstbestimmung unserer Heimat“, die bekanntlich von den Russen besetzt sei. „Durch die Kirche im Exil hat die Kirche offensichtlich auch eine besondere Funktion?“ Ein Pfarrer, der estnisch predigt: Gewiß müßte die Kirche ihre Stimme gegen die Unterdrückung der

evangelischen Kirche bei der Erziehung der Jugend in der estnischen Sowjetrepublik erheben. Die evangelische Kirche kritisiere die zu große Kompromißbereitschaft der Kirche. Die Geschichte Estlands wird vom Standpunkt der früheren estnischen deutschen Oberschicht dargestellt, die mit den deutschen Faschisten kollaborierte. Die Gründung der Estischen SSR durch eine demokratische Staatsduma 1940 wird als Einmarsch der Roten Armee behandelt. – (düb)

Fernsehen

Juden, die vor dem Faschismus in die USA flüchteten

Zur „Woche der Brüderlichkeit“ sendete das ZDF am 10.3. Manfred Kirchheimers Film „Wir waren so beliebt“. Zur Sprache kommen die Erfahrungen von Juden aus Deutschland und Österreich, die vor dem deutschen Faschismus ins Ausland flüchteten und jetzt im New Yorker Stadtteil Washington Heights wohnen. Kirchheimer, der mit seinen Eltern 1936 emigrierte und dort aufwuchs, führt Gespräche mit Menschen, die er seit langem kennt, mit Familienmitgliedern, Schulfreunden und Bekannten. Sie setzen sich teils zum erstenmal öffentlich mit der Frage auseinander, warum die Juden selber nicht mehr Widerstand leisteten und welche Konsequenzen sie daraus ziehen. Eine Frau sagt, daß sie zwar heute frühere Freunde, die ihr nicht auf der Straße ausgewichen sind, besuchen kann, kritisiert aber, daß andere einfach leugnen, daß sie damals die Faschisten unterstützt haben. Selbstkritisch bemerkt sie: „Wir haben die Sozialistische Partei (ZDF-Übersetzung) nicht unterstützt, sondern die Kapitalisten und Hitler.“ Ein Freund erklärt, daß er die Politik der US-Regierung nicht teile und Befehlsstrukturen, die blinden Gehorsam verlangen, ablehne. Er hat Deserteure, die nicht im Vietnamkrieg verheizt werden wollten, unterstützt.

Kirchheimer läßt eine Frau zu Wort kommen, die erklärt, sie würde sich nie wieder zur Schlachtbank führen lassen, sondern eher ihre Unterdrücker umbringen. Kirchheimer, der lange westdeutsche Waren in den USA boykottierte, hat die Hoffnung, daß die Jugend in der BRD gegen eine ungerechte Staatsmacht kämpft. Diese Meinung hat er durch zwei Besuche in der BRD gewonnen. Insgesamt greift der Film die von der herrschenden Klasse in der BRD erhobene Forderung an, die Juden müßten zur Versöhnung in dem Sinne bereit sein, daß sie die ganze deutsche Geschichte einschließlich der Herrschaft des Faschismus als ihre deutsche Vergangenheit hinnehmen und so Opfer bleiben. – (anl)



Aids

Die Propaganda der Bildzeitung und das Regierungsprogramm

Im Frühsommer vorigen Jahres, nach Berichten vor allem aus den USA war schon gewiß, daß die Aids-Erkrankung auch in Westeuropa eine sehr große Zahl von Menschen erfassen würde, sah und ergriff die Bildzeitung die Möglichkeit, einschneidend auf die öffentliche Meinung zu wirken. Die jetzt gefaßte Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP enthält als größten Etatposten „Aufklärungsmaßnahmen“ und als nächstgrößten „Großmodell Gesundheitsämter“. Das Programm steht unter der Losung: „Aids darf nicht uns, wir müssen Aids besiegen, Aids-Offensive der Bundesregierung“. Mit diesem Programm stellt sich die Bundesregierung auf den Standpunkt der Gesunden, die vom Staat vor Infektion zu schützen seien. Bei Ausgreifen der Erkrankung ergibt sich vom diesem Standpunkt aus die Notwendigkeit der Isolierung und als nächster Schritt der Vernichtung von Infektionsherden. Wie geht es zu, daß ein solches Programm in der Öffentlichkeit als eher gemäßigt angesehen wird? Dafür sind Fehlurteile verantwortlich, die von der Bildzeitung besonders unverfroren verbreitet werden, aber auch anderswo anzutreffen sind.

Erstens vermennt die offizielle Hetze systematisch Ursache und Ausbreitungsweg der Erkrankung. Plötzlich gilt das Sexualverhalten als Ursache. Dabei weiß doch jeder, daß sich die Menschheit schon lange „sexuell verhält“, während die Krankheit, zumindest mit dieser Verlaufsform, geschichtlich nicht bekannt ist. Also ist entweder der Erreger neu entstanden, ein Fall, der vorher noch nicht bekannt geworden ist, oder die Anfälligkeit des Menschen hat sich geändert; eine Ansicht, die in dieser Zeitschrift mehrfach geäußert wurde und für die spricht, daß solche Änderungen der Widerstandskraft für Ausbreitung und Verlauf praktisch aller erforschten Massenerkrankungen als wesentliches Moment nachgewiesen sind. Aber eine Gesellschaft, in der Luft, Licht, ausreichende und gesunde Nahrung und Wohnung Privilegien sind und in der gerade der Mangel an so schlichten Grundbedürfnissen als ökonomische Peitsche benutzt wird, die Leistung hervortreibt, wird alles tun, damit die Todesangst, die von Aids ausgelöst wird, nicht in eine Kritikbewegung umschlägt.

Bild näherte sich dem Job durch breite Darstellung von Infektionswegen, der konkrete Akt der Infektion erscheint im Einzelnen vermeidbar und der Unsinn, das Gattungsverhalten des Menschen könne vom Einzelnen ganz nach Belieben gestaltet werden, erscheint als einleuchtend. Dabei sind die ersten massenhaften Opfer männliche und weibliche Prostituierte gewesen, Menschen, die in ihrem Sexualverhalten sehr unfrei, einer durch Kauf nur schwach verhüllten, dauernden Vergewaltigung unterliegen. Könnten sie ihr Sexualverhalten auf einen guten Rat hin ändern, schon lange hätten sie es getan. Sie sind in ihre Lage durch gesellschaftliche Zwänge geraten und werden durch Zwänge in ihr festgehalten. An diesem Beispiel sieht man schon, wie das Problem gelagert ist. Ziel des Schwindels war auch nicht die Änderung des Sexualverhaltens, sondern die Idee von Aids als einer selbstverschuldeten Erkrankung. Aids kriegt man nicht, Aids holt man sich...

Aids holt man sich? – Aids kriegt man gebracht, das ist ganz logisch das nächste, und der aufmerksame Bildzeitungsleser konnte den Sommer über verfolgen, wie das Blatt versuchte, Racheaktionen von Infizierten auszulösen. Dies gelang nicht, und es ist den unglücklichen Erkrankten zu danken, daß sie sich zu solchen Reaktionen nicht hetzen ließen und ihre Menschenwürde behaupteten. Geblieben ist in der öffentlichen Meinung jedoch ein Schutzbedürfnis der noch Gesunden vor Infektion. Denn so löst sich der Gegensatz von Doktrin, die sagt, Sexualverhalten sei frei und änderbar, und praktischem Wissen, daß dies nicht geschehen

wird, ja zwanglos auf: die Erkrankten isolieren und die Gesunden vor Ansteckung schützen. Die CDU-, CSU- und FDP-Programme zielen nicht auf eine Änderung der Sitten, sondern formulieren den Anspruch betuchter Herren auf gesunde Huren. Ja, hier ist der Staat gefordert, hier kann der Bürger mitwirken, so läßt sich Aids besiegen! Das Aussonderungs- und Isolierungsprogramm der Regierung beruht auf der Zerstörung der Solidarität, die in Sachen Aids bereits erfolgt ist. Die Idee der Selbstverschuldung, der Vermeidbarkeit der Infektion usw. hat sich fest an die Stelle des Anspruches auf Pflege und Heilung gesetzt. Die Solidarverantwortung der Gesellschaft fällt und damit verschließt sich der Zugang zum Problem. Eine Gesundheitsversorgung, die nicht fragen darf: wieso diese Krankheit jetzt? und die angesichts der Kranken nicht fragt, wie sie gesunden können, wird bei der un menschlichen und unwirksamen Isolierungsforderung verharren. Aids, so viel kann und sollte ruhig auch jeder Laie sagen, ist ein Produkt dieser Gesellschaft, die Seuchen produziert, weil sie den Menschen verachtet und ihm das nötige nicht gönnt. – (maf)

KG (NHT)

Betrifft: „Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf“

Die „Politischen Berichte“ hatten in der Ausgabe 25/86 gegen Positionen der KG (NHT) betreffend die Außenpolitik der BRD polemisiert („Die Rolle der BRD im internationalen Klassenkampf – Eine Auseinandersetzung mit Positionen der KG (NHT)“). Anlaß für die Polemik war der Kongreß der revolutionären Sozialisten zu den Bundestagswahlen, der schwerwiegende Differenzen in der Beurteilung der imperialistischen Politik der BRD zutage gefördert hatte. Die KG (NHT) schickte uns jetzt einen Leserbrief, den wir abdrucken, nicht nur deshalb, weil die KG (NHT) in dem Artikel direkt angesprochen war, sondern weil die Antwort zumindest in einem Punkt Bewegung in den Positionen erkennen läßt.

Auf dem Kongreß hatten die KG (NHT)-Vertreter in der Arbeitsgruppe „Außenpolitik der BRD“ den Vorschlag abgelehnt, im Bundestagswahlkampf eine gemeinsame Propaganda gegen die imperialistische Politik der BRD unter Losungen wie „BRD raus aus der NATO“ oder „Für die uneingeschränkte völkerrechtliche Anerkennung der DDR und aller Nachkriegsgrenzen in Europa“ zu entfalten. Die „Politischen Berichte“ hatten u.a. dies angegriffen. In seiner Antwort darauf vertritt Klaus Lehmann für die KG (NHT), „daß solche demokratischen Forderungen ... unterstützt werden müßten“. Zwar bleibt er die Erklärung schuldig, warum die KG (NHT) diese Forderungen bisher nicht unterstützt hat und warum sie sie im Bundestagswahlkampf nicht unterstützen zu können gemeint hatte – niemand hätte sie ja daran gehindert, „darüber hinausgehende“ Positionen zu propagieren. Doch wichtig und ein Fortschritt ist, daß die KG (NHT) die Forderungen nunmehr für unterstützenswert erklärt hat, und wir sind gespannt darauf, welche theoretischen und praktischen Anstrengungen zur Unterstützung sie zukünftig unternehmen will.

Der zweite Teil des Leserbriefes geht auf die Kritik an der einseitigen Theoriebildung der KG (NHT) ein. Die „Politischen Berichte“ hatten kritisiert: „Der methodische Fehler der KG (NHT) besteht darin, daß sie nicht erkennt, daß die Geschichte aller Gesellschaft die Geschichte von Klassenkämpfen ist. So begreift sie nicht, daß die Politik der BRD auch und ganz wesentlich bedingt ist durch den Kampf der Klassen in der BRD und ihr Kräfteverhältnis.“ Der Autor des Leserbriefes bestätigt die Kritik. Treuherzig versichert er,

daß die KG (NHT), wenn sie erst einmal die Politik der BRD analysiert habe, bei einem der nächsten Schritte auch untersuchen wolle, wie diese in den konkreten Klassenkämpfen wurzelt. Wie die KG (NHT) begründen will, daß man die imperialistische Politik bzw. Strategie „rein“, d.h. unter Absehung von den Klassenwidersprüchen und Klassenkämpfen in der BRD wie im Weltmaßstab, erkennen und erklären könne, verrät sie nicht. Tatsächlich versucht sie im wesentlichen, die Politik der Imperialisten danach zu beurteilen, wie sie sich darstellt – wenn also westdeutsche Regierungen sagen, sie wollten den Frieden, behauptet die KG (NHT), die Bourgeoisie sei nicht auf Kriegskurs; wenn EG-Vertreter behaupten, die EG wolle die Länder der Dritten Welt fördern, dann glaubt die KG (NHT) das ... Ob sie auf diese Weise jemals zu den „Wurzeln“ vorstößt? – (scc)

Der Artikel der Gen. chc, huh, scc erscheint mir insgesamt sehr begrüßenswert, weil er konkret auf die Positionen der KG (NHT) eingeht und die Frage des wissenschaftlichen Herangehens an revolutionäre Theoriebildung aufwirft. Er enthält jedoch ein paar falsche bzw. mißverständliche Wiedergaben von KG (NHT)-Positionen, um deren Richtigstellung es mir in dieser Antwort geht; zum anderen enthält mein Text eine kurze Entgegnung zur Kritik der Autoren am Theorieverständnis der KG (NHT).

I. Richtigstellungen

1) In dem Artikel wird behauptet, die Positionen der KG (NHT) auf dem Kongreß der revolutionären Sozialisten (Nov. '86) ließen nur den Schluß zu, „daß ihre Verfechter die Losungen (BRD aus der NATO; DDR-Anerkennung; Nein zu SDI und EUREKA etc.) ... schlichtweg für falsch halten“. Dies ist unzutreffend: Die Vertreter der KG (NHT) fanden die *besagten Losungen nicht falsch*. Im Gegenteil vertraten wir die Ansicht, daß solche demokratischen Forderungen (wie sie auch die GRÜNEN vertreten) *unterstützt* werden müßten. Wir waren allerdings der Meinung, daß ein Kongreß revolutionärer Linker gerade die Funktion haben müsse, die *darüber hinausgehenden inhaltlichen Differenzen* herauszuarbeiten, um einer gemeinsamen Programmdebatte näherzukommen, und daß insoweit die Verabschiedung eines „Sammelsuriums“ von Parolen kleinsten Nenners uns in unseren spezifischen Aufgaben keinen Deut weiter bringt.

Die KG (NHT) sind daher in keiner Weise „Gegner einer gemeinsamen Politik gegen den Imperialismus“ (!), sondern haben nur andere Vorstellungen, wie eine dazu erforderliche revolutionäre Partei aufzubauen sei.

2) Die Gen. schreiben (bezugnehmend auf meinen Aufsatz „Die Achse BRD – Frankreich ...“, AzD 35): „Man kann diese Ausführungen nur dahingehend verstehen, daß die KG (NHT) jenen innerimperialistischen Gegensatz (USA – Westeuropa – K.L.) innerhalb der NATO für absolut hält ...“ (S. 38) Dies ist überinterpretiert; in dem betreffenden Aufsatz steht – was die Gen. auch vorher selbst wörtlich zitieren – „... gleichzeitig läßt sich der innerimperialistische Gegensatz erkennen ...“ (Hervorhebung K.L.) Es ging mir darum, deutliche *Entwicklungstendenzen aufzuzeigen* und nicht vorschnell zu behaupten, welcher Widerspruch der hauptsächlichste sei!

3) Geklärt werden muß weiterhin das Mißverständnis in der Frage der Haltung der BRD zur friedlichen Koexistenz. Der Darstellungsgang der BWK-Gen. verläuft so: a) Die friedliche Koexistenz ist „eine Politik der internationalen Einheitsfront gegen imperialistische Expansion und Kriegsvorbereitung ...“, die davon ausgeht, daß die imperialistischen Staaten durch den Kampf der arbeitenden und unterdrückten Klassen zur Anerkennung der Forderungen der friedlichen Koexistenz gezwungen werden müssen“; (S. 36)

b) die KG (NHT) setzen die friedliche Koexistenz quasi gleich mit Entspannungspolitik; c) die KG (NHT) erklären diese Politik sogar zum *Wesen* des westdeutschen Imperialismus.

Zu a) habe ich keinen grundsätzlichen Widerspruch, wohl aber zu den anderen beiden, zusammenhängenden Punkten. Die KG (NHT) erklären die friedliche Koexistenz keineswegs zum *Wesen* irgendeines Imperialismus! Es existiert keine allgemein verbindliche Meinung der KG (NHT). Der reale Stand der Diskussion ist folgender: Ein einzelner Autor – K. Lehmann – hat die derzeitige Entspannungspolitik der westdeutschen Bourgeoisie mit der friedlichen Koexistenz in Verbindung gebracht. Dies wird auch von den BWK-Gen. selbst zitiert: „Es hat sich als ganz richtig erwiesen, daß Teile der imperialistischen Bourgeoisien *für die friedliche Koexistenz sind ...*“ (Hervorhebung K.L., nach AzD 38, S. 79). Wie ist diese These zu verstehen?

Die Entspannungspolitik ist eine bestimmte Variante imperialistischer Expansionsstrategie, die eine Ausdehnung westdeutschen Einflusses mit nichtmilitärischen (ök., dipl.) Mitteln zum Ziel hat; dies ist bis dahin auch Position mehrerer KG-Autoren/-innen. K. Lehmann sagt darüber hinaus in seinen eigenen Ausführungen, daß es den jetzigen historischen Interessen des westdeutschen Kapitalismus entspricht, sich im Rahmen der Entspannungspolitik auf die Einhaltung grundsätzlicher Forderungen der friedlichen Koexistenz einzulassen. D.h. ein imperialistischer Staat kann es u. Umst. für klug befinden, während einer strategischen Phase die *Prinzipien friedlicher Koexistenz* gegenüber sozialistischen/anti-imperialistischen Kräften *im Sinne eines Burgfriedens zu respektieren*. Dies macht die friedliche Koexistenz sicherlich nicht zu seinem *Wesen*!

II. Zur Frage der revolutionären Theoriebildung (BWK-Artikel S. 39)

Der erste Vorwurf an die KG-Autoren ist der, Tatsachen in eine „fertige Theorie“ zu pressen. Dazu sei nur kurz erwidert: Die KG (NHT) gehen gerade nicht davon aus, eine fertige Theorie zu besitzen, sondern halten *deren Erarbeitung für die zentrale Aufgabe* der revolutionären Sozialisten! Hierzu gehört auch eine Analyse des Standes der nationalen und internationalen Klassenkämpfe; soweit ist den Gen. völlig zuzustimmen. Nach Aussage des BWK begreifen die KG (NHT) – der zweite Vorwurf – nicht die Klassenkämpfe als Motor der Geschichte. Diese These wird dadurch unterstrichen, daß die KG die BRD-Strategie losgelöst von den inneren und äußeren Widersprüchen betrachten würden.

Antwort: Der Versuch von KG-Autoren, die gegenwärtigen Strategien der kapitalistischen Staaten zu erkennen und in ihrem Beziehungsgeflecht darzustellen, ist ein *erster wichtiger Schritt* in Richtung Imperialismusanalyse. Wie diese Strategien in den konkreten Klassenkämpfen bzw. ökonomischen Beziehungen wurzeln und wiederum auf diese zurückwirken, gehört zu den nächsten Schritten/Untersuchungsfeldern.

Der methodische Fehler liegt m.E. bei den BWK-Gen.: Sie versuchen nicht, die Strategien der imperialistischen Mächte *in ihren Besonderheiten zu analysieren*, sondern versuchen aufgrund zahlreicher Einzelfakten (die man sehr verschieden interpretieren kann, wie die Debatten um Faschisierung, Ostpolitik, Libyen etc. gezeigt haben), den gemeinsamen militärischen Dauerappetit aller kapitalistischen Staaten nachzuweisen. Hierbei scheint mir allerdings tatsächlich etwas wie eine „fertige Theorie“ zu bestehen, die den dialektischen Zugang zur Realität versperrt. – Zur Verdeutlichung meiner These zwei Beispiele:

1) Über der Feststellung, daß England und Frankreich militärische Aggressionen in Ländern der 3. Welt unternahmen (Malween, Tschad), übersehen die Gen. den Unter-



Militärische Aggressionen von EG-Ländern seien die Ausnahme, schreibt die KG (NHT).

schied zwischen Ausnahme und Regel. Niemand behauptet, daß derzeit keiner der EG-Staaten jemals zu militärischen Einsätzen greifen würde: Es wird lediglich gesagt, daß die *Hauptlinie* westeuropäischer kapitalistischer Außenpolitik gegenwärtig nicht auf *Unterwerfung*, sondern auf *Durchdringung ohne außerökonomischen Zwang* angelegt ist. – Daß diese beiden Arten imperialistischer Politik auch ergänzend verlaufen oder ineinander umschlagen können, ist für Marxisten unstrittig; dies darf aber nicht dazu berechtigen, sie ständig in einen Topf zu werfen und dadurch die jetzt bestehenden Verhältnisse zu verwischen.

2) Die Frage, warum die Bundeswehr Tropenanzüge und winterfeste Unterhosen anschafft oder warum sie defensive wie offensive Übungen (ABL) durchführt, ist keineswegs lächerlich. Diese Fakten zeigen das Bestreben der westdeutschen Bourgeoisie, ihre Armee kontinuierlich auf alle Arten moderner Kriegsführung vorzubereiten (eine Erscheinung, die man jedoch auch in den Staaten des Warschauer Paktes antrifft); sie sagen aber nichts darüber, welche Strategie den Interessen der Bourgeoisie am besten entspricht. Würden wir stets *von den militärischen Möglichkeiten und Potentialen* direkt auf *Kriegsabsicht* schließen, wäre jegliche differenzierte Analyse unmöglich. In der Realität liegen die Dinge bedeutend komplizierter, als es oftmals in den Texten der BWK-Genossen erscheint: Es geht um die außenpolitische Strategie, die in erster Linie konzentrierter Ausdruck der (z.T. recht unterschiedlichen) nationalen Kapitalinteressen ist, die diese Kapitalfraktionen auch langfristig einbinden muß; diese *Gesamtstrategie* entscheidet darüber, *wie, wann, in welchem Ausmaß bzw. ob überhaupt* der Einsatz der verfügbaren militärischen Potentiale für die gegenwärtigen historischen Interessen der herrschenden Klasse opportun ist.

Die Liste der Beispiele soll hier nicht verlängert werden; auf den Punkt gebracht geht es darum: Hinter den Thesen der BWK-Gen. sehe ich eine „fertige“ Auffassung, nämlich: Ziel aller Politik kapitalistischer Länder ist *letztendlich*, den Teil der Erde wiederzuerobern, in dem heute der „Sozialismus“ herrscht. Diese Position scheint mir verkürzt; sie erfaßt nicht ausreichend die Ambitionen und Möglichkeiten des Kapitals. Zunächst kann in diesem Zusammenhang auf den florierenden Handel mit der 3. Welt wie auch mit den realnichtsozialistischen Staaten hingewiesen werden; zur tiefergehenden Klärung dieser Fragen ist m.E. allerdings eine politökonomische Diskussion der Bewegungsgesetze des Kapitals erforderlich. – (Klaus Lehmann, KG (NHT))

Südafrika / Azania: Interview mit Vertretern von CUSA / AZACTU

„Wir sind beauftragt zu sagen, daß wir die Apartheid beseitigen wollen, was es auch kosten mag“

Im Oktober 1986 schlossen sich die beiden südafrikanischen Gewerkschaftsbünde CUSA und AZACTU zu einer Föderation zusammen. Anfang März besuchten zwei Vertreter von CUSA/AZACTU, Generalsekretär Piroshaw Camay und sein zweiter Stellvertreter Mahlomola Skhosana Großbritannien, Belgien und die Niederlande, um die Kontakte zu den

Gewerkschaften und der Solidaritätsbewegung zu vertiefen. Eine ebenfalls geplante Einreise in die BRD und nach Italien hatte ihnen das rassistische Regime durch eine Beschränkung ihrer Pässe bei der Ausreise verwehrt. Das folgende Interview mit P. Camay und M. Skhosana wurde von der Redaktion gekürzt. – (rül)

„Führung durch die schwarzen Arbeiter“

Politische Berichte: Welche Ziele verfolgt CUSA/AZACTU, wie viele Mitglieder hat euer Gewerkschaftsbund?

P. Camay: Um deine zweite Frage zuerst zu beantworten: Wir haben 250000 zahlende Mitglieder und 420000 eingetragene Mitglieder. Das sind Mitglieder, für die wir noch keine Tarifverträge abschließen konnten, sie zahlen keine Beiträge. Die Grundsätze der neuen Föderation sind eine Mischung aus Grundsätzen der alten CUSA-Föderation wie der AZACTU-Föderation. Der erste Grundsatz ist: „Arbeiterkontrolle“. Damit meinen wir, daß die Arbeiter die Angelegenheiten der Föderation auf allen Ebenen kontrollieren und lenken sollen. Auf allen Ebenen der Föderation, angefangen von der lokalen Ebene über die regionale Ebene bis zur Zentrale stellen Delegierte der Arbeiter in allen Strukturen die Mehrheit. Zwei Drittel der Mitglieder jedes Organs der Gewerkschaft müssen Delegierte der Arbeiter sein. Die Macht der Funktionäre ist auf diese Weise begrenzt.

Der zweite Grundsatz, auf den wir uns geeinigt haben, ist der Grundsatz der Führung durch die schwarze Arbeiterklasse. Nun könnte der Ausdruck „schwarz“ als rassistisch interpretiert werden, speziell im südafrikanischen Zusammenhang. Deshalb müßt ihr verstehen, wie wir den Ausdruck „schwarz“ benutzen. Wir benutzen diesen Ausdruck, um alle unterdrückten und ausgebeuteten Menschen unseres Landes einzuschließen, d.h. die sogenannten „afrikanischen“, die farbigen und die indischen Arbeiter unseres Volkes. Ebenso sagen wir, daß die Arbeiterklasse den Kampf führen muß. Wir definieren dabei Klasse als eine Gruppe von Menschen, die eine ähnliche Lebensgrundlage und eine ähnliche gesellschaftliche Stellung innehaben und ähnliche Ziele vertreten. Nach diesen Maßstäben haben die weißen Arbeiter politische Macht und die politische Kontrolle sowohl über die Ökonomie wie über die politischen Strukturen. Es ist deshalb für uns sowohl intellektuell wie praktisch unmöglich, sie in unsere Definition der Arbeiterklasse einzuschließen. Im Zusammenhang mit dieser Frage haben wir auch

akzeptiert, daß weiße Arbeiter und Mitglieder der sogenannten „weißen Gemeinschaft“ sich an unserem Kampf vielleicht beteiligen wollen. Unsere Haltung solchen Leuten gegenüber ist ganz klar: Sie sollen der Gewerkschaft an der Basis beitreten, sie sollen Teil des Proletariats werden, sich an seinem Kampf beteiligen und sich mit unserem Kampf identifizieren.

Der dritte Grundsatz, auf den wir uns geeinigt haben, ist: Kein Anschluß an politische Organisationen. Dies in erster Linie deshalb, weil es eine Vielzahl verschiedener politischer Strömungen innerhalb des Landes gibt, und weil wir allen diesen Strömungen auch innerhalb unserer Föderation entgegenkommen wollen. Wir glauben, daß keine politische Organisation ein Monopol auf den Befreiungskampf hat, und wir sind diesbezüglich zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Verbindung zu irgendeiner politischen Organisation auf dieser Stufe unseres Kampfes nur bestimmte Probleme schaffen würde.

Der nächste Grundsatz, für den wir uns entschieden haben, ist der Grundsatz strikter finanzieller Rechenschaft und Kontrolle innerhalb der Gewerkschaft.

Wir respektieren die Unabhängigkeit jeder Gewerkschaft innerhalb der Föderation. Das ist unser nächster Grundsatz. Jede Gewerkschaft in unserer Föderation kann unabhängig über Aktionen beschließen, sie ist nur gebunden durch die Prinzipien, die die Föderation sich gegeben hat.

Wir haben entschieden, daß wir gegen Imperialismus, Sexismus und Diskriminierung in jeder Art sind. Und schließlich haben wir uns verpflichtet, für ein Programm vollständiger Sanktionen zu kämpfen, solange das rassistische Minderheitenregime in unserem Land besteht.

Politische Berichte: Die unabhängigen schwarzen Gewerkschaften Azanias haben in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht im Kampf gegen das rassistische Regime. Was ist in Euren Augen der wichtigste Fortschritt?

P. Camay: Unser wichtigster Grundsatz ist, immer für die Einheit der Arbeiterklasse einzutreten. Auf der CUSA-Konferenz 1982 entschieden wir, eine starke Gewerkschaft der Berg-

arbeiter aufzubauen, die die am meisten ausgebeuteten Arbeiter sind. Wir bauten diese Gewerkschaft von den ersten Anfängen auf, und der Erfolg dieser Gewerkschaft heute ist ein Ergebnis der Saat, die wir 1982 säten. Wir haben wesentliche Fortschritte beim Aufbau einer Gewerkschaft der Landarbeiter gemacht. Im wesentlichen haben wir dies erreicht durch eine Organisation von Arbeitern in verschiedenen Märkten und in den Zentren des sogenannten „Agribusiness“-Sektors, auf Pilzfarmen zum Beispiel. Durch diese Form von kollektiven Aktionen waren wir in der Lage, uns auszubreiten und auch in den ländlichen Gebieten mit der Organisation von Farmarbeitern zu beginnen. Auf diesem Gebiet bleibt jedoch noch eine enorme Arbeit zu tun. Innerhalb der CUSA/AZACTU gibt es zwei Gewerkschaften, die sich auf die Organisation von Hausangestellten konzentrieren. Eines unserer vorrangigen Ziele in diesem Jahr ist es, sicherzustellen, daß sich diese beiden Gewerkschaften zu einer starken Gewerkschaft der Hausangestellten vereinigen.

„Wir wollen die Apartheid-Wirtschaft lahmlegen“

Politische Berichte: Gibt es in Südafrika so etwas wie Mindeststandards für Löhne, eine maximale Arbeitszeit pro Tag, einen Mindesturlaub und Sozialversicherungsschutz für schwarze Arbeiter, und was sind Eure Ziele in dieser Hinsicht?

P. Camay: Gegenwärtig haben wir an alle Gewerkschaften die Losung ausgegeben, die 40-Stunden-Woche anzustreben und die Mindestlöhne so hoch wie irgend möglich anzuheben. Das ist natürlich abhängig von den Umständen der jeweiligen Region und Branche. So sind zum Beispiel die Löhne in der chemischen Industrie vergleichsweise hoch, wegen der Kapitalstruktur dieser Industrie, während die Löhne in der Nahrungsmittelindustrie ziemlich niedrig sind. Wir wollen deshalb speziell bei Nahrungsmittel-Unternehmen eine Anhebung der Mindestlöhne erreichen. In den Lohnverhandlungen versuchen wir stets, sicherzustellen, daß die höheren Lohngruppen eine prozentual geringere Lohnerhöhung bekommen und die unteren Lohngruppen eine prozentual höhere. So streben

wir gegenwärtig in der Wein- und Alkoholgetränke-Industrie eine Lohnerhöhung von 35 Rand für alle an. In den unteren Lohngruppen bedeutet das eine Erhöhung von ca. 45%, während die prozentuale Erhöhung in den höheren Lohngruppen, wo die Leute bis zu 800 Rand im Monat verdienen, offensichtlich geringer ausfallen würde. Bei der Sozialversicherung und beim Urlaub haben wir ebenfalls wichtige Erfolge erzielt. In der chemischen Industrie haben wir eine weitreichende Vereinbarung für Schichtarbeiter erzielt. Bei ICI konnten wir ein Abkommen erreichen, wonach Arbeiter in Kontschicht nach der Nachtschicht-Periode fünf Tage frei haben, bevor die nächste Tagschicht beginnt. Dies erlaubt den Leuten, ihren persönlichen Bedürfnissen etwas nachzugehen, was ihnen während der Zeit kontinuierlicher Schichtarbeit nicht möglich ist. Bezüglich des Urlaubs waren wir sehr erfolgreich bei der Durchsetzung des 1. Mai als bezahlter Urlaubstag. Dafür haben wir seit 1981 gekämpft. Die ersten Feiern des 1. Mai unter den Fahnen der CUSA wurden 1981 durchgeführt. In der Wein- und Alkoholgetränke-Industrie erreichten wir bereits 1984, daß der 1. Mai ein bezahlter Feiertag ist.

Politische Berichte: Die imperialistischen Regime in Westeuropa und den USA, die Hauptstützen des Regimes, wehren sich heftig gegen jede Forderung nach Wirtschaftsboykott gegen das rassistische Regime. Ihr dagegen fordert einen umfassenden Wirtschaftsboykott gegen Südafrika. Welche Ziele verbindet ihr damit? Und was ist Eure Antwort auf die reaktionäre Demagogie, wonach solche Sanktionen angeblich vor allem die schwarzen Arbeiter treffen?

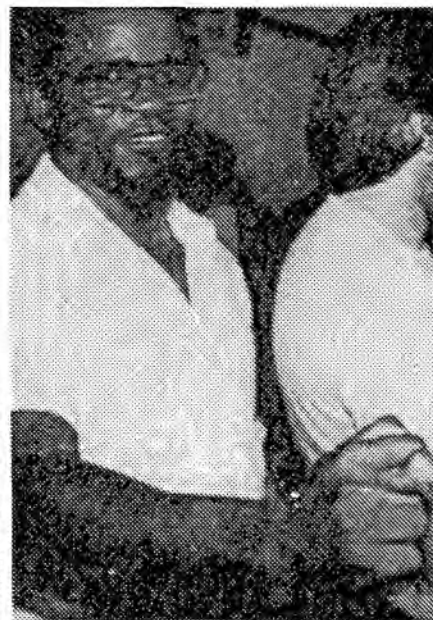
P. Camay: Zuerst die Antwort auf deine erste Frage. Wir haben innerhalb der CUSA unsere Haltung zu Sanktionen seit 1982 debattiert. Im Dezember 1984 hat eine Sitzung des Exekutivkomitees von CUSA stattgefunden. Auf dieser Sitzung, die von Mahlomola Skhosana geleitet wurde, weil ich zu der Zeit gerade erst aus der Haft gekommen war, wurde ein Beschlußantrag eingebracht, für Wirtschaftsanktionen Stellung zu beziehen. Dieser Antrag beruhte auf einer Konferenz, die einen Monat vorher stattgefunden hatte. Diese Position für wirtschaftliche Sanktionen wurde dann sowohl innerhalb der CUSA wie innerhalb der AZACTU parallel zu den Vereinungsverhandlungen debattiert. Diese Position ist dann bekräftigt worden durch die abschließende politische Resolution bei Gründung unserer Föderation, nämlich daß wir uns verpflichten, für umfassende wirtschaftliche Sanktionen zu kämpfen, solange das Minderheitsregime der Apartheid besteht. Unsere Absicht ist offenkundig: Wir wollen die Apartheid-Wirtschaft lahm-

legen. Ihr müßt dabei wissen, daß Sektion 50 des Gesetzes über die Innere Sicherheit dies zu einem Verbrechen und Wirtschaftssabotage erklärt, wofür wir bis zu zwei Jahre inhaftiert werden können. Aber wir nehmen das auf uns, in erster Linie, weil wir wissen, daß das internationale Kapital sehr sorgfältig und überlegt arbeitet, um die unterdrückerische Apartheid, unter der wir leiden, fortzusetzen. Gerade jetzt zum Beispiel heißt es, mehrere amerikanische Firmen zögen sich angeblich aus Südafrika zurück. In Wirklichkeit gruppieren sie ihre Kapitalbasis um. Sie arbeiten mit Krediten südafrikanischer Banken. Diese Kredite werden von den amerikanischen Unternehmen, die in Südafrika operieren, garantiert. Mit diesen Krediten sind die weißen Mana-

der Austausch nuklearer Technologie und der Austausch von Waffentechnologie sind ebenfalls umfangreich. Wir glauben, daß die Arbeiter in Südafrika uns ein festes Mandat gegeben haben, zu erklären, daß wir die Apartheid beenden müssen, was es auch kosten mag. Wenn wir dafür mit 20 Jahren Gefängnis bezahlen müssen, oder mit dem Hunger von 300000 Arbeitern, die jetzt von den multinationalen Firmen in unserem Land ausgebeutet werden, dann ist das der Preis, den wir bezahlen werden.

**„Wir müssen gemeinsam
Firmen wie BMW und
Daimler-Benz bekämpfen“**

Politische Berichte: In westdeutschen Zeitungen liest man, daß westdeutsche



Links: Mahlomola Skhosana mit der Vorsitzenden der Wäschereiarbeitergewerkschaft, Mrs. Molofe, beim Vereinigungskongreß von CUSA und AZACTU. Rechts: Pandali Nfolovhodwe, erster Stellvertreter des Generalsekretärs, und P. Camay, Generalsekretär von CUSA/AZACTU.

ger dieser südafrikanischen Niederlassungen in der Lage, diese Niederlassungen zu „besitzen“. Sie bekommen eine Frist von fünf Jahren, und mit den Profiten, die sie in diesen fünf Jahren machen, bezahlen sie die Zinsen ihrer Kredite. Nach fünf Jahren werden dann die Kredite von den amerikanischen Multis wieder erneuert.

Nun zum zweiten Teil deiner Frage. Wir haben sehr hart dafür gekämpft, den westdeutschen Arbeitern die Notwendigkeit von Sanktionen bewußt zu machen. Wir wissen, daß der DGB ziemlich zurückhaltend ist, für umfassende wirtschaftliche Sanktionen einzutreten. Zuerst einmal sind wir also auf Widerstand unter den internationalen Gewerkschaften gegenüber unserer Forderung nach Sanktionen gestoßen.

Nach Großbritannien ist die Bundesrepublik der höchste ausländische Investor in Südafrika. Der westdeutsche Handel mit Südafrika ist ziemlich groß,

Unternehmen große Vorteile ziehen aus dem teilweisen Rückzug anderer imperialistischer Firmen aus Südafrika. So soll BASF infolge des „Rückzugs“ von IBM seinen Marktanteil in Südafrika ausgeweitet haben, Daimler-Benz hat sein Kapital in Südafrika erhöht usw. Was ist Eure Erfahrung mit westdeutschen Unternehmen in Südafrika?

P. Camay: Kurz gesagt: Unsere Erfahrungen sind schlecht. Die grundsätzliche Position der westdeutschen Unternehmen ist, daß Apartheid und Rassismus bestehen bleiben können, solange sie in der Lage sind, Profit zu machen. Diesen Profit machen sie auf Kosten der Arbeiter unseres Landes. Firmen wie BASF zum Beispiel verfolgen eine internationale antigewerkschaftliche politische Linie. Im Augenblick helfen wir der US-amerikanischen Gewerkschaft der Öl-, Chemie- und Energiearbeiter bei ihrer Kampagne gegen die

antigewerkschaftliche Politik von BASF in den USA. Wir glauben, daß diese gewerkschaftliche Unterstützung eine Zwei-Bahn-Straße ist, wo wir Unterstützung bekommen können von Arbeitern in anderen Ländern, wo wir aber ebensogut Arbeiter in anderen Ländern unterstützen können. Wir halten es nicht für richtig, imperialistische Tendenzen in einigen Gewerkschaften zu tolerieren, sondern für uns soll gewerkschaftliche Zusammenarbeit eine Zwei-Bahn-Straße sein, bei der Arbeiter in anderen Ländern ebensogut durch unseren Kampf unterstützt werden können. Wenn in Westdeutschland der Widerstand in den Fabriken, die Berichterstattung, der Klassenkampf gegen die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika zunimmt, dann wird man sehen, daß sich die westdeutschen Unternehmen so wie die US-amerikanischen Unternehmen zurückziehen. Wir glauben, der beste und der einfachste Weg dafür ist ein Sanktionsprogramm der EG. Ein solches Sanktionsprogramm sollte nicht Halt machen bei einem Programm, wie es nun der US-Kongress beschlossen hat, einem Programm voller Schlupflöcher. Es müßte wirklich ein Programm umfassender Sanktionen sein.

Politische Berichte: Vor einiger Zeit besuchte Zakes Mofokeng, ein Vertreter der SABMAWU, die Bundesrepublik. Er berichtete damals u.a. über den großen Fortschritt, den ihr bei der Organisation der Arbeiter in den staatlichen ESCOM-Werken gemacht habt, und schilderte, daß dieser Fortschritt noch viel größer sein könnte, wenn die schwarzen Gewerkschaften nicht so großen Mangel an technischen Hilfsmitteln, an Autos, aber auch Geld für Ausbildungsprogramme und ähnliches hätten. Wie hat sich eure Lage in dieser Hinsicht entwickelt, und was erwartet ihr an Hilfe von den westdeutschen Gewerkschaften, von der Solidaritätsbewegung in der BRD?

P. Camay: Die wichtigste Solidarität, die wir erwarten, ist eine moralische Solidarität auf Basis prinzipieller Unterstützung. Ich glaube nicht, daß wir Hilfe akzeptieren würden, wenn sie auf anderen ideologischen Positionen beruhen würde und lediglich auf „Verbesserung“ der Apartheid zielte. Wir wollen, daß die Kräfte, die uns unterstützen, sich verpflichten, die Apartheid vollständig abzuschaffen. Wenn die Leute sich entschließen, den Gewerkschaften zu helfen, sollten sie dies nicht nur verstehen als eine Hilfe für arbeitende Menschen. Sie sollten die weiteren politischen Dimensionen unseres Kampfes klar sehen. Zweitens: Wir sind an mehr Hilfe von Seiten der westdeutschen Arbeiter interessiert im Sinne der „Zwei-Bahn-Straße“, die ich schon erwähnt habe. Wir sehen das als

ein Arrangement, wo wir uns gegenseitig Hilfe leisten, wo unser Kampf eurem Kampf helfen kann und die westdeutschen Arbeiter ermutigt, sich zu organisieren. Wir betrachten dies als einen gegenseitigen Lernprozess.

Von der Solidaritätsbewegung in Westdeutschland erhoffen wir uns eine populäre Unterstützung für unseren Kampf speziell gegen die multinationalen Unternehmen. Wir müssen gemeinsam gegen Firmen wie BMW, Daimler-Benz kämpfen und ihnen das Dasein überall schwer machen, wo sie anzutreffen sind, wo immer sie von Ausbeutung und Unterdrückung profitieren.

Politische Berichte: Das rassistische Regime hat in letzter Zeit seinen Terror gegen das azanische Volk deutlich verschärft. Welche Folgen hatte dies für die schwarzen Gewerkschaften?

M. Skhosana: Noch immer sind tausende von Leuten im Gefängnis. Darunter sind Funktionäre der Gewerkschaften, Vertrauensleute, Mitglieder, Studenten und Schüler, Mitglieder von Wohngebietskomitees usw. Die Gefangenen und ihre Familien werden sowohl von den Gewerkschaften wie von seiten verschiedener Hilfsorganisationen wie den Kirchen unterstützt. Im großen und ganzen ist die Lage in den Townships heute so: Die Regierung hat mit ihrer Armee geschafft, die Townships zu besetzen. Sie werden den Notstand nicht aufheben, weil sie trotz der erfolgreichen Besetzung der Townships ihr Ziel nicht erreicht haben: Das Volk zum Gehorsam zu zwingen.

Immer noch werden in zahlreichen Townships keine Mieten gezahlt. Sie überlegen deshalb, das System der „Kommunalräte“ (vom Apartheid-Regime eingesetzte „Verwaltungsorgane“, deren schwarze Mitglieder von den Bewohnern der Townships von Anfang an als „Kollaborateure“ bekämpft wurden, d. Red.) verändern zu einem System „regionaler Räte“, wo sie dann Unternehmen bilden wollen, die in diesen Townships die Miete kassieren. Im Augenblick machen sie bei der Verwaltung der Townships Verluste, die in die Millionen Rand gehen. In einigen Townships sind die „Kommunalräte“ vollständig zusammengebrochen. Sie haben dann Verwalter direkt von der Regierung aus ernannt, weil niemand diese Positionen mehr wahrnehmen wollte.

Politische Berichte: Wie ist die Unterstützung von seiten internationaler Gewerkschaftsbünde gegen die Verhaftung von Gewerkschaftsmitgliedern und -funktionären in Südafrika?

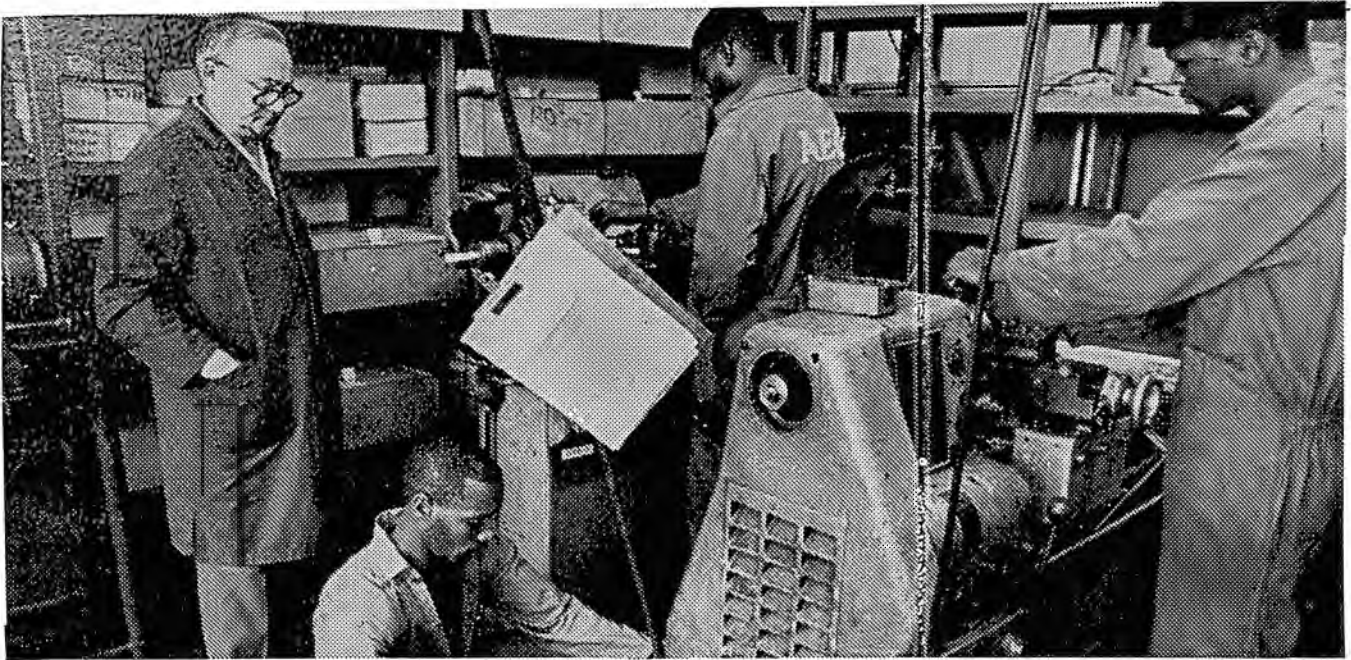
M. Skhosana: Als der Notstand ausgerufen wurde, hatten wir gerade eine Delegation unter Führung des Generalsekretärs des IBFG (Internationaler

Bund Freier Gewerkschaften mit Sitz in Brüssel, d. Red.) und mit mehreren führenden Gewerkschaftsvertretern aus verschiedenen westlichen Ländern zu Besuch, die versuchten, gegen die Ausrufung des Notstands ihren Protest vorzutragen und in die Townships zu kommen, um zu sehen, was dort geschieht. Sie machten eine gute Erfahrung. Als sie versuchten, nach Alexander zu gelangen, wurden sie von Militär gestoppt und für einige Zeit festgehalten. Sie erlebten so sehr praktisch, was es heißt, in Südafrika auf der Seite der Unterdrückten zu sein, auf der Seite derer, die ständig einstecken müssen. Schließlich gelangten sie dann doch nach Alexander, und dort sahen sie, was es bedeutet, in diesem Township zu leben. Diese Stadt ist nämlich nur durch eine Straße geteilt. Auf der einen Seite sieht man eine Menge schöner Häuser, mit Swimming-Pools, auf der anderen Seite sieht man dagegen eine völlig andere Situation. Es ist, als ob man in verschiedenen Welten reist. Diese Erfahrung hat die Delegation gemacht.

„Wir sehen unseren Kampf als Teil eines nationalen Befreiungskampfes“

Politische Berichte: Eure Gewerkschaft ist eine der beiden großen schwarzen Gewerkschaften oder weitgehend schwarzen Gewerkschaften in Azania. Wo seht ihr den Hauptunterschied zu dem anderen Gewerkschaftsbund COSATU?

M. Skhosana: Die Unterscheidung zwischen „schwarz“ oder „zumeist schwarz“ kannst du zwischen der COSATU und CUSA/AZACTU nicht machen. Die COSATU hat keine weißen Mitglieder. Die Weißen bei COSATU sind Funktionäre. Bei den Mitgliedern gibt es keinen Unterschied. Beide Gewerkschaftsbünde sind schwarze Gewerkschaften, der einzige Unterschied zwischen uns und der COSATU besteht in der Führung. Wir haben in der Bauindustrie weiße Mitglieder. In der Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter haben wir auch weiße Mitglieder. In der Rüstungsindustrie haben wir auch ein paar weiße Mitglieder. Aber wir machen über so was keinen Lärm. Wenn du zum Beispiel zu einer unserer Gewerkschaften gehst und fragst, wie viele weiße Mitglieder sie haben, dann werden wir dir das nicht sagen. Wir werden dir nur sagen, daß wir Mitglieder haben. Der einzige Unterschied ist, daß wir glauben, daß die Arbeiterklasse in unserem Land die am meisten unterdrückte Klasse ist. Und diese Arbeiterklasse besteht nun einmal aus schwarzen Arbeitern. Wir akzeptieren die Tatsache, daß es einige wohlmeinende Weiße gibt. Wir akzeptieren die Tatsache, daß solche Leute



Johannesburg: AEG

in unserem Kampf eine Rolle spielen. Aber wir sagen: Sie müssen ihren Beitrag an der Basis leisten. Wie die Leute, von denen ich dir erzählt habe, die der Gewerkschaft beigetreten sind. Das ist in Ordnung. Wenn sie an der Basis der Gewerkschaft beitreten und wenn die Genossen ihnen vertrauen und sie nach den Statuten unserer Gewerkschaft wählen, dann ist das auch in Ordnung. Aber wir werden es nicht hinnehmen, wenn eine Intellektuelle, die aus der wirtschaftlichen und politischen Lage und aus ihrer Erziehung Vorteile ziehen, an die Universitäten gehen, dort ein paar Seiten Marx und Lenin studieren und dann zu uns kommen, um uns in unserem Kampf zu belehren. Das lehnen wir ab. Wenn diese Burschen sich uns anschließen wollen, in Ordnung, aber an der Basis. Sie sollen in die Fabriken gehen, durch die Tore, über denen „Nur für Weiße“ steht, und dort unter den Arbeitern arbeiten.

Politische Berichte: Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen COSATU und CUSA/AZACTU?

M. Skhosana: Wir haben keine offizielle Zusammenarbeit. Wir haben einen Brief an die COSATU geschrieben, in dem wir auf unser gemeinsames Ziel hinweisen und sie fragen, ob und wo sie eine Zusammenarbeit wünschen. Bei zwei Gelegenheiten hat nun die COSATU versucht, zwei Boykottstreiks zu organisieren. Beide schlugen völlig fehl. In der Vergangenheit, vor der Gründung von COSATU und CUSA/AZACTU, pflegten wir gemeinsame Komitees zur Planung und Durchführung solcher Boykotte zu schaffen. Nun beschlossen sie, es alleine zu versuchen, und kein einziges Mal hatten sie Erfolg. In den letzten zehn Wochen hat sich nun eine ihrer Gewerkschaften,

die CAUSA, die im Hotel- und Gaststättengewerbe arbeitet und gegenwärtig einen Konflikt auszutragen hat, bei dem 10000 Arbeiter streiken, an uns gewendet. Diese Einzelgewerkschaft kam zu uns und bat uns in dieser Auseinandersetzung um Unterstützung. Wir stimmten ihrer Bitte zu und versprachen ihnen jede materielle Hilfe, die sie brauchen. Zuerst brauchten sie Flugblätter und Plakate, also druckten wir ihnen 40000 Stück. Dann bildeten wir zusammen mit ihnen ein gemeinsames Komitee, das alle politischen Strömungen im Land umfaßte – die UDF, die Schwarze-Bewußtseins-Bewegung, uns. Die Führung der ganzen Kampagne lag aber weiterhin bei den Vertrauensleuten der CAUSA. Also haben wir so die CAUSA unterstützt, mit ihnen gemeinsame Erklärungen abgegeben, wir haben Telexe an die Arbeitgeberverbände geschickt, an einzelne Leute, von denen wir wissen, daß sie wichtige Geschäftsleute sind und auch Anteile an dem bestreikten Unternehmen haben. Wir glauben, daß wir so einen Beitrag leisten konnten zugunsten des Streiks dieser Arbeiter, und vielleicht überdenkt das Management jetzt die Forderungen der Arbeiter. So haben wir also einen Beitrag geleistet, weil einer unser Grundsätze lautet: Wir wollen die Einheit der Arbeiter, was auch immer sie kosten mag. Wie ich schon sagte: Wenn du dir die beiden Gewerkschaftsbünde anschaut, dann siehst du, sie bestehen beide weitgehend aus Schwarzen, sie haben die selbe Kultur, wir leben in den gleichen Townships usw. Es gibt also viele Gemeinsamkeiten. Jetzt warten auf die Antwort des Zentralkomitees der COSATU auf unseren Brief.

Politische Berichte: Welche Rolle haben die schwarzen Gewerkschaften

Azanas im Befreiungskampf, welche Rolle sollten sie haben?

M. Skhosana: Ich denke, wir haben sehr deutlich gemacht, daß wir unseren Kampf als Teil eines nationalen Befreiungskampfes sehen. Und wir werden diese Rolle wahrnehmen, den Befreiungskampf sozial und wirtschaftlich voranzubringen, auch wenn es bedeutet, daß wir Kampagnen beginnen müssen, die in gewissem Maße mit Rückschlägen für die Gewerkschaften enden werden. Wir haben das getan mit unserer Forderung nach Sanktionen, wir haben zu Boykottaktionen im Land aufgerufen. Und ich denke, dieser Trend wird fortgesetzt werden. Wir haben eine normale Erziehung verlangt, wir haben uns an allen örtlichen Krisenkomitees im Land beteiligt. Die Arbeiter werden auch weiterhin diese Rolle wahrnehmen.

P. Camay: Gleichzeitig müssen wir klar sagen, daß wir nicht zulassen können, daß irgendeiner den Befreiungskampf für sich monopolisiert. Das muß von den Gruppen, die im Ausland unseren Kampf miterleben, sorgfältig bedacht werden. Ihr müßt sehr klar verstehen, daß wir nicht zulassen können, daß verschiedene Gruppen von Leuten, die außerhalb des Kampfes stehen, angewiesen werden, wie sie den Kampf führen sollen. Die revolutionärste Kraft ist der Kampf der Arbeiter, die unseren Kampf führen. Wir haben eine Aufgabe, und wir werden diese Aufgabe erfüllen, weil das unsere Pflicht ist.

Politische Berichte: Wir danken Euch für dieses Gespräch.

Anmerkung: CUSA/AZACTU ist unter folgender Anschrift zu erreichen: CUSA/AZACTU, P.O.Box 10928, Johannesburg 2000, South Africa.



Regierungserklärung

Die Situation für die politische Opposition ist kompliziert: Wichtige Teile des Regierungsprogramms, das Kohl in dieser Woche im Bundestag unterbreitet, sind in der Öffentlichkeit noch gar nicht richtig bekannt, und schon in wenigen Wochen will die Regierungskoalition durch einen Sieg in den Hessenwahlen auf Jahre hinaus die Bun-

desratsmehrheit sichern und sich ein neuerliches Mandat für ihr reaktionäres Programm verschaffen. Viel hängt davon ab, wie sich SPD und Grüne gegen dieses Programm abgrenzen. Schon vor den Wahlen hat die SPD Bereitschaft zur Zusammenarbeit z.B. bei der Rentenreform angekündigt. Welche Interessen wollen SPD und Grüne gegen das Regierungsprogramm fördern?

China: Getreideproduktion fällt – droht Agrarkrise?

Nach einem kontinuierlichen und seit Ende der 70er Jahre sogar rapiden Anstieg der Getreideproduktion seit fast zwei Jahrzehnten verzeichnete die VR China sowohl 1985 als auch 1986 einen absoluten Rückgang der Getreideproduktion. Diese Entwicklung, die durch die Auflösung der Volkskommunen und die Reprivatisierung der Landwirtschaft ausgelöst ist, gefährdet nicht nur die Lebensmittelversorgung, sondern berührt auch andere Wirtschaftszweige und könnte die relative Stabilität in der VR China viel einschneidender erschüttern als etwa die Studentendemonstrationen der letzten Monate. Außerdem: Es sind gerade die reichsten Bauern, die die Getreideproduktion aufgegeben haben.



Monotonie wird ausgedehnt

Im Elektroindriebetrieb fuba verschärften sich in den letzten zehn Jahren innerhalb der Nichtakkordbereiche die inoffiziellen Vorgabezeiten erheblich. Darüber hinaus steuern Planungs- und Vertriebsabteilungen mittels Terminvorgaben die Tätigkeiten in den Zeitlohnabteilungen. Fazit: akkordähnliche Arbeitsbelastungen. Freiräume

und sogenannte selbständige (schwer zu kontrollierende) Arbeiten wurden gezielt gegen Null gesenkt. Kopfarbeit – in diesem Fall sind auch Verständnisfragen zum zu bearbeitenden Produkt darunter gefaßt – bleibt arbeitsorganisatorisch Meistern usw. vorbehalten. Gewiefte Zergliederung und Automatisierung komplexer Arbeitsabläufe dehnen monoton-intensive Arbeit rasant aus.

Gernika – 50. Jahrestag des Nazibombardements

Am 26. April 1937 bombardierte die faschistische Legion Condor die baskische Stadt Gernika. Mit der Bombardierung Gernikas wollte der vereinigte Hitler- und Franko-Faschismus eine Bastion der spanischen Republik zerschlagen. Der deutsche Faschismus bereitete den zweiten Weltkrieg vor. – 1987 haben sich baskische Organisationen mit einem Aufruf zur Unterstützung der Kampagne Gernika an die antifaschistische, antimilitaristische und Friedensbewegung in Europa gewandt. Die Volksfront gegen Reaktion Faschismus und Krieg unterstützt diesen Aufruf und gibt zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Auslandsberichterstattung ein Informationsblatt heraus.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

– Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
– Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:
Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallin-

dustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Preis je Heft 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront. Preis je Heft 0,50 DM
Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – **Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse**. Preis je Heft 1,20 DM

– Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. **Informationsdienst Gesundheitspolitik**. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. **Bezugsbedingungen:** Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Walldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligchausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP.